



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Interkulturelle Kinder- und Jugendpartizipation“

Rahmenbedingungen zur Erhöhung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Verfasserin

Sonja Burger, MAS

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

Interkulturelle Kinder- und Jugendpartizipation

Rahmenbedingungen zur Erhöhung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

1	Grundlagen	3
1.1	Einleitung	3
1.2	Fragestellungen und Forschungsdesign	6
1.3	Methoden / Sample / Zeitlicher Rahmen	6
2	Theoretische Grundlagen zur Kinder- und Jugendpartizipation	9
2.1	Begriffsdefinitionen	9
2.2	Partizipationsbedingungen und Beteiligungsmodelle	14
2.3	Relevanz für Gesellschaft und Individuum	19
3	Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund	24
3.1	Bedeutung von Partizipation für die Identitätsbildung	24
3.2	Heterogenität der Teilhabechancen	25
3.3	Negativ-Zuschreibungen und versteckte Ausgrenzungsprozesse	27
4	Auswertung und Analyse der ExpertInneninterviews	30
4.1	Bedeutung des Migrationshintergrundes in der Kinder- und Jugendbeteiligung	32
4.1.1	Problemaufriss	32
4.2	Erfahrungswerte	42
4.2.1	Schwierigkeiten	43
4.2.2	Rückzug und Ausschluss	44
4.2.3	Sprachkompetenz	46
4.2.4	Lernprozesse	49
4.2.5	Konstanter Fokus auf die Zielgruppe	51
4.3	Erreichbarkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund	52
4.4	Engagementbedingungen	59
4.5	Eignung bestehender Beteiligungsmodelle	62
4.6	Anforderungen an eine Konzeption geeigneter Rahmenbedingungen	64
4.7	Empfehlungen für Politik, PraktikerInnen und die Jugendforschung	66

5	Interkulturelle Kinder- und Jugendpartizipation: Einführung, theoretische Grundlagen und praktische Relevanz	70
5.1	Einführung	70
5.2	Theoretische Grundlagen	72
5.2.1	Das Prinzip der Interkulturalität in der Kinder- und Jugendpartizipation	72
5.2.2	Theoretische Grundlagen	73
5.2.3	Phase 1: Vorbereitung	78
5.2.4	Phase 2: Durchführung	82
5.2.5	Phase 3: Reflexion	83
5.3	Ideen zur Reduktion des Ressourcenproblems	83
6	Schlussfolgerungen	87
7	Bibliographie	90
7.1	Internet-Quellen (ohne AutorIn)	95
7.2	Abbildungsverzeichnis	96
7.3	Anhang	96
7.3.1	Abstract	96
7.3.2	Lebenslauf	99

1 Grundlagen

1.1 Einleitung

Die Ermöglichung von politischer und gesellschaftlicher außerschulischer Partizipation für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ist generell nicht nur eine verantwortungsvolle Aufgabe, sondern auch eine große Herausforderung. Denn mit der Komplexitätssteigerung erhöhen sich auch die Anforderungen, denen sich die erwachsenen BegleiterInnen stellen müssen. Diese betreffen sowohl mentale Einstellungen als auch die Bereitschaft zur Umsetzung passender Maßnahmen in der Beteiligungspraxis. Primäre Zielsetzung ist die Erhöhung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der österreichischen Beteiligungslandschaft, wobei diese Diplomarbeit Wege aufzeigen will, die Erfolg versprechend sein können. Basierend auf den Ergebnissen von insgesamt 20 ExpertInneninterviews wurden Defizite und Erfahrungswerte dargelegt und auch Empfehlungen abgegeben. Bei genauerer Beobachtung wurde deutlich, dass sich auch in der Kinder- und Jugendbeteiligung ein kontinuierlicher Wandel vollzieht. Heute ist man vielerorts an dem Punkt angelangt, wo zunehmend die Frage gestellt wird, was man selbst aktiv dazu beitragen kann, um all jene zu erreichen, die aufgrund schlechter Voraussetzungen eher zu den Partizipationsbenachteiligten zu zählen sind. Diejenigen, die Partizipationsprojekte initiieren und ermöglichen, nehmen also vermehrt eine aktivierende Rolle ein. Das ist vermutlich darauf zurück zu führen, dass erkannt wurde, dass Partizipation nicht einzig vom Interesse und Willen des Einzelnen, sondern speziell bei Kindern und Jugendlichen (mit Migrationshintergrund) auch von vielerlei anderen sozio-kulturellen Faktoren und den ökonomischen Ressourcen der Familie abhängig ist. Daraus entwickelte sich ein Verfeinerungsprozess der Modelle und Methoden, um auf diese steigende Heterogenität der Lebenswelten reagieren zu können, insofern die Thematik als solche erkannt wurde. Denn die primäre Frage dieser Diplomarbeit war, welche Bedeutung der Migrationshintergrund in der Kinder- und Jugendbeteiligung hat und inwiefern er aus Sicht der ExpertInnen berücksichtigt wird. Das ergab sich aus der Feststellung, dass die Bedeutung des Migrationshintergrundes in der Literatur kaum bis gar keine Erwähnung findet. Das führte wiederum zur Frage, ob der Migrationshintergrund in der Praxis ebenfalls nicht relevant ist, oder ob seine Bedeutung für die Konzeption von Beteiligungsmodellen in der Kinder- und Jugendpartizipation (noch) nicht erkannt wurde. Die Befragung von ExpertInnen aus der Beteiligungspraxis brachte wichtige Erfahrungswerte und Erkenntnisse vor allem in

Bezug auf Zugangsmöglichkeiten zu Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten. Während noch in der Recherchephase davon ausgegangen wurde, dass die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes die Konzeption eines völlig neuen Beteiligungsmodells verlangt, wurde zu einem späteren Zeitpunkt deutlich, dass die Erhöhung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in erster Linie eine Adaption von Bestehendem benötigt. Das umfasst sowohl Beteiligungsmodelle als auch die angewandten Methoden. Hinzu kommt ein Bewusstsein für die Notwendigkeit, aktiv und kultursensibel aufeinander zuzugehen. Wie manche ExpertInnen berichten, fühlen sich viele junge Menschen von Partizipationsangeboten nicht angesprochen. Das liegt zunächst daran, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund aus unterschiedlichsten Herkunftsfamilien in der österreichischen Öffentlichkeit (Medien, Politik, Verwaltung, öffentlicher Raum, etc.) noch sehr wenige Identifikationspunkte vorfinden. Das können sowohl Personen als auch Dinge oder Orte sein. Damit geht jedoch das Problem einher, dass von einigen dieser jungen Menschen das *Partizipationsangebot als etwas für die anderen*, die Aufnahmegesellschaft und *nicht für sie selbst*, die Unterrepräsentierten, wahrgenommen wird. Diese Sichtweise erzeugt wiederum auf Seiten der Anbieter von Partizipationsprojekten den Druck, auf diese heterogene Gruppe aktiv, bewusst und persönlich zugehen zu müssen, um sie zu erreichen. Es stellt sich somit die Frage, wie das gelingen soll und kann. Die Erhöhung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist zentrales Anliegen von interkultureller Kinder- und Jugendpartizipation. Trotzdem muss noch zweierlei angemerkt werden: Zum einen ist dies der Umstand, dass der Terminus *Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund* die interne Heterogenität (z.B. aktive und passive Familien) nicht vordergründig berücksichtigt, da dies erst in der konkreten Projektplanung relevant wird. Dann ist zu überlegen, wie vor allem Kinder und Jugendliche aus Familien mit besonders schlechten Voraussetzungen angesprochen werden können. Zum anderen wurden und werden junge Menschen mit Migrationshintergrund durchaus erfolgreich aktiviert und zur Teilnahme an Beteiligungsprojekten motiviert, jedoch gelingt es bei weitem noch nicht, alle, die beteiligt werden sollen, auch tatsächlich zu erreichen. Das ist auch von Faktoren wie Selbstbewusstsein und Artikulationsvermögen des Einzelnen abhängig. Kinder und Jugendliche die in dieser Hinsicht ohnehin mit guten Voraussetzungen (Bildungsnähe der Eltern, ökonomische Ressourcen, sehr gute Deutschkenntnisse, etc.) ausgestattet sind, gelingt es auch jetzt schon, durch hochschwellige Partizipationsangebote zu erreichen. Ziel dieser Arbeit ist es jedoch, Rahmenbedingungen für diejenigen jungen Menschen mit Migrationshintergrund

zu konzipieren, die eher in bildungsfernen Schichten sozialisiert werden und somit auf multiple Barrieren stoßen. Die Teilnahme an Beteiligungsprozessen soll erleichtert werden, sodass zumindest zur Wahl steht, ob sie das Angebot annehmen, oder nicht.

Wie aus den Interviews hervorging, so gibt es dazu in Österreich vereinzelt, aber wenn dann recht umfassende Aktivitäten. Diese Erfahrungen gilt es, zu nutzen und sichtbar zu machen. Idealerweise konnten bei der Analyse der Interviews praxisrelevante Ansätze herausgefunden werden, die für eine Adaption bzw. Verbesserung des Existierenden von Bedeutung sind. Grundsätzlich hat sich die Vermutung, dass der Migrationshintergrund nicht nur in der Literatur, sondern auch in der Beteiligungspraxis größtenteils nicht beachtet wird, bestätigt. Die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes ist somit noch weit davon entfernt, ein Denk- oder Durchführungsprinzip von Beteiligungsprojekten zu sein. Das bekräftigt indirekt auch der Umstand, dass es sehr schwierig war, ExpertInnen zu finden, die sowohl mit Beteiligungsprojekten als auch mit Teilhabechancen und –hürden von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund über Erfahrungen verfügen. Die befragten ExpertInnen sind sich weitgehend darin einig, dass die Nicht-Berücksichtigung des Migrationshintergrundes nicht nur auf Qualität und Effizienz von Beteiligungsprojekten sondern auch auf die Legitimität von Entscheidungen, welche die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen betreffen, negative Auswirkungen haben kann. Bedenkt man, dass in zehn Jahren mehr als die Hälfte der Wiener 16-Jährigen einen Migrationshintergrund aufweisen¹, wird die Notwendigkeit eines Umdenkprozesses in der Beteiligungspraxis evident. Bedeutet dies nun konsequenterweise, dass das Bewusstsein für die Bedeutung des Migrationshintergrundes in der Kinder- und Jugendpartizipation erhöht und gleichzeitig die Adaption des Bestehenden an die aus der gestiegenen Komplexität resultierenden Erfordernisse forciert werden müssten? Wird das Ziel verfolgt, auch jenen zu mehr Teilhabechancen zu verhelfen, die sich heute noch mit vielerlei Barrieren konfrontiert sehen, so kann die Antwort nur ein klares *Ja* sein.

¹ Laut MigrantInnenbericht 2007 der Stadt Wien hatten 59,6 % der Lebendgeborenen in Wien (im Jahr 2006) einen Migrationshintergrund (MigrantInnenbericht 2007: 12).

1.2 Fragestellungen und Forschungsdesign

Der zeitliche und thematische Zusammenfall von Literaturstudium, eigenen praktischen Erfahrungen beim Aufbau eines Agenda-Büros im 8. Wiener Gemeindebezirk, dem persönlichen Interesse an der Bedeutung des Migrationshintergrundes für die Persönlichkeitsentwicklung und ein bunt durchmischter Freundeskreis legten den Grundstein für Fragestellungen im Zusammenhang mit der Kinder- und Jugendbeteiligung in Österreich. Dabei wurde der zentrale Aspekt des Migrationshintergrundes in den Vordergrund gestellt. Die **forschungsleitenden Fragestellungen** sind:

- Welche Bedeutung muss dem Migrationshintergrund für die Konzeption von Beteiligungsmodellen für Kinder und Jugendliche beigemessen werden?
- Wie müsste ein neues Beteiligungsmodell aussehen, das Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund integriert und zur Partizipation motiviert?

Zu Beginn sollte also untersucht werden, ob es derzeit in Österreich überhaupt Anstrengungen gibt, um diese in außerschulischen Beteiligungsprojekten teils eher schwer zu erreichenden jungen Menschen mit Migrationshintergrund zur Teilnahme zu motivieren, wie dies praktiziert wird und was verbessert werden müsste. Die zweite Forschungsfrage änderte relativ schnell ihre Ausrichtung, da bald klar war, dass nicht ein gänzlich neues Modell, sondern primär ein Bewusstsein für die Bedeutung des Migrationshintergrundes gefragt ist und darauf aufbauend Rahmenbedingungen konzipiert werden müssten, die die Erhöhung von Teilhabechancen fördern.

1.3 Methoden / Sample / Zeitlicher Rahmen

Die in Kapitel 1.2 dargestellten Fragestellungen wurden durch die Verwendung zweier qualitativer Methoden beantwortet, wobei das Hauptaugenmerk auf den **halbstandardisierten Interviews** lag. Zu Beginn dominierte die Literaturanalyse, aus der schließlich die zentralen Fragestellungen resultierten. Die Zahl der geplanten Interviews wurde im Verlauf der Befragungsphase von 30 auf 20 reduziert. Das hatte mehrere Gründe. Zum einen war es tatsächlich schwierig, ExpertInnen zu finden, die in beiden Bereichen (Beteiligung/Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund) Erfahrungen haben. Die Zahl der ExpertInnen, die in Forschungsinstituten tätig sind, wurde aus diesem Grund massiv gekürzt. Außerdem gaben die

meisten ForscherInnen an, dass sie zu dieser Thematik über wenig bis gar keine Ergebnisse verfügen und somit keine Aussagen tätigen können. Schließlich hatte sich nach dem 20. Interview gezeigt, dass die wesentlichen Faktoren, Ideen und Erfahrungswerte sich zu wiederholen begannen. Somit schien eine Reduktion um zehn Interviews vertretbar, da es dadurch zu keinen nennenswerten Veränderungen der Ergebnisse kam. Die Erhebung der Primärdaten erfolgte durch die Autorin auf persönlichem oder telefonischem Weg.² Die Interviews wurden mitgeschrieben, jedoch weder analog noch digital aufgezeichnet und auch nicht transkribiert. Die Konzeption des Leitfadens für die halbstandardisierten Interviews war Mitte Juni 2008 abgeschlossen, zeitgleich mit den Überlegungen zur Zusammensetzung des Samples, welches sich ebenfalls im Zuge der Datenerhebung veränderte. Während vor Beginn der Interviews noch eine heterogenere Mischung von ExpertInnen aus der Jugendforschung (Österreich, Deutschland), der österreichischen Verwaltung und Politik und der Teilnehmungspraxis angestrebt wurde, zeigte sich, dass der Leitfaden und die Beantwortung der Forschungsfragen im Endeffekt tatsächlich für Personen aus der Teilnehmungspraxis am besten und für jene aus der Forschung am wenigsten geeignet waren. Während die ExpertInnen aus der Forschung und Verwaltung eindeutig zuordenbar waren, gab es bei jenen aus der Praxis Überschneidungen. Viele waren beispielsweise in der Offenen Jugendarbeit tätig oder hatten Erfahrungen mit Teilnehmungsprojekten über die Theaterpädagogik gesammelt. Die Kontexte waren demnach eher heterogen, was jedoch den Vorteil eines breiteren Erfahrungsspektrums mit sich bringt. Nur einige wenige beschäftigen sich zum Großteil mit Teilnehmungsprojekten in ihrem Bundesland. Die österreichische Teilnehmungslandschaft ist u.a. dadurch charakterisiert, dass die Durchführung von Teilnehmungsprojekten auf verschiedene Organisationen aufgeteilt ist und Stellen, die sich nur der Umsetzung von Kinder- und Jugendteilnehmung widmen, in der Minderheit sind. Besonders hervorzuheben sind die Landesregierungen von Vorarlberg und der Steiermark, die Teilnehmungsprojekte für Kinder und Jugendliche besonders intensiv fördern, indem beispielsweise eigene Fachstellen wie *invo* (seit 2004) in Vorarlberg und der Verein *beteiligung.st* (seit Juli 2007) in der Steiermark ins Leben gerufen wurden. Von der Idee einer bundesweiten Befragung der jeweiligen Landesjugendreferate distanzierte ich mich bald, da abzusehen war, dass die Antworten aus der Verwaltung ähnlich ausfallen würden. Rückblickend betrachtet war der Leitfaden trotz Kürzungen immer noch zu lang ge-

2 Mit den ExpertInnen aus Deutschland und Vorarlberg fand das Interview via Telefon statt. Der ExpertIn aus der Schweiz war die schriftliche Beantwortung am liebsten, weshalb in ihrem Fall eine Ausnahme gemacht wurde.

wesen. Die vorab anberaumte maximale Gesprächszeit von 70 Minuten konnte bei den Telefoninterviews, nicht aber bei den persönlichen Gesprächen eingehalten werden. Der Leitfaden war in folgende Abschnitte unterteilt:

- **Teil A:** Gesamteinschätzung / Problemaufriss (9 Fragen)
- **Teil B:** Fragen zur Institution / Erfahrungen (8 Fragen)
- **Teil C:** Empfehlungen / Reformvorschläge (7 Fragen)

Sämtliche Interviews wurden im Juli 2008 durchgeführt und im darauf folgenden Monat analysiert. Zunächst wurde jedes einzelne Interview in seine Einzelfragen zerlegt und die Antworten auf kleine Kärtchen notiert. Um ermitteln zu können, inwiefern sich die Aussagen ähneln oder voneinander abweichen, habe ich sie im nächsten Schritt (nach Fragen unterteilt) auf Plakaten sichtbar gemacht. Einzelne wortgetreue Aussagen, die als Zitate verwendet werden konnten, waren auch dabei. Darauf aufbauend wurde schließlich die Analyse und Auswertung der ExpertInneninterviews verschriftlicht. Die ExpertInnen sind anonymisiert (E1 bis E20) und nur die Institutionen und Organisationen, mit denen sie in Verbindung stehen, angeführt.

2 Theoretische Grundlagen zur Kinder- und Jugendpartizipation

2.1 Begriffsdefinitionen

„*Schonend mit der Zukunft der nächsten Generation umzugehen, bedeutet, sie heute zu beteiligen.*“ (Meyer 2000: 202)

In diesem Kapitel soll primär geklärt werden, wie insbesondere die Begriffe *Partizipation*, *Kindheit*, *Jugend* und *Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund* interpretiert und verwendet werden. Zunächst muss nochmals betont werden, dass sich die gesamte Diplomarbeit auf außerschulische Partizipationsprojekte bezieht. Das bedeutet, dass weniger die Schule, sondern vielmehr der öffentliche Raum zum Partizipationsort wird und sich daraus spezifische Anforderungen ergeben. Dazu gehört unter anderem die Einhaltung des Prinzips der Freiwilligkeit. Zwar zeigen die Erfahrungen, dass sich speziell dieses Prinzip ganz besonders gut eignet, um Kinder und Jugendliche zur Mitarbeit zu motivieren, allerdings sind die Herausforderungen an die Anwerbung dadurch weitaus höher. Weiters ist gerade mit Hinblick auf die teils sehr unterschiedlichen Teilhabevoraussetzungen junger Menschen mit Migrationshintergrund die Schaffung von wertungsfreien Räumen³ ein wertvoller Beitrag zu deren verstärkter Einbindung in Partizipationsprozesse. Doch zunächst soll geklärt werden, welche Definition von Partizipation dieser Arbeit zugrunde liegt. Zum Begriff **Partizipation**, im Speziellen jener der Partizipation von Kindern und Jugendlichen existieren im Grunde relativ ähnliche Definitionen. Jene von Eva Feldmann-Wojtachnia unterscheidet sich auf den ersten Blick nicht von den anderen, wonach „unter *Partizipation* daher im Allgemeinen die Mitsprache, die Mitentscheidung und die Mitgestaltung an Planungs- und Entscheidungsprozessen verstanden [wird], von denen Kinder und Jugendliche direkt betroffen und worüber sie zu entscheiden fähig sind.“ (Feldmann-Wojtachnia 2007: 6) Allerdings greift diese Definition noch zu wenig weit und rückt die politische Partizipation zu stark ins Zentrum. Vielmehr gilt es, zu erkennen, dass gerade bei Kindern und Jugendlichen den Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation im sozialen oder ökologischen Bereich eine besondere Bedeutung zukommt. Deshalb ist es laut derselben Autorin notwendig, den „Partizipationsbegriff im Sinne eines

3 Unter „wertungsfreien Räumen“ sind laut einer Expertin vor allem außerschulische settings gemeint, wo keine Leistungsbewertung stattfindet und somit auch der Druck geringer ist (vgl. E9: 2).

umfassenden policy-Verständnisses entsprechend weit zu denken.“ (Feldmann-Wojtachnia 2007: 6) Eine derartige definitorische Öffnung ermöglicht im Gegenzug auch eine Erweiterung der Handlungsfelder um gesellschaftsbezogene Möglichkeiten der Teilhabe und lässt sich gut auf die, die Praxis prägenden Beteiligungsmodelle anwenden.

Die in dieser Arbeit verwendeten Begriffe **Kindheit** und **Jugend** sollen an dieser Stelle ebenfalls näher definiert werden. Grundsätzlich gilt, dass die allgemein gültige Rechtsdefinition zur Anwendung kommt, wonach Kindheit die Phase zwischen 0 und 14 Jahren und Jugend die Zeit zwischen dem 14. und dem 18. Lebensjahr, also bis zum Erreichen der Volljährigkeit benennt.⁴ In der Literatur ist zwar immer öfter auch von einer „Ausdehnung der Jugendphase bis 26“ (Swiderek 2003: 26; Kränzl-Nagl 2007: 4) die Rede, allerdings ist dieser Ansatz von wenig Relevanz für die Arbeit. Obwohl die rechtliche Definition des Begriffs Kindheit an sich keine Fragen offen zu lassen scheint, zweifelt Swiderek und hinterfragt, ob nicht ein zentrales Problem übersehen wird. Dieses betrifft die scheinbare Homogenität, die der Begriff Kindheit als „soziale Figuration“ (Swiderek 2003: 26) künstlich herzustellen versucht und somit die verschiedenen Lebenslagen vereinheitlicht. Der Autor spricht damit ein zentrales Problem an, nämlich das der Nicht-Berücksichtigung von lebensweltlicher Heterogenität in Forschung, Pädagogik, Politik und letztlich auch in der Sozialarbeit. Wegen der Zunahme an Vielfalt durch einen größer werdenden Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund verschärft es sich. Aber nicht nur der Begriff der Kindheit ist mangelhaft, sondern auch „das Verständnis von Jugend als Statuspassage ist ins Schwimmen geraten.“ (Münchmeier 1997: 8) Das erklärt Münchmeier damit, als die „sozio-kulturelle Selbstständigkeit“ heute zwar früher, die „ökonomische Selbstständigkeit“ jedoch später beginnt, woraus eine „Dehnung der Jugendphase“ resultiert, wie auch Swiderek feststellte. Die Folge davon ist, dass Jugend keine kurze Passage mehr zwischen Kindheit und dem Status als Erwachsenen, sondern eine „eigenständige Lebensphase mit eigener Prägung und spezifischen Möglichkeiten und Belastungen der Lebensführung“ ist, weshalb zunehmend auch das „Problem der Lebensbewältigung“ von Jugendlichen in den Blickpunkt rückt. (vgl. Münchmeier 1997: 9f)

Sowohl Münchmeier (Jugend) als auch Swiderek (Kindheit) stellen also die Notwendigkeit fest, dass sowohl die Subjektrolle von Kindern und Jugendlichen anzuerkennen, als auch ihre Heterogenität aufgrund unterschiedlicher Lebenslagen mehr als bisher einzubeziehen ist. Beides sind essenzielle Voraussetzungen für erfolgreiche Partizipationsprojekte. Dass zwischen

⁴ Laut Definition der Konvention über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen (UNKR) umfasst Kindheit in Abgrenzung zur „Erwachsenheit“ die Jahre von 0 bis 18. (vgl. Kränzl-Nagl 2007: 4)

Theorie und Praxis diesbezüglich jedoch eine große Kluft besteht, kritisiert Swiderek, demzufolge „partizipatorische Kinderpolitik als Politik mit oder von Kindern zu begreifen zwar immer häufiger propagiert, aber bisher noch selten praktiziert [wird].[...] Diese Herangehensweise setzt eine geänderte Sichtweise von Kindern als eigenständige, handelnde Subjekte voraus, die durchaus fähig sind sie betreffende Entscheidungen mitzubestimmen.“ (Swiderek 2003: 64) Wie die politische Praxis und die Erfahrungen der PraktikerInnen belegen, fällt es vielen Verantwortlichen tatsächlich immer noch schwer, den Kindern die Rolle von ExpertInnen ihres Lebensumfeldes zu gestehen. Das hängt nach Kränzl-Nagl damit zusammen, dass „Kindheit lange Zeit als eine von der Gesellschaft und ihren Entwicklungen losgelöste Lebensphase begriffen [wurde], da sie als „Noch-Nicht“ Seiende zwar für die Wissenschaft im 20. Jahrhundert zunehmend interessant wurden, aber nur der „Jugend eine aktive Rolle in Prozessen gesellschaftlichen Wandels zugestanden [wurde].“ (Kränzl-Nagl 2007: 7) Das bedeutet, dass die Angebote politischer und gesellschaftlicher Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wesentlich davon abhängig sind, welches Bild von Kindheit und Jugend und den damit in Verbindung gebrachten Entscheidungskompetenzen in den Köpfen der erwachsenen Akteure existiert. Um ein besseres Verständnis für den Zusammenhang zwischen gesellschaftlich determinierten Bildern und Teilhabechancen zu gewinnen, wird deren Entwicklung an dieser Stelle kurz aufgezeigt.

Beginnend beim **Kindheitsbild** muss festgestellt werden, dass das Kind bis in die 1960er Jahre in Europa und den USA laut Expertenmeinung mehr als abhängiges Objekt denn als eigenständig denkendes Subjekt wahrgenommen wurde. Erst die soziologische Theorierichtung des Symbolischen Interaktionismus brachte die Wende, indem das „herkömmliche Sozialisationskonzept von Kindern als passiven Wesen“ (Kränzl-Nagl 2007: 8) offen kritisiert wurde. Diese Überlegungen zum Konzept von Kindheit brachten eine Entwicklung ins Rollen, die ihren vorläufigen Höhepunkt in der Verabschiedung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (UNKRK) im Jahr 1989⁵ erreichte, von der Feldmann-Wojtachnia sagt, dass sie tatsächlich einen „Paradigmenwechsel von einer Objekt- hin zu einer Subjektwahrnehmung von Kindern und Jugendlichen ein[läutete].“ (Feldmann-Wojtachnia 2007: 6) Mit einer Verschiebung hin zur Subjektwahrnehmung veränderte sich auch die Wahrnehmung dessen, was das Handeln von Kindern determiniert bzw. was sie in ihrem Lebensumfeld selbst beeinflussen

5 Die UNKRRK wurde von der Republik Österreich im Jahr 1992 ratifiziert. Insgesamt haben dies weltweit fast alle Staaten (192) getan. Nur die USA und Somalia bilden die Ausnahme (gefunden auf der Homepage www.Kinderrechte.gv.at, download am 21. 05. 2008).

könn(t)en. Ende der 1960er entwickelte das Deutsche Jugendinstitut (DJI) den Situationsorientierten Ansatz, worin sich ein „Bild vom Kind nieder[schlug], das sich seine Umwelt aktiv und selbstständig aneignet.“ (Bruner 2001: 15) Daraus lässt sich ableiten, dass die Basis für die Gewährung von Teilhaberechten primär die Wahrnehmung vom Kind als Subjekt, das mit eigenen Bedürfnissen ausgestattet ist. Somit war der Grundstein für das Zugeständnis gelegt, dass Kinder das Recht haben, an Entscheidungen, die sie und ihr Lebensumfeld betreffen, teilzuhaben. Schließlich war die UNKRK und die in ihr festgeschriebene „Aufwertung von Kindern als Rechtssubjekte“ und deren Recht auf „politische Partizipation“ für die Entwicklungen in den 1990ern richtungweisend. (Kränzl-Nagl 2007: 19, zit. nach Prout/Hallet 2003). Die Vertragspartner, zu denen seit 1992 auch Österreich gehört, verpflichteten sich zur Umsetzung von Maßnahmen. Laut Kränzl-Nagl wird das an der „Zunahme an Partizipationsprojekten“ auf „kommunaler Ebene“, der „Absenkung des Wahlalters“ und „Kindschaftsrechtsreformen“ deutlich wird. (Kränzl-Nagl 2007: 19)

Die Veränderungen betrafen jedoch nicht nur die politische Bühne, sondern auch die Jugendforschung, wo es erst seit Mitte der 1990er Jahre üblich ist, Kinder als seriöse Interviewpartner anzuerkennen „und in einer Reihe soziologischer Studien über ihre Wahrnehmungen, ihr Erleben und die Bewertung ihres Lebens“ zu befragen. (Kränzl-Nagl 2007: 9) Diese an sich zu befürwortende Entwicklung hat aber auch seine Schattenseiten. Denn je mehr Wissen über diesen Lebensabschnitt angesammelt wird, umso mehr ist er der Bedrohung ausgesetzt, zu einer „von Erwachsenen steuerbaren Entwicklungsphase“ zu werden. (Kränzl-Nagl 2007: 7) Schließlich bleibt die Frage bestehen, weshalb die Durchsetzung von Beteiligungsprojekten für Kinder entgegen rationaler Überlegungen bei den Erwachsenen oft immer noch auf Unverständnis bis hin zu Widerstand stößt. Das erklärt sich Kränzl-Nagl dadurch, als viele der heutigen Erwachsenen ein Kindheitsbild mit sich tragen, das von immer mehr inneren und äußeren Faktoren bestimmt wird. Dazu gehören vor allem „eigene biographische Erfahrungen, ein kulturkritisches Kindheitsbild in den Medien, normative Vorstellungen eines Idealbilds von Kindheit und ein Bild, das Kindheit als Schutz-, Schon- und Lernraum begreift.“ (Kränzl-Nagl 2007: 6)

Zu einem historisch wesentlich früheren Zeitpunkt beginnt die Wahrnehmung von **Jugend** als eigenständiger Lebensphase, wodurch sie zum Gegenstand eigener Forschungstätigkeiten avancierte. Die Entwicklung der Jugendforschung wird an dieser Stelle kurz in den Blick genommen, da im Zuge der ExpertInneninterviews auch Kritik an der österreichischen Jugend-

forschung⁶ geäußert wurde. Im Vergleich zur Entwicklung und Verwendung des Terminus Kindheit im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs begann die Jugendphase bereits Anfang des 20. Jahrhunderts, interessant zu werden. Den Ursprung der europäischen Jugendforschung verortet Massing bei S. Bernfeld (1892-1953) und den Studien der *Wiener Schule* um C. Bühler. Obwohl bereits wesentlich früher zu Jugend geforscht wurde, dauerte es laut Massing noch bis 1981, bis es zu einer „breiten Diskussion von Ergebnissen der Jugendforschung“ kam. (Massing 2003: 6) Das bedeutet, dass zwar zu Jugend geforscht wurde, die Relevanz der Erkenntnisse für die Gesamtgesellschaft und die Politik lange Zeit nicht erkannt wurde. Somit verlief die Entdeckung von Kindheit und Jugend für Politik und Forschung relativ zeitgleich. Die „Jugendforschung unterliegt Konjunkturzyklen und ist abhängig davon, inwieweit Jugend als gesellschaftliches und politisches Problem wahrgenommen wird und die spezifische Art der Wahrnehmung bestimmt die Zielrichtung der Forschung.“ (Massing 2003: 6) Somit existiert nicht nur ein Zusammenhang zwischen Jugendbild und Forschung, sondern auch dem Grad ihrer Problematisierung und der Zielrichtung erkenntnisorientierter Aktivitäten. Erweitert man sowohl das gängige Kindheits- als auch das Jugendbild um den Faktor *Migrationshintergrund* mitsamt seiner Heterogenität und bedenkt man den politischen und öffentlichen Diskurs, der um Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Österreich geführt wird, ist eine tendenziell negative Entwicklung vorhersagbar. Verbleibt man im Kriminalisierungsdiskurs, wird der Blick auf die Chancen und das Potenzial zur Gänze verstellt. Parallel dazu kommt es vor allem unter den nicht-problematisierten jungen Menschen unter dem Aspekt von „Wissensgesellschaft“ und der „Sicherung des Humankapitals“ vermehrt zu einer umfassenden „Pädagogisierung von Kindheit.“ (Kränzl-Nagl 2007: 16)

All diese Faktoren und Entwicklungen wirken sich in direkter oder indirekter Weise auf das Ausmaß und die Qualität von Beteiligungsprojekten aus. Wird – und die Tendenz dazu ist erkennbar – zunehmend auch der Anspruch verfolgt, durch die Erhöhung der Teilhabechancen tatsächlich alle Kinder und Jugendlichen erreichen zu wollen, so ist dies eine positive

6 Jugendforschung beinhaltet laut Massing folgendes: „Jugendberichte von offiziellen Stellen“, „phänomenologisch orientierte Jugendstudien“ und „empirisch-analytisch orientierte Jugendstudien.“ Jugendfragen seien außerdem „Fragen der Gesellschaft selber“, weshalb die Jugendforschung zur „Aufklärung der Gesellschaft“ selbst beitrage (vgl. Massing 2003: 6f).

Entwicklung, denn „Participation is not a privilege and it does not have to be earned; rather, it values children and young people as citizens in their own right.“⁷

Zuletzt soll begründet werden, weshalb der Zusatz „mit Migrationshintergrund“⁸ in diesem Kontext verwendet wird. Interessant war zunächst, wie unterschiedlich die befragten ExpertInnen auf den Begriff reagierten. Während die einen grundsätzlich dagegen opponierten, den Migrationshintergrund als trennenden Faktor zu verwenden, kritisierten andere, dass der Begriff die Heterogenität der Migrantenfamilien nicht abbildet und somit zu kurz greift. Faktum ist jedoch, dass der Migrationshintergrund einer von vielen, die Teilhabechancen beeinflussenden Faktoren ist. Wenn man die Absicht hat, diese zu erhöhen, kommt man nicht umhin, den Migrationshintergrund und seine Auswirkungen zu thematisieren, um Barrieren reduzieren zu können. Auf die Heterogenität der Migrantenfamilien hinsichtlich sozialem Status, Bildungsnähe, ökonomischen Ressourcen und Ethnizität wird nicht explizit eingegangen. Denn auch in diesem Zusammenhang ist es zwar wichtig, zunächst bei den Beteiligten ein Bewusstsein für die Vielfalt und die praktischen Konsequenzen zu erreichen, die Feinheiten sind aber erst für den jeweiligen Beteiligungskontext relevant.

2.2 Partizipationsbedingungen und Beteiligungsmodelle

„Ernst gemeinte Beteiligung stellt immer die Machtfrage. In der Regel liegt die Definitions- und Entscheidungsmacht in den Händen der Erwachsenen. Aber ohne Teilung der Macht gibt es keine ernsthafte Beteiligung.“ (Bruner 2001: 21)

In der Definition von Spannring, wonach Partizipation die „verbindliche Einflussnahme der Heranwachsenden auf Planungs- und Entscheidungsprozesse mittels ihnen angepassten Formen und Methoden [ist]“ (Spannring 2005: 9) wird deutlich, worum es bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen gehen soll und worum nicht. Auch die Schweizer Eidgenössi-

7 Gefunden in: The Participation Charter, die von Children Now (www.childrennow.co.uk) in Zusammenarbeit mit vielen anderen (politischen, gesellschaftlichen) Institutionen entwickelt wurde – Link: <http://www.participationworks.org.uk/AboutUs/Charter/tabid/68/Default.aspx>, download am 22.05.2008.

8 Definition Migrationshintergrund: 1. Generation (MigrantInnen, die im Ausland geboren sind und mind. ein Elternteil aus dem Ausland ist; 2. Generation: MigrantInnen, die im Inland geboren sind, mind. 1. Elternteil im Ausland geboren; Einheimische: im Inland geboren und beide Elternteile sind im Inland geboren (vgl. Gaiser 2006: 14).

sche Kommission für Jugendfragen (EKJ) spricht sich in ihrer Veröffentlichung *Verantwortung tragen - Verantwortung teilen. Ideen und Grundsätze zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen*, (2001) dafür aus, „Partizipation nicht nur auf Jugendparlamente und –räte zu beschränken“. Vielmehr soll ernst gemeinte Partizipation zu einer „Verschiebung von Entscheidungs- und Gestaltungsmacht hin zu Kindern und Jugendlichen führen, damit deren Anliegen einen gesellschaftlichen Wert und politisches Gewicht erhalten – zum Wohle der Demokratie und für eine vielseitige Gesellschaft.“ (EKJ-Bericht 2001: k.SA)

Nun sind dies alles Beschreibungen, die eher als idealtypisch einzuordnen und in der politischen Realität immer noch schwer umsetzbar sind. Die Gründe dafür wurden in Kapitel 2.1 bereits angesprochen. Die Frage stellt sich nun, wie diese hohe Messlatte in der Beteiligungspraxis öfter erreicht werden könnte und wie es besser gelingt, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu beteiligen. Dazu müssen vermehrt die erwachsenen Akteure aus Politik und der Beteiligungspraxis, aber auch die Zielgruppe untersucht werden.

Zu Beginn werden die in der Literatur von verschiedenen AutorInnen angeführten **Voraussetzungen** besprochen, die für die Durchführung von Beteiligungsprojekten als notwendig erachtet wurden. Erst die Ergebnisse aus den Interviews machten jedoch deutlich, dass viele dieser Voraussetzungen zu kurz greifen. Beispielsweise meint Bruner, dass es bei Kindern die „Bereitschaft, sich neuen Herausforderungen zu stellen, Experimentierlust, Engagement und Durchhaltevermögen“ (Bruner 2001: 88) braucht, damit die Voraussetzungen für Beteiligung erfüllt sind. Damit entgeht ihm allerdings ein zentraler Aspekt. Die Praxis zeigt nämlich, dass all diese Eigenschaften in vielen Fällen nicht ohne das Zutun der ProzessbegleiterInnen aktiviert werden. Deren Interesse an Gruppenprozessen und Beziehungsarbeit schafft oft erst die (wertfreien) Rahmenbedingungen, welche die persönliche Entfaltung von Engagementbereitschaft fördern. Grundsätzlich ist vor allem bei der aus einer reinen Erwachsenenperspektive vorgenommenen Bewertung oder Kategorisierung von Engagement und Interesse speziell bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund Vorsicht geboten. Hier können kulturell bedingte Missverständnisse an Boden gewinnen. Wie aus der Literatur zu interkultureller Kommunikation und Zusammenarbeit hervor ging, sind derartige Fehlinterpretationen keine Seltenheit. Außerdem ist zu kritisieren, dass familiäre, ökonomische, kulturelle und soziale Abhängigkeiten ausgeblendet wurden. Bruners Anforderungen an die erwachsenen Akteure greifen ebenfalls viel zu kurz und sind zu allgemein gehalten. Sie sollen vor allem „Fragen und Unsicherheiten aushalten“, das „eigene pädagogische und/oder politische Verhalten reflektieren“ und die „Teilung von Entscheidungsmacht und Entscheidungsbefugnissen“ unter-

stützen, (vgl. Bruner 2001: 88) womit aber nur ein geringer Teil der tatsächlichen Anforderungen an die Begleitenden und PolitikerInnen abgedeckt ist. Den Voraussetzungen, wie sie in *The Participation Charter*⁹ aufgeschrieben sind, mangelt es zwar nicht an Idealen, jedoch an Ideen zur praktischen Umsetzung. Weitaus klarer wird die Frage nach den Voraussetzungen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen von Feldmann-Wojtachnia beantwortet, die schreibt, dass „Ansätze einer zeitgemäßen Bildungsarbeit Jugendlichen Partizipationsangebote machen, die den Grundsätzen von **Ernsthaftigkeit, Transparenz und Konsequenz** entsprechen. Hierzu gehört, dass die Jugendlichen das Thema und den Weg zur Durchführung selbst bestimmen, ihnen aber klar kommuniziert wird, welche Bedingungen vorgegeben und welche verhandelbar sind.“ (Feldmann-Wojtachnia 2007: 10) Zusätzlich zu rein ideellen Vorstellungen nennt die Autorin die Grundsätze Ernsthaftigkeit, Transparenz und Konsequenz, die allesamt von den erwachsenen Akteuren allein durch deren Willen in der Praxis umsetzbar sind. Das schafft die idealen Voraussetzungen für erfolgreiche und effiziente Beteiligungsprojekte. Da sich diese Grundsätze auch in vielen Aussagen der befragten ExpertInnen aus der Beteiligungspraxis widerspiegeln, besitzen sie für mich die meiste Relevanz. Hervorzuheben ist auch, dass die Autorin als Einzige auf die zentrale Bedeutung von Konsequenz hinweist. Daran sind viele Verpflichtungen und ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein geknüpft.

Für die politische und gesellschaftliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen existieren verschiedene Modelle, aus denen das für die Umsetzung am besten geeignetste ausgewählt wird. Im Unterschied zu Partizipationsformen für Erwachsene, die sich nach Gaiser primär in konventionelle/institutionalisierte (z.B. Wahlbeteiligung), unkonventionelle Formen („Protestformen“) und letztere in legale (Streik, Demonstration, Unterschriftenaktionen) und illegale Formen (Hausbesetzung, Boykott) (vgl. Gaiser 2003: 77) der Partizipation aufsplitten, sind die **Beteiligungsmodelle** für Kinder und Jugendliche vielfältiger.

In Bezug auf Beteiligungsformen von Kindern und Jugendlichen beziehe ich mich auf die Einteilung nach Kazemi-Weisari (1998: 100ff), wonach es folgende Formen gibt:

9 „Honesty, mutual trust and respect are essential for effective participation. Children and young people’s contributions must be taken seriously, treating each child as an individual and avoiding assumptions or stereotypes. It requires honesty about how children’s contributions are going to be used and exactly how much power and influence they can really have.“ (The Participation Charter)

- a. **Verwaltungsorientierte Formen** (Politik *für* Kinder) – Kinderbüros als Koordinationsstellen innerhalb der Verwaltung, Kinder- und Jugendbeauftragte, kommunale Ausschüsse und Kinderkommissionen, Kinder- und Jugendanwälte
- b. **Projektbezogene Formen** (Politik *mit* Kindern) – Spielplatz- und Schulhofgestaltungen, Verkehrsplanungsprojekte, Jugendhauseinrichtungen, Umweltpolitik, Gestaltung des Wohnumfeldes, Freizeitangebote
- c. **Offene Formen** (Politik *mit* Kindern) – „Runde Tische“ für Kinder, Bürgermeistersprechstunden, Kinder- und Jugendforen
- d. **Parlamentarische Formen** (*von* und *mit* Kindern) – Kinderparlamente, Jugendgemeinderäte

Die nationalstaatlichen bzw. regionalen Prägungen (die obige Einteilung bezieht sich auf die deutsche Beteiligungslandschaft) sind ebenfalls zu berücksichtigen, da sich daraus wiederum Varianten entwickeln können. Beispielsweise ist in dem von der ARGE Partizipation Österreich publizierten Folder zur Kinder- und Jugendbeteiligung von verwaltungsorientierten Formen nicht die Rede, da dort primär Erwachsene die Anliegen, Interessen und Bedürfnisse von Kindern gegenüber der Politik oder anderer gesellschaftlicher Institutionen vertreten. Partizipation im Sinne echter Beteiligung an Entscheidungsprozessen, die ihr Lebensumfeld betreffen, ist in diesem Fall nicht gegeben. Die speziell für Österreich geltenden Partizipationsbedingungen bringen es auch mit sich, dass die **projektbezogenen Formen** um die „Planung von Jugendzentren und –treffs“ und der „Dorfplatzgestaltung“, die **offenen Formen** um „Befragungen“ und die **parlamentarischen Formen** um so genannte „Kindergemeinderäte, Jugendbeiräte, Jugend(gemeinde)teams, Jugendräte, Schulparlamente und Jugendlandtage“¹⁰, um nur einige zu nennen, ergänzt werden können.

Dies zeigt, dass die Beteiligungsmodelle der Kinder- und Jugendpartizipation und ihre Anwendungsgebiete breit gestreut sind und kontinuierlich ergänzt werden. Das reduziert jedoch nicht die Verantwortung auf Seiten der erwachsenen BegleiterInnen. Denn trotz oder gerade wegen der Vielfalt der Modelle bleiben die Fragen zu beantworten, ob sich die gewählte Form tatsächlich eignet, die Bedürfnisse der betroffenen Kinder und/oder Jugendlichen einzuholen und ob sie ihren Vorstellungen von jugend- bzw. kindergerechter Partizipation überhaupt entspricht. (vgl. Bruner 2001: 57) Derselbe Autor weist weiters darauf hin, dass sich die Zustän-

¹⁰ Folder „mitreden-mitmachen-mitbestimmen. Kinder- und Jugendbeteiligung“ (ARGE Partizipation Österreich)

digen „darüber im Klaren sein [müssen], dass die Wahl des Modells auch eine Entscheidung für bestimmte Zielgruppen und für eine gewisse Reichweite von Partizipation bedeutet.“

(Bruner 2001: 57) Das verdeutlicht, dass die Entscheidung für ein bestimmtes Beteiligungsmodell und Methoden darüber entscheidet, in welchem Ausmaß marginalisierte Kinder und Jugendliche beteiligt werden.

Eine weitere theoretische Grundlage, auf die von einigen der befragten ExpertInnen hingewiesen wurde, ist die so genannte „**Stufenleiter der Partizipation**“¹¹ Sie gibt Aufschluss darüber, ab welchem Grad ein Partizipationsprojekt eigentlich zur Nicht-Partizipation zu zählen ist. Das beginnt beim „Tokenism“, oder auch „Schein- oder Alibipartizipation“ genannt, geht über zur Partizipation als bloßer „Dekoration“ und reicht auf der Negativ-Skala bis zum manipulativen Missbrauch von Beteiligung. In positiver Richtung stehen an der Spitze der Stufenleiter Projekte, die von Kindern selbst initiiert wurden und wo die Entscheidungen mit den Erwachsenen geteilt werden. Im Prinzip geht es bei der Stufenleiter grundsätzlich um die Frage, ob das Projekt von Erwachsenen oder den Kindern selbst initiiert wurde, wie gut die Beteiligten über ihre Möglichkeiten informiert werden und wie die Machtverteilung konkret aussieht.

Die von der deutschen Bertelsmann Stiftung entwickelte „**Partizipationsspirale**“¹² veranschaulicht wiederum den Zusammenhang zwischen partizipationsfördernden Rahmenbedingungen in mehreren Lebensumfeldern (Partizipationsmöglichkeiten an der Schule, im Verein, am Wohnort) und der Intensivierung von Partizipation. Die Darstellung zeigt auch, dass zu Beginn der „Informationsstand“ der Beteiligten über Mitwirkung und ihr subjektives „Qualifikationsempfinden“ stehen. Damit deckt sich die Theorie weitgehend mit der Praxis, da auch die ExpertInnen betonen, dass es für den Erfolg von Partizipationsprojekten entscheidend ist, die Zielgruppe über ihre Möglichkeiten aufzuklären. Außerdem zeigt sich, dass das Qualifikationsempfinden, sprich die Selbsteinschätzung von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf die Fähigkeit zur Mitentscheidung, auch mit dem Selbstbewusstsein zusammen hängt. Die Partizipationsintensivierung, ausgedrückt in der Partizipationsspirale, hängt aber nicht nur mit den von der Gesellschaft gewährten Partizipationsmöglichkeiten zusammen, sondern ist auch vom individuellen „Veränderungswillen“ und der „Partizipationsaffinität im Freundeskreis“

11 „Stufenleiter der Partizipation. 8 Stufen der Partizipation junger Leute in Projekten abgeleitet v. Leiter-Modell nach Sherry Arnstein“, Link: <http://www.invo.at/service/theorie/>, download am 04.09.2008.

12 Ebd.

(vgl. ebd.) abhängig. Was überhaupt nicht zur Sprache kommt, jedoch speziell für die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen eine große Bedeutung hat, ist die Familie.

Das zentrale **Ziel** von Partizipationsprojekten ist nach Feldmann-Wojtachnia die „Förderung der aktiven Mitwirkung von Jugendlichen an gesellschaftlichen und politischen Fragen“ (Feldmann-Wojtachnia 2007: 7), wobei ich hier noch um den Zusatz „...und Kindern“ ergänzen würde. Weiters sollten Projekte „verbindliche und langfristige Konsequenzen erwirken.“ (ebd.), was jedoch nach einer Verschiebung der Entscheidungskompetenzen verlange. Ein Nebeneffekt von Beteiligung ist der Umstand, dass dieser Prozess bei den Kindern und Jugendlichen neue, so genannte „Partizipationskompetenzen“ hervorbringen kann. Dieses übergeordnete Ziel motiviert Kinder und Jugendliche dazu, sich in Beteiligungsprozessen „kritisch mit den demokratischen Werten und politischen Normen der Gesellschaft auseinander zu setzen.“ (Feldmann-Wojtachnia 2007: 9)

2.3 Relevanz für Gesellschaft und Individuum

„Demokratie braucht die Produktivität des Risikos. [...] Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bedeutet also, von ihnen lernen zu wollen. Es ist allerdings ein Risiko: Lernen verändert.“ (Meyer 2000: 203)

Demokratieentwicklung und die Partizipation von Kindern und Jugendlichen bedingen einander und sollten nicht getrennt reflektiert werden. Denn eine demokratische Staatsform liefert die Grundvoraussetzungen für politische und gesellschaftliche Partizipation. Umgekehrt festigen partizipative Momente das demokratische Fundament, indem sie dazu beitragen, dass Entscheidungsprozesse durch die Einbeziehung jener Personenkreise, die davon betroffen sind, auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen können. In Österreich ist die Beteiligungskultur sowohl bei Erwachsenen und in noch viel stärkerem Ausmaß bei Kindern und Jugendlichen noch keine Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig gewinnt jedoch die Frage an Bedeutung, wieso vermehrt Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund beteiligt werden sollen, wie dies gelingen kann und inwiefern das zur weiteren Demokratisierung der österreichischen Gesellschaft beiträgt. Dazu sei folgende Überlegung von Büttner in den Raum gestellt: „Wird also Demokratie ein knappes Gut? [...] Ist die nachfolgende Generation davon bedroht, die wesentlichen Ingredienzen von Demokratie nicht mehr zur Verfügung zu haben?“

Müßten [sic] deshalb nicht stärker als bisher Kinder und Jugendliche Partizipation `lernen`?“ (Büttner 2000: 7)

In vielen anderen theoretischen Aufsätzen ist einerseits die Rede davon, dass Partizipation, oder auch einfach demokratisches Handeln tatsächlich ein Lernprozess ist, der möglichst früh begonnen werden sollte. Andererseits wird betont, dass es nicht nur darum gehen soll, Kinder und Jugendliche auf ihre zukünftige Rolle als mündige StaatsbürgerInnen vorzubereiten, da sie bereits als Kinder und Jugendliche eigenständige Rechte besitzen. Dazu gehört unter anderem, sie bereits vor der Adoleszenz als ExpertInnen ihres Lebensumfeldes nicht nur anzuhören, sondern aktiv einzubeziehen. Ich denke, dass die beiden Ansätze einander weniger ausschließen, denn ergänzen. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, speziell die Förderung der Teilhabe von jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist sowohl für die Weiterentwicklung einer modernen Demokratie als auch für die Ausbildung individueller Partizipationskompetenzen wichtig. Zunächst müssen sich die erwachsenen Beteiligten jedoch viel mehr bewusst werden, dass das „Hinterfragen bestehender Verhältnisse“, das „Einmischen in das laufende Geschehen und das „Mitgestalten des Alltags“ (vgl. Bruner 2001: 88) für die Partizipation von zentraler Bedeutung sind. Neben der Öffnung erwachsener Entscheidungsstrukturen müssen sich speziell die PolitikerInnen darüber im Klaren sein, dass Kinder- und Jugendpartizipation „ein ergebnisoffener Vorgang [ist], der nicht kalkulierbare Ergebnisse bringen kann.“ (Meyer 2000: 201) Der Hinweis auf die Unkalkulierbarkeit ist wichtig, da in der Praxis oft der Fall eintritt, dass zwar Beteiligung ermöglicht wird, aber wenn die Ergebnisse gravierend von denen der politischen Entscheidungsträger abweichen, dies im schlimmsten Fall zu Umsetzungsblockaden führen kann. Aber ist es nicht vielmehr so, wie Völkel es formuliert, dass Demokratie „auch eine Lebensform und daher der Weg [ist], über den Kinder in das Gemeinwesen hineinwachsen“? (Völkel 2000: 143). Die Heterogenität der Lebenswirklichkeiten von Kindern und Jugendlichen und damit zusammenhängend auch deren Teilhabechancen müssen zukünftig mehr beachtet werden. Denn, so Spannring, „eine Politik, deren Ziel die Demokratisierung ist, [muss] somit nicht nur die Partizipationsstrukturen öffnen, sondern auch die materielle und soziale Integration der marginalisierten Gruppen fördern.“ (Spannring 2005: 13)

Die Aufgabe, die Etablierung von Partizipationsstrukturen zu fördern beschränkt sich aber nicht auf staatliche Strukturen, sondern kann auch laut EKJ-Bericht für „Sportvereine, Unternehmen (lehrlingszentrierte Ausbildung, Lehrlingsvertretung) und Schulen“ eine interessante Option sein. (vgl. EKJ-Bericht 2001: k.SA) Ein weiterer zentraler Mehrwert der Partizipation

von Kindern und Jugendlichen ist - und damit beziehe ich mich wieder auf Feldmann-Wojtachnia - dass gelungene Jugendpartizipation „zu einem Qualitätsmerkmal und Entwicklungsfaktor gleichermaßen für die Bildungsarbeit wie für das Gemeinwesen werden und somit einen Mehrwert für alle bedeuten [kann]: Die Steigerung des Sozialkapitals in Gesellschaft und Politik.“ (Feldmann-Wojtachnia 2007: 12) Konkret gewinnt das Gemeinwesen durch den Erhalt von Auszeichnungen¹³, da diese zum „Standortvorteil“ beitragen und „Label für zukunftsorientierte Wettbewerbsfähigkeit und Innovation“ sind. (Feldmann-Wojtachnia 2007: 7) Aus dieser Perspektive betrachtet sind die vom Land Niederösterreich an 51 Gemeinden verliehenen Auszeichnungen zur NÖ Jugend-Partnergemeinde¹⁴ ein wichtiger Schritt in eine jugend- und zukunftsorientierte Richtung. Generell kommt kleineren politischen Einheiten wie Gemeinden, Bezirken oder auch Bezirkshauptstädten in der Kinder- und Jugendpartizipation eine große Bedeutung zu. Das hängt auch damit zusammen, dass sie in Österreich grundsätzlich in Länderkompetenz fällt.

Umgekehrt hat die Teilnahme an Partizipationsprojekten eine Vielzahl von Vorteilen für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen, so sie laut Feldmann-Wojtachnia „Selbstbewusstsein und Sozialkompetenz [entwickeln] und lernen, prozessorientiert und vernetzt zu denken.“ (Feldmann-Wojtachnia 2007: 7) Ein Autor fasst die Vorteile von Partizipation für das Individuum zu folgenden drei Kompetenzen („Ich-Kompetenz“, „Sozialkompetenz“, „Sachkompetenz“ (vgl. Bruner 2001: 91) zusammen. Allerdings kann man nicht umhin, einzusehen, dass misslungene Partizipationsprojekte das teils negative Verhältnis zwischen jungen Beteiligten einerseits und erwachsenen PolitikerInnen andererseits verhärten kann. Gegenseitige Vorurteile, Skepsis, Distanz und Missverständnisse sind dann prägende Faktoren der Zusammenarbeit. Dies bestätigten vor allem die Ergebnisse von Ingrid Burdewick, die im Jahr 2003 qualitative Interviews mit 11 bis 18-Jährigen führte, „die als Abgeordnete in eines der ersten Niedersächsischen Jugendparlamente im Landkreis Gifhorn gewählt wurden“ (Burdewick 2003: 71) Sie verdeutlichen die subjektive Bedeutungsdimension politischer Partizipation.¹⁵ Die befragten Kinder und Jugendlichen, die sich für das Gemeinwesen

13 Die Stadt München gewann den Deutschen Kinderpreis und wurde mit dem 1. Platz in der Kategorie „Die Kinderstadt“ prämiert (vgl. Feldmann-Wojtachnia 2007: 7).

14 NÖ Landesjugendreferat, Link: <http://www.jugend-ok.at/detail/1337Jugend-Partnergemeinden>.shtm, download am 07.09.2008.

15 Burdewick, Ingrid (2003). Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger, Leske+Budrich, Opladen.

engagieren, berichten über ihre Erfahrungen mit PolitikerInnen in Bezug auf Wertschätzung, Anerkennung, Sprachgebrauch und Umgang. Zentral ist, dass folgende Aspekte das Verhältnis der jungen Menschen zu den PolitikerInnen beschreiben: (1) Fremdheit, (2) mangelndes Einstellungsvermögen, (3) Eindruck der Vernachlässigung und (4) mangelnde Glaubwürdigkeit (vgl. Burdewick 2003: 80) Was jedoch ebenfalls zu den maßgeblichen Einflussfaktoren zu zählen ist, sind der „Gegensatz zwischen den Generationen“, das Verhältnis von „Dominanz und Distanz“, die „Strukturen traditioneller Politik“ und die Frage der „subjektiven politischen Kompetenz“ (vgl. Burdewick 2003: 80-96). Am aufschlussreichsten war die Kritik der Interviewten, dass Politik für sie „langweilig, ineffektiv, rational und unlebendig“ ist. (Burdewick 2003: 94) Speziell dem Hinweis auf die Ineffizienz von Politik liegt eine andere Art der Planung bei Kindern und auch Jugendlichen zugrunde, die mehr nach gegenwartsorientierten Lösungen strebt. Deshalb sind auch die politischen Akteure bei Beteiligungsprozessen gefragt und gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die wertschätzende Kommunikation und produktive Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen ermöglicht. Das legt den Grundstein dafür, dass „Akzeptanz und Identifikation mit der demokratischen Ordnung“ (Gaiser 2003: 62) durch politische und gesellschaftliche Teilhabe erreicht werden kann. Die EKJ verspricht sich von der Partizipationsförderung in der Schweiz eine „positive Wirkung auf das Demokratieverständnis, langfristige Partizipationsbereitschaft, gesellschaftspolitisches Interesse und Engagement und die Erfahrung der Selbstwirksamkeit, was wiederum positiv ist für die Persönlichkeitsentwicklung.“ (EKJ-Bericht 2001: 8) Zuletzt wird auch noch der integrative Charakter von Kinder- und Jugendpartizipation angesprochen.

*„Partizipation beinhaltet so auch **Integration**: diese nicht als Ein- und Unterordnung, als Verwischen der Besonderheiten, sondern als Neugier für Unterschiedliches und als Versuch, noch Unbekanntes, aber lebhaft Interessierendes zu erfahren und zu begreifen, also anzueignen.“ (Kazemi-Veisari 1998: 69)*

Die Frage der Integration in die Gesamtgesellschaft durch die „gleichwertige Teilhabe der Jugendlichen an der Gesellschaft“ (Spannring 2005: 9) ist ein wichtiges Argument für ihre Beteiligung. Das bedeutet, dass Integration und Partizipation in einem engen Nahverhältnis zueinander stehen. Laut du Bois-Reymond muss das ganze Verhältnis sogar generell neu gedacht werden und „der Blickwinkel von der Partizipation in Richtung Integration laufen: Wer partizipiert, ist auch integriert. Insofern kommt partizipativen Projekten eine große Bedeutung

zu.“ (du Bois-Reymond 2005: 17) Das Alter spielt keine Rolle mehr und darf demnach auch nicht zu einem Ausschlussgrund werden. Denn, wie Meyer prognostiziert, bestehe die gesellschaftliche Bedrohung nicht darin, „die Unwägbarkeiten der Beteiligung mitzuerleben, sondern eine Generation hinter sich zu wissen, die nicht mehr bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Wofür auch?“ (Meyer 2000: 202)

3 Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

3.1 Bedeutung von Partizipation für die Identitätsbildung

*„Nicht die Vorgaben ‚privilegierter Einsichten‘ tragen und stärken das Netzwerk, sondern die Beteiligung und die Beiträge aller, die sich aufeinander beziehen und sich zu neuen Qualitäten verknüpfen.“
(Kazemi-Veisari 1998: 113)*

Wie bereits in Kapitel 2.3 angesprochen wurde, stehen Identität und Partizipation in direktem Zusammenhang. Nun stellt sich natürlich die Frage, wie und inwiefern dies speziell auf die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter Berücksichtigung der Heterogenität dieser Gruppe anzuwenden ist. Zunächst wird nochmals Feldmann-Wojtachnia zitiert, die in ihrer Studie darauf hinweist, dass Partizipation „untrennbar mit der Identitätsbildung von Jugendlichen verbunden [ist]: Sich für die eigene Umwelt zu interessieren und sich mit den Interessen anderer über den privaten Nutzen hinaus kritisch auseinander zu setzen, sind soziale Grundbedürfnisse und elementare Identitätserfahrungen, die bereits Kinder machen.“ (Feldmann-Wojtachnia 2007: 4) Sie spannt damit den Bogen von den Kindern bis zu den Jugendlichen. Das eigentliche Problem ist ihrer Ansicht jedoch ein anderes und bedroht zunehmend diese positive gegenseitige Verstärkung, nämlich dass „Politik und das Leben von Jugendlichen heute immer mehr auseinander [fallen]“ und wir es mit einem „grundsätzlichen, europaweiten Partizipationsdefizit zu tun“ haben. (Feldmann-Wojtachnia 2007: 5) Die Ursache dafür entspringt aus dem Widerspruch zwischen dem Eindruck vieler Jugendlicher, von der Politik ohnehin nicht ernst genommen zu werden und dem Wunsch, sich zu engagieren. Es kann daraus eine passiv-resignative Grundhaltung auf Seiten der jungen Menschen erwachsen, die der Entwicklung einer Partizipationskultur nicht förderlich ist. Deshalb muss vermehrt die Frage im Raum stehen, wodurch diese Situation verbessert werden kann. Einerseits fördern laut Bruner „lebensweltnahe Beteiligungsmöglichkeiten“ (vgl. Bruner 2001: 46) das Engagement. Andererseits erfordert die Erhöhung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, dass Beteiligung hier von allen Beteiligten in einem positiven Sinn als „Handeln und Mit-Wirken verstanden [wird], weniger als Mit-Sprache.“ (Bruner 2001: 29) Grundsätzlich steht man heute vor der Herausforderung,

gerade auch jene Personen anzusprechen und für Beteiligungsprojekte zu gewinnen, die bisher nicht im Zentrum der Bemühungen standen. Dafür braucht es jedoch die Entwicklung von Ideen und Möglichkeiten, wie speziell „nicht-organisierte Jugendliche beteiligt werden können.“ (vgl. Großberger 2007: 4) Wie bereits erwähnt, eignet sich der soziale Nahraum besonders gut, um Kinder und Jugendliche zur Beteiligung zu motivieren. Das beruht darauf, als „der Stadtteil den dort lebenden Jugendlichen (und Erwachsenen) ein Gefühl der Zugehörigkeit und Geborgenheit, eine Art Heimat [bietet], und für sie dadurch auch identitätsstiftende Wirkung [hat].“ (Riegel 2004: 192) Das geht soweit, dass die Autorin den Stadtteil nicht nur als „Identifikationsobjekt“ definiert, sondern auch als „Ort ihrer (Selbst-) Inszenierung und als Kommunikationsplateau, auf dem über Zugehörigkeit, Ein- und Ausgrenzungen verhandelt wird.“ (Riegel 2004: 194) Speziell in Bezug auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund muss hervor gehoben werden, dass „die Integration von Jugendlichen in die Gesellschaft ein voraussetzungsreiches Unterfangen [ist], das für sein Gelingen soziale Partizipation als Praxis und Resultat zur Voraussetzung hat.“ (Geisen/Riegel 2007: 8) In Zusammenhang mit Partizipation und Integration stellt sich schließlich auch die Frage nach der Identitätsbildung. Dabei wird auf das Konzept der „pro-politisch-sozialen Identität“ nach Feldmann-Wojtachnia verwiesen, wonach politische und kulturelle Identität getrennt voneinander betrachtet werden sollten. Die „pro-politisch-soziale“ Identität (Feldmann-Wojtachnia 2007: 11) entsteht aus praktischem sozialen Handeln im gesellschaftlichen Diskurs und ist damit frei von kulturellen Bindungen kaum determiniert. Dieses Konzept, das den Schwerpunkt der Identitätsbildung auf die soziale Interaktion legt, lässt sich den Aufbau von Rahmenbedingungen interkultureller Kinder- und Jugendpartizipation durchaus heranziehen.

3.2 Heterogenität der Teilhabechancen

„Wenn eine Gesellschaft auf Homogenität der Sozialisation besteht, beraubt sie sich selbst der Möglichkeit, neue, alternative adaptive Lebensformen und Persönlichkeitsentwicklungen hervorzubringen.“ (Schönpflug 2008: 226)

Der Zusammenhang zwischen Partizipation und der Entwicklung von Identität bei Kindern und Jugendlichen sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund, genauer gesagt einer „pro-politisch-sozialen Identität“ wurde im vorigen Kapitel bereits dargestellt, wird jedoch wiederholt angesprochen, da dieser Aspekt für die weitere Argumentation den Ausgangspunkt

bildet. Die Möglichkeit, an politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen aktiv zu partizipieren kann bei gelungener Umsetzung bei allen AkteurInnen sehr viel an innovativem Potenzial freisetzen. Allerdings muss die zentrale Bedeutung von kultureller Identität und deren Konsequenzen für die Beteiligungspraxis mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken, damit es möglich wird, fördernde Rahmenbedingungen zu konzipieren. Nicht nur die Generation von MigrantInnen, die bereits im Aufnahmeland geboren sind, sondern „auch die Gruppe der eingewanderten Jugendlichen [ist] nicht homogen, sondern vielfältig sozial aufgeteilt, und die Jugendlichen entwickeln sehr unterschiedliche Orientierungen.“ (Riegel 2004: 109f) Denn erst, wenn die Heterogenität in all ihrer Konsequenz erkannt und darüber reflektiert wird, welche jungen Menschen tatsächlich angesprochen werden sollen und wann dies in der Vergangenheit nicht gelang, ist der Grundstein für die Wahl passender Maßnahmen gesetzt. Im Hinblick auf eine immer komplexer werdende Kindheit und Jugend müssen also von den Verantwortlichen Wege gefunden und besritten werden, die jungen Menschen mit Migrationshintergrund die politische und gesellschaftliche Partizipation ermöglichen bzw. erleichtern sollen. Denn speziell für diesen größer werdenden und sehr heterogenen Personenkreis – „es gibt nicht den oder die typische Jugendliche aus Einwanderungsfamilien“ (Riegel 2004: 178) – existieren oftmals nicht dieselben Voraussetzungen oder auch Startbedingungen wie für Kinder und Jugendliche aus Familien ohne Migrationshintergrund. Dieser wirkt sich sowohl auf die individuelle und familiäre als auch auf die gesellschaftliche Ebene aus. Der von positiv-stimulierend bis negativ-beschränkend reichende Einfluss begrenzt oder erweitert die Teilhabechancen. Geisen und Riegel betonen, dass es nicht sinnvoll ist, die „sozio-kulturellen Voraussetzungen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, etwa von Bildung, Politik, Arbeit, Gesundheit oder Freizeit“ (Geisen/Riegel 2007: 9) zu übergehen, da diese ganz zentrale Erklärungen dafür liefern, warum sich jemand beteiligt, oder nicht. Außerdem sind speziell bei Kindern und Jugendlichen aus Familien mit sozial niedrigem Status und Migrationshintergrund „die Möglichkeiten der sozialen und kulturellen Wirksamkeit durch die Verfügbarkeit über ökonomische Ressourcen begrenzt.“ (ebd.) Zwar ist die Teilnahme an Beteiligungsprojekten, zumindest in den bekannten Fällen kostenlos, allerdings werden sekundär entstehende Kosten noch zu wenig beachtet. Das betrifft wiederum besonders Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, wo Fragen der Mobilität oder die Befürchtung, dass Folgekosten entstehen könnten, besonders oft die Teilhabemöglichkeit beschränken. Nimmt man zusätzlich großstädtische Strukturen ins Visir, so weist Sauer darauf hin, dass aufgrund der sich verstärkenden „Verinselung“ die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit

Migrationshintergrund durch „die finanziellen Möglichkeiten der Eltern bestimmt [werden]. Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder, die Minderheiten angehören, sind damit in der Wahl ihrer Integrationsräume eingeschränkt.“ (Sauer 2007: 175) Einerseits sollte die enge Verzahnung zwischen den drei Ebenen verdeutlicht und andererseits auf die Notwendigkeit verwiesen werden, den Migrationshintergrund zu berücksichtigen. Dadurch wird es möglich, auf die unterschiedlichen Voraussetzungen aktiv eingehen zu können. Diese Herangehensweise erfordert auf Seiten der erwachsenen Akteure primär mehr aktive Vernetzung, mehr Engagement, mehr ehrliches Interesse für die unterschiedlichen Lebenswelten und auch die Bereitschaft, sich in Bezug auf interkulturelle Kompetenzen weiterzubilden. Denn wie Lackner-Pilch und Pusterhofer feststellen, stehen „Individuen wie auch Organisationen und Institutionen vermehrt unter Druck, sich Zugangsmöglichkeiten zu unterschiedlichen oder auch gegensätzlichen Teilkulturen erwerben zu müssen.“ (Lackner-Pilch/Pusterhofer 2005: 288) Die Notwendigkeit, neue Zugangsmöglichkeiten zu entwickeln wird auch vom Deutschen Kinderhilfswerk insofern bestätigt, als das Prinzip des „Intercultural Mainstreaming“ nicht nur davon ausgehe, dass sich die Lebenswelten und sozialen Realitäten von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in vielen Bereichen unterscheiden, sondern in der Konsequenz auch „nicht erkannte Unterschiede“ dazu führen können, „dass scheinbar „neutrale“ Maßnahmen Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund in unterschiedlicher Weise beeinflussen und sogar bestehende Unterschiede noch verstärken können.“ (Kamp 2008: 5) In Kapitel 4 und 5 wird näher darauf eingegangen, was in der Praxis getan werden kann, um benachteiligte junge Menschen besser zu erreichen.

3.3 Negativ-Zuschreibungen und versteckte Ausgrenzungsprozesse

Die Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund weisen in vielerlei Hinsicht Unterschiedlichkeiten auf. Zwar wird an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen, da dies zu einer oberflächlichen Betrachtungsweise führen könnte. Allerdings sieht man sich mit dem Problem konfrontiert, dass gerade Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sowohl im gesellschaftlichen Diskurs als auch hinsichtlich ihrer medialen Präsenz eher als Problemgruppe, oder zumindest als ein mit multiplen Defiziten ausgestatteter Personenkreis wahrgenommen werden. Daraus erwächst das Dilemma, dass diese jungen Menschen quasi permanent damit rechnen müssen, von Seiten der Aufnahmegesellschaft mit Negativ-Zuschreibungen konfrontiert zu werden. Wie Kazemi-Veisari bemerkt, so

bestehe die grundsätzliche Problematik darin, „,anderes' als fremd zu bewerten und Fremdes zugleich als Problem. Mit diesen Einschätzungen haben vor allem Migrantenkinder zu leben, die in dieser Hinsicht vielfältige Zuschreibungen erfahren.“ (Kazemi-Veisari 1998: 72) Nun ist dies zwar nichts Neues, allerdings sollte diese Problemstellung gerade in Bezug auf Kinder- und Jugendpartizipation weiter gedacht werden, um sich zu vergegenwärtigen, worauf in Zukunft mehr geachtet werden sollte. Da sich Beteiligungsprojekte nicht nur durch eine Vielzahl an erwachsenen AkteurInnen auszeichnen, ist es für die Zusammenarbeit mit den Kindern und Jugendlichen von Bedeutung, ob kultursensibel agiert wird, oder nicht und inwiefern man es zulässt, dass die Unterschiedlichkeiten Mauern und Grenzen im sozialen Miteinander erzeugen. Aber nicht nur von Seiten der Erwachsenen können diesbezüglich Probleme entstehen. Auch zwischen den TeilnehmerInnen ist es möglich, dass sich aufgrund von beidseitigen Vorurteilen, ethnischen Zuschreibungen und Stereotypisierungen Konflikte entwickeln. Darauf zu reagieren ist Aufgabe der BegleiterInnen und resultiert aus einer aufmerksamen Beobachtung von Gruppenprozessen. Dazu gehört auch ein in der Literatur genanntes Problem, nämlich die so genannte „Entmischung“ (Bruner 2001: 58). Bruner verwendet diesen Begriff, um auszudrücken, dass zwar am Anfang eines Beteiligungsprojekts viele verschiedene Personenkreise angesprochen werden, sich aber immer mehr zurückziehen, sodass zum Schluss nur noch höher gebildete Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund übrig bleiben. (vgl. Bruner 2001: 58) Derartige Entwicklungen, die meist auf versteckte Ausschlussprozesse zurück zu führen sind, resultieren oft im Rückzug der Betroffenen aus der Gruppe. Das Heimtückische daran ist, dass trotz dem Anspruch, für alle offen zu sein die Wahl der Methoden einen massiven Einfluss darauf hat, wer sich angesprochen fühlt und wer nicht. Das ist im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, mehr als eine Barriere überwinden zu müssen, zu sehen. Diese werden von Bruner als „Zugangshürden“ bezeichnet und hängen „nicht zuletzt mit den Methoden und der Beteiligungskultur zusammen.“ (Bruner 2001: 58ff) Insgesamt sollte in diesem Unterkapitel verdeutlicht werden, dass die Zugangsvoraussetzungen von Kindern und Jugendlichen unter anderem vom Migrationshintergrund abhängen und dass dies in der Praxis stärker berücksichtigt werden sollte, um die Rahmenbedingungen von Partizipationsprojekten so zu konzipieren, dass gerade benachteiligten Kindern und Jugendlichen die Teilhabe dennoch ermöglicht wird. Geisen und Riegel fassen zusammen, dass „für Jugendliche mit Migrationshintergrund die Möglichkeiten, sich gesellschaftlich engagieren und einbringen zu können, teilweise begrenzt [sind]: Ihr Zugang zu relevanten sozialen Ressourcen ist erschwert, sie sind im Bildungs- und Ausbildungsbereich Benachteiligungen ausgesetzt und sie werden mit

Zuschreibungs-, Ausgrenzungs- und Rassismuserfahrungen konfrontiert. Sie verfügen also nicht über die gleichen Voraussetzungen der sozialen und gesellschaftlichen Partizipation [...].“ (Geisen/Riegel 2007: 9)

4 Auswertung und Analyse der ExpertInneninterviews

Insgesamt wurden im Juli 2008 mit 20 ExpertInnen halbstandardisierte Interviews durchgeführt. Das Ziel war nicht nur die Beantwortung der zentralen Forschungsfragen, sondern auch Rahmenbedingungen anzudenken, die zur Erhöhung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund beitragen können. Das Sample setzt sich sowohl aus ExpertInnen der Beteiligungspraxis (z.B. invo, beteiligung.st), der Theorie (z.B. Universität Wien) und aus Politik und Verwaltung (z.B. MA13, BMGFJ, Bezirksjugendbeauftragte) zusammen. Von den 20 ExpertInnen sind 18 in Österreich tätig, einer in Berlin (*Deutsches Kinderhilfswerk*) und eine aus Basel (*Integration Basel*). Insgesamt wurden acht männliche und 12 weibliche ExpertInnen zur Thematik befragt.

Österreich	
Arge Partizipation Österreich Arbeitsgemeinschaft Partizipation (MA13/Landesjugendreferat Wien)	Verein beteiligung.st Die Fachstelle für Kinder-, Jugend- und Bürgerinnenbeteiligung (Stmk.)
INVO Service für Kinder- und Jugendbeteiligung (Vlbg.)	Universität Wien Institut für Politikwissenschaft
BM für Gesundheit, Familie und Jugend Sektion II (Wien)	Magistratsabteilung 17 Integrations- und Diversitätsangelegenheiten (Wien)
Jugendtreff Arthaberbad 10. Wiener Gemeindebezirk	Kinderbüro Steiermark Die Lobby für Menschen bis 14 (Stmk.)
Verein Wiener Jugendzentren	Kinderbüro der Universität Wien
Wiener Familienbund	Plattform Schulparlamente (Wien)
Kinderfreunde Österreich (Wien)	Verein wienXtra
KOJE Vorarlberger Koordinationsstelle für Offene Jugendarbeit (Vlbg.)	Bezirksvorstellung Josefstadt (8. Wiener Bezirk), Bezirksjugendbeauftragte
Theaterpädagogin (Wien)	Verein Wiener Jugendzentren Paths of Participation (POP)
Deutschland	Schweiz
Deutsches Kinderhilfswerk	"Integration Basel" Kantonale Stelle für Integration und Antidiskriminierung

Kennzeichnend für das Sample ist, dass nur zwei ExpertInnen (invo, beteiligung.st) sowohl ausschließlich Beteiligungsprojekte umsetzen als auch Erfahrungen mit der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben. Das machte es notwendig, auch Personen zu befragen, die zwar nicht ausschließlich, aber zumindest zu einem großen Anteil Partizipationsprojekte, meist in Zusammenhang mit der Offenen Jugendarbeit, durchführen.

Da es primär für die Beantwortung der Forschungsfragen und der Konzeption von Rahmenbedingungen wichtig war, möglichst unterschiedliche Erfahrungswerte zusammen zu tragen, wurde mit der Befragung von ExpertInnen aus sehr aktiven Bundesländern Vorlieb genommen. Das barg zwar das Risiko, dass ähnlich gute Entwicklungen in anderen Bundesländern keine Beachtung finden. Da es sich jedoch um keine Bundesländervergleichsstudie handelt, die ein anderes Sampling erforderlich gemacht hätte, fällt das nicht ins Gewicht. Die Interviews wurden größtenteils persönlich, aber im Bedarfsfall telefonisch, einmal auch per E-Mail durchgeführt. Der Gesprächsleitfaden mit dem Titel „*Die Bedeutung des Migrationshintergrundes in der Kinder- und Jugendbeteiligung in Theorie und Praxis*“ (siehe Anhang) war in folgende Abschnitte unterteilt:

Teil A: Gesamteinschätzung / Problemaufriss (9 Fragen)

Teil B: Fragen zur Institution / Erfahrungswerte (8 Fragen)

Teil C: Empfehlungen / Reformvorschläge (7 Fragen)

Vor Durchführung der Interviews wurde die Dauer auf max. 70 Minuten geschätzt, allerdings zeigte sich in der Praxis, dass die Länge zwischen 60 und 90 Minuten variierte, was auch davon abhängig war, ob das Interview telefonisch oder persönlich durchgeführt wurde. Insgesamt wurden zwar mehr Frauen als Männer interviewt, was jedoch zuvor nicht festgelegt worden war.

Besonders auffällig war der unterschiedliche Zu- und Umgang mit dem Begriff „*Migrationshintergrund*“, was in Kapitel 2.1 schon näher erklärt wurde. Im Endeffekt war es eine gute Entscheidung gewesen, den Terminus beizubehalten, da damit nicht nur ein sensibles Thema angesprochen, sondern auch Lösungsstrategien der ExpertInnen an die Oberfläche gebracht wurden. Der Zugang zum Begriff erklärt sich vermutlich auch aus der Zusammensetzung der jeweiligen Klientel, ob es sich hauptsächlich um junge Menschen mit Migrationshintergrund handelt oder ob sie eher in der Minderheit sind. Abgesehen davon ist für den Zugang zur Fragestellung auch entscheidend, ob Beteiligungsprojekte *nur* im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durchgeführt werden, oder ob sie eine eigenständige Finanzierung und Moderation erhalten.

In dieser Diplomarbeit sei explizit darauf hingewiesen, dass der Migrationshintergrund als positives individuelles und gesellschaftliches Potenzial verstanden wird und er betont wurde, damit vielleicht ein Diskurs darüber in Gang kommt, wie die Bedürfnisse von Kindern und

Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch außerschulische Partizipationsprojekte besser eingeholt und ihre Teilhabechancen gesteigert werden können. Dafür ist es unter anderem nötig, dass sich ihre Heterogenität in der Konzeption und auch in der Wahl der Methoden niederschlägt. Kontinuierlicher Erfahrungsaustausch zwischen den erwachsenen AkteurInnen und eine verstärkte Aneignung interkultureller Kompetenz helfen mit, auf diese Heterogenität adäquat und erfolgreich reagieren zu können.

4.1 Bedeutung des Migrationshintergrundes in der Kinder- und Jugendbeteiligung

Grundsätzlich betrafen die zentralen Fragen die Einschätzung der ExpertInnen von der Bedeutung des Migrationshintergrundes für die Kinder- und Jugendbeteiligung. Wo erkennen sie Defizite, welche Erfahrungen machten sie und was würden sie allen AkteurInnen empfehlen, damit die Teilhabechancen junger Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden.

4.1.1 Problemaufriss

„Partizipation wird leider in Forschung und Politik als Integrationsmaßnahme gedacht, aber nicht, dass spezifische Bedürfnisse bedacht, geschweige denn ermöglicht werden.“ (E6: 1)

Zu Beginn jedes Interviews stand die Frage im Zentrum, inwiefern der Migrationshintergrund ihrer Einschätzung nach derzeit in der Kinder- und Jugendbeteiligung in Österreich berücksichtigt wird, oder nicht. Die Interviewten spezifizierten diese Frage teilweise, als sie zwischen einer Bewertung der eigenen Aktivitäten und einer der Tätigkeiten anderer Vereine oder Stellen unterschieden. Insgesamt gesehen war jedoch der Trend klar erkennbar, dass dem Migrationshintergrund, speziell in der Konzeption von Beteiligungsmodellen und der Methodenwahl wenig bis extrem wenig Bedeutung beigemessen wird.¹⁶ Nur jene InterviewpartnerInnen, die sich selbst in dieser Thematik engagieren, bewerten die Situation besser, da sie

16 Die Schweizer Interviewpartnerin von „Integration Basel“ verwies auf die Konzeptionierung von Kinderspielflächen und Pausenhöfen im Kanton Basel-Stadt (CH), wo das Kinderbüro Basel mit verschiedenen Behörden und den Kindern selbst, wobei es sich vor allem um Quartiere mit hohem MigrantInnenanteil handelte, Partizipationsprojekte durchführte. Zum Nachlesen wurde das Projekt „Gala-Dinner“ im Jugendtreff Dreirosen empfohlen. (Verantwortliche: BFA (Basler Freizeitaktion)) (vgl. E7: 3f)

sich hauptsächlich auf ihre eigenen Aktivitäten beziehen. Mit der aktuellen Beteiligungssituation für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ist niemand zufrieden.

Wie in Kapitel 5 noch näher beleuchtet wird, kann die Konzeption von Rahmenbedingungen für interkulturelle Kinder- und Jugendpartizipation zur Erhöhung der Teilhabechancen marginalisierter Kinder und Jugendlicher (mit Migrationshintergrund) als Reaktion auf die hohe Komplexität der Thematik interpretiert werden. Im Hinblick auf die Frage, weshalb der Migrationshintergrund ihrer Einschätzung nach nicht ausreichend berücksichtigt wird, folgt von einem/einer Expertin eine Antwort, die ein zentrales Problem anspricht. Nicht die Ignoranz des Umstandes, dass es nicht immer gelingt, alle Kinder und Jugendlichen, die erreicht werden sollen, auch tatsächlich zu erreichen, sondern die konkrete Umsetzung sei das Problem (vgl. E12: 1). Das heißt, dass die Frage, wodurch diese jungen Menschen verstärkt zur Teilhabe motiviert werden können von großer Bedeutung ist. Das Zusammenwirken mehrerer Faktoren wie u.a. die Ressourcenknappheit sowohl in finanzieller als auch personeller Hinsicht spielen eine Rolle. Besonders dramatisch wirken sich jedoch die Mängel im Bereich der Zielgruppendefinition auf die Teilhabechancen aus. Zwar ist der Migrationshintergrund im Zusammenhang mit Teilhabechancen nicht der einzige Einflussfaktor, allerdings ist es wichtig, ihn mitzudenken. Das erfordert somit seitens der Durchführenden von Beteiligungsprojekten zunächst eine intensive Auseinandersetzung mit der Frage: *Wer muss bzw. soll erreicht werden?*

Wird der Migrationshintergrund oder einfach auch die Bedeutung vom kulturellen Hintergrund bzw. sozialer Unterschiede für die Teilhabechancen nicht mitbedacht, so werden auch gar nicht die Schritte gesetzt, die nötig sind, um genau diese Zielgruppen zu erreichen. Beispielsweise ist es nicht ausreichend, zu sagen, man will alle Kinder und Jugendlichen des zehnten Wiener Gemeindebezirks für ein Beteiligungsprojekt anwerben. Diese Herangehensweise geht nämlich davon aus, dass die Teilnahmebereitschaft nur vom Interesse und Engagement der Person abhängt. Aber speziell bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist diese Sichtweise zu eng, vielmehr brauchen laut einer Expertin „Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund eine gesonderte Einladung, wenn man sie wirklich erreichen will.“ (E16: 1) Es bedarf demnach eindeutiger, direkter Einladungen und einem bewussten Zugehen auf jene, die sich von Beteiligungsangeboten aus diversen Gründen vielleicht nicht sofort angesprochen fühlen. Das Bewusstsein um die Notwendigkeit, den Migrationshintergrund bei der gesamten Konzeption mit zu berücksichtigen, erhöht die Chance auf ein erfolgreiches Beteiligungsprojekt im Sinne einer bestmöglichen Einbeziehung aller Betroffene-

nen. Das geschieht unter anderem deshalb, weil dies den Zugang zu Fragestellungen ermöglicht, die ohne eine Thematisierung im Verborgenen geblieben wären. Dazu gehört auch, sich zu fragen, welcher Generation an Zugewanderten die jungen Menschen überhaupt angehören und aus welchem Herkunftsland bzw. welchen Herkunftsländern der oder die Elternteile stammen. Das ist deswegen wichtig, weil auch berücksichtigt werden müsse, so ein Experte, welchen „Partizipationshintergrund“ (E10: 1) die Eltern haben. Darunter versteht er, zunächst zu hinterfragen, welche Erfahrungen die Erziehungsberechtigten oder ganz generell die Familie, in der der junge Mensch aufwächst mit politischer und/oder gesellschaftlicher Partizipation bisher überhaupt machten. Dieser Hintergrund kann die Einstellung der Eltern gegenüber Beteiligungsprojekten von Kindern und Jugendlichen beeinflussen. Wie mehrere ExpertInnen beobachtet haben, muss man sich zunehmend darüber im Klaren sein, dass es unter den Familien, wo ein Migrationshintergrund besteht sowohl solche gibt, die diese Chance aktiv nützen und andere, die aus den unterschiedlichsten Gründen eher eine passive bis vorsichtige Haltung einnehmen. Wird dieser Aspekt mit berücksichtigt, so kann bereits in der Vorbereitungs- und Bewerbungsphase versucht werden, auf diese Gegebenheiten konkret einzugehen. Dazu gehört auch, sich als Beteiligungsverantwortliche damit auseinanderzusetzen, ob alle Erziehungsberechtigten das Angebot verstehen können bzw. ob das Bemühen vorhanden war, es verständlich zu machen. Dabei handelt es sich nicht nur um die Darlegung von Prozess, Wirkungsweise und Zielsetzung, sondern es beginnt bereits bei der Verwendung von Begriffen und deren Erklärung. Einem Experten zufolge ist es ganz entscheidend, sich dessen bewusst zu sein, dass zunächst die „Elemente der Partizipation“ (E10: 1) die von Insidern oft ganz selbstverständlich verwendet werden, näher erklärt werden müssen, auch um Eltern schließlich von den Vorteilen für sie und ihr Kind überzeugen zu können. Auch meint er, dass es immer wichtiger werde, die Bedeutung der community anzuerkennen, da sie nicht nur „lokale Identität“ schaffe, sondern auch gleichzeitig „Zugang in eine andere Welt“ sei. (E10: 1) Der jeweilige Lebens- und Sozialraum erfährt dadurch eine komplexere Struktur und verschiedenartige Vernetzungen. Deshalb wäre es sinnvoll, zukünftig sowohl in der schriftlichen als auch der persönlichen Kommunikation und Kontaktaufnahme (idealerweise in Zusammenarbeit mit Personen mit Migrationshintergrund) darauf zu achten, welche Begrifflichkeiten nicht verständlich sein könnten und diese zumindest mit anderen Worten zu beschreiben. Schon dieses erste Beispiel zeigt, dass das Bewusstsein um die Vielfalt des kulturellen Hintergrundes und der daraus resultierenden praktischen Konsequenzen den Aufwand zwar sichtlich erhöht, schließlich aber erfolg versprechender ist. Eine Expertin geht noch weiter, indem sie festhält,

dass „die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes eigentlich ein Querschnittsthema für alle Politikbereiche“ ist. (E4: 3)

Die befragten ExpertInnen sind sich auch darin einig, dass eine Nicht-Berücksichtigung des Migrationshintergrundes für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung sowohl mittel- als auch langfristig negative Konsequenzen nach sich ziehen kann. Dies reiche von einer „Trennung der Gesellschaft und dem Entstehen von Subkulturen“ (E16: 2), der „Einzementierung gegenseitiger Rassismen“ (ebd.) bis hin zu Benachteiligungen und weiteren „Ausgrenzungserfahrungen“ (E3: 2) der Betroffenen. Aber auch für die Gesellschaft gehe vieles an Veränderungsdynamik verloren, denn wie ein Experte es formuliert: „Kein Fortschritt ohne Beteiligung – und das ist Verlust.“ (E15: 3) Auch aus ideeller Sicht birgt der Verlust von Vielfalt, Fortschritt und Qualität in der Kinder- und Jugendpartizipation durch die Nicht-Berücksichtigung des Migrationshintergrundes potenzielle Risiken. Gelingt es in Zukunft nicht, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besser und bewusster erreichen zu wollen, so kann die sich daraus ergebende Einseitigkeit, mit der Entscheidungen, die das unmittelbare Lebensumfeld betreffen, durchgesetzt werden, zu einer latenten Inakzeptanz auf Seiten der Exkludierten führen. Die ExpertInnen sprechen in diesem Zusammenhang von „sozialem Brennstoff“ (E3: 2), dem Aufkeimen neuer Konflikte bis hin zu einer „Zunahme von Gewalt in Großstädten“ (E5: 2). Gerade in diesem Zusammenhang kann der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht genug Bedeutung zugesprochen werden, da ihr nicht nur für die Durchsetzung unterschiedlicher Bedürfnisse eine wichtige Funktion zukommt. Beteiligung hat zusätzlich den positiven Effekt, „Segregation durch Interaktion aufzubrechen“ (E5: 2) und dass sich „Vorurteile und Missverständnisse durch Beteiligung [auflösen].“ (E15: 3)

Deshalb ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen generell und speziell die Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Menschen mit Migrationshintergrund für die Gesellschaft wichtig. Aktuell mangelt es jedoch noch an einem grundlegenden Bewusstsein für die Folgen, die eine Entscheidung für die Ermöglichung von Beteiligung nach sich zieht. Eine Expertin kritisiert, dass sich zwar immer mehr für Beteiligungsprojekte aussprechen, aber teils zu übersehen scheinen, dass „Beteiligung Konsequenzen für das Umfeld [hat].“ (E15: 2) Diese Konsequenzen setzen wiederum einen Lernprozess in Gang, wobei von und mit Migrantinnen und deren Nachkommen gelernt werden könne. (vgl. E16: 4) Die Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wirkt sich auch positiv auf die Chancengleichheit aus und leistet einen Beitrag zur Weiterentwicklung der österreichischen Ge-

sellschaft. Zentral ist auch, dass gerade die Partizipation von Kindern und Jugendlichen „Identifikationspunkte schafft und selbstwertsteigernd ist.“ (E8: 2) Dies ist beispielsweise bei der Gestaltung der Außenfassade des Jugendtreffs Arthaberbad der Fall gewesen, die von jungen Menschen, die dort einen Großteil ihrer Freizeit verbringen neu gestaltet wurde (Graffiti-Kunst) und somit zu einem Identifikationspunkt wurde. Umgekehrt müssten jedoch auch verstärkt die österreichischen Gemeinden und Städte mit besseren Ressourcen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgerüstet werden. Denn wie eine Expertin betont, kann Beteiligung „nicht nebenbei laufen; sie braucht zeitliche und finanzielle Ressourcen.“ (E8: 5)

Schließlich ging es in den Interviews auch darum, etwaige **Defizite** aufzuzeigen. Wie sich herausstellte, existieren diese in nahezu allen betroffenen Bereichen (z.B. Handlungsfelder, Methoden, Zielgruppenorientierung), Durchführungsphasen, der Ausbildung der BegleiterInnen und allen AkteurInnen, die bei Beteiligungsprojekten involviert sind.

In folgenden Bereichen besteht laut ExpertInnen dringender Handlungsbedarf:

- a. Erweiterung der Handlungsfelder
- b. Umsetzung der Methodenvielfalt
- c. Zielgruppenorientierung präzisieren
- d. Institutionalisierung durchsetzen
- e. Berücksichtigung des Migrationshintergrundes
- f. Mehr Arbeit mit den erwachsenen Akteuren

a. Erweiterung der Handlungsfelder

Jedes Beteiligungsprojekt zielt auf ein bestimmtes Handlungsfeld ab, das in Bezug zur Lebenswelt der betroffenen Kinder und Jugendlichen steht. In vielen Fällen geht es hierbei meist um die Gestaltung öffentlicher Räume, die von der Zielgruppe besonders intensiv genutzt werden. Diese Handlungsfelder sind ohnehin von jungen Menschen dominiert, wodurch ihnen durch erwachsene Autoritätspersonen vergleichsweise problemlos das Recht zugestanden wird, sich bei der Um- oder Neugestaltung dieser Räume zu beteiligen. Dass es sich dabei jedoch auch um Lebensräume handelt, die noch viel intensiver, als dies bei Erwachsenen der Fall ist, soziale Interaktion hervor bringen, wird nur allzu oft vergessen. Es geht also bei der

Beteiligung nicht nur um Verschönerungsmaßnahmen, sondern auch um das Aufdecken und Lösen latenter oder bereits manifester Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzergruppen und ihren Bedürfnissen. Ein öffentlicher Park wird beispielsweise nicht nur von Schülerinnen und Schülern, sondern auch von Lehrlingen, Eltern mit Kleinkindern und PensionistInnen frequentiert. Gerade diese Durchmischung sorgt oft für Spannungen und passende Beteiligungsprojekte können sie reduzieren oder gar lösen. Es wäre sinnvoll, auch andere Handlungsfelder für die positiven Erfahrungen, die sowohl auf sozialer als auch individueller Ebene mit der Beteiligung von jungen Menschen gemacht wurden und werden, zu öffnen. Eine Expertin nannte hier die Felder „**Arbeitsmarkt, Schule und die Jugendhilfe**.“ (E13: 4)

Da es sich um jugendliche ArbeitnehmerInnen handelt, ist in diesem Fall speziell von mehr Beteiligung am Lehrstellen-Arbeitsmarkt und in den Betrieben die Rede. Zum einen sind diese Jugendlichen aufgrund ihrer Berufstätigkeit nicht zur gefragten Tageszeit an jenen öffentlichen Plätzen, wo Beteiligungsprojekte initiiert werden. Dass es deshalb schwierig ist, sie zu erreichen, bestätigen mehrere ExpertInnen. Andere ExpertInnen berichten wiederum, dass sie sehr guten und sehr viel Kontakt mit Lehrlingen oder Lehrstellensuchenden haben. Nichts desto trotz sind ihre Beteiligungschancen zweifach eingeschränkt, da sie wie besprochen einerseits nicht „vor Ort“, also an öffentlichen Plätzen erreichbar sind, andererseits die Beteiligung von Lehrlingen an ihrem Arbeitsplatz in Österreich noch nicht etabliert ist. Die Schweiz ist in diesem Zusammenhang fortschrittlicher.¹⁷ In Österreich sind die Lehrlinge also aus beteiligungstechnischer Sicht darauf angewiesen, dass Berufsschulen von jenen, die ein Beteiligungsprojekt in die Wege leiten, aktiv kontaktiert werden. Aus diesem Mangel bzw. Abhängigkeitsverhältnis heraus wäre es gerade für Lehrlinge wünschenswert, ihnen in den Betrieben mehr Beteiligungschancen einzuräumen, damit sie und auch das Unternehmen in den Genuss der Vorteile von Beteiligung sowohl für die Persönlichkeits- als auch die Gemeinschafts- und Unternehmensentwicklung kommen.

Als ein weiteres Handlungsfeld wurde die **Schule** (1. bis 9. Schulstufe) genannt. Auch hier liegt noch Potenzial verborgen und das, obwohl viele Schulen offen für die Beteiligung von SchülerInnen sind. Die Kritik der ExpertInnen richtet sich jedoch mehr auf den Umstand, dass es trotz der Ermöglichung von Beteiligung vorkommt, dass die Schule als Handlungsfeld im Sinne einer aktiven Beteiligung der SchülerInnen wegfällt. Wie ExpertInnen berichten,

17 Zum Nachlesen: Eidgenössische Kommission für Jugendfragen (EKJ) (Hrsg.) (2001). *Verantwortung tragen - Verantwortung teilen. Ideen und Grundsätze zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen*, Bericht der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen, Bern.

kommt es tatsächlich vor, dass die Schulleitung die Arbeit der Parlamente thematisch auf außerschulische Themenfelder reduziert. (vgl. E19: 3) Im schlimmsten Fall dürfen also Konflikte, Spannungen oder andere schulinterne Agenden nicht bearbeitet werden, was verdeutlicht, dass das Entscheidungsmonopol bei den Erwachsenen bleiben soll, obwohl es um kindliche und jugendliche Lebenswelten geht. Die Institution Schule muss demnach primär nicht nur eine Öffnung für Beteiligungsstrukturen fördern, sondern auch Themen zulassen, die die eigenen Strukturen betreffen, um zu einem Handlungsfeld für Beteiligungsprojekte zu werden. Schließlich existieren laut einer Expertin auch im Bereich der **Jugendhilfe** Möglichkeiten für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Denn jene, zu deren Lebensumfeld die Institutionen der Jugendhilfe gehören, sollten auch ihr Recht auf Teilhabe nutzen können.

b. Umsetzung der Methodenvielfalt

Die Ansichten der ExpertInnen darüber, inwiefern die methodische Vielfalt ausreichend ist, oder nicht, sind geteilt. Grundsätzlich zeigt man sich zwar mit den Methoden zufrieden, allerdings nicht mit deren praktischer Umsetzung. Das bedeutet also, dass die existierende Vielfalt der Methoden in der Beteiligungspraxis nicht so umgesetzt wird, wie sich dies die ExpertInnen wünschen. Diesbezüglich ist das Finanzierungsproblem von zentraler Bedeutung. Der Mangel an finanziellen Ressourcen wird als Hauptgrund dafür genannt, weshalb die methodische Vielfalt in der Praxis nicht voll und ganz umgesetzt wird. Abgesehen davon ging aus den Interviews hervor, dass ihrer Ansicht nach der Sprachkompetenz und den rhetorischen Fähigkeiten zu viel Bedeutung beigemessen wird.

c. Zielgruppenorientierung präzisieren

„Kindern und Jugendlichen muss man begegnen, wo sie stehen und sie nicht abholen.“ (E3: 5)

Eines der größten Defizite verorten mehrere ExpertInnen im Bereich der Zielgruppenorientierung von Beteiligungsprojekten. Zwar wird zu einem späteren Zeitpunkt noch genauer darauf eingegangen, allerdings ist es wichtig, jenes Defizit an dieser Stelle anzusprechen. Die Kritik betrifft zunächst die mangelnde Auseinandersetzung mit der Frage: **Wer soll / muss erreicht werden?** (nicht: Wen will ich erreichen?). Weiters ist man der Meinung, dass nicht genug Anstrengungen aufgewendet werden, um diese Zielgruppe in ihrer Vielfalt auch tatsächlich zu

erreichen. Denn vielfach wird von Seiten der Verantwortlichen argumentiert, dass ohnehin *alle* angesprochen werden und sie aufgrund von Desinteresse und mangelndem Engagement nicht teilnehmen wollen, was von vielen ExpertInnen kritisiert wurde. Dass dies auch andere Ursachen haben kann, wird in dieser Arbeit vielfach angesprochen. Die Neuformulierung der für die Zielgruppenorientierung entscheidenden Frage weist auch auf die Ernsthaftigkeit hin, mit der Beteiligungsprojekten begegnet werden sollte. So ist es beispielsweise nicht ausreichend, Kinder und Jugendliche in Parks beteiligen zu wollen, ohne sich vorher mit deren Lebensumfeld und unterschiedlichen Lebenswelten vertraut zu machen. Das leitet zu einem weiteren Aspekt im Bereich der Zielgruppenorientierung über. Ernst gemeinte Beteiligung kommt nicht ohne das interessierte Eingehen auf die Lebenswelten bzw. das Hingehen zu jenen Orten, wo Beteiligung stattfinden soll, aus. Dazu gehört auch, dass sich die Verantwortlichen besser mit jenen Vereinen vernetzen, die vor Ort mit den Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund arbeiten. Die Möglichkeiten, um die Heterogenität der Zielgruppe kennen zu lernen und sich in weiterer Folge damit auseinander zu setzen sind vielfältig, setzen jedoch Interesse, Vernetzungs- und interkulturelle Kompetenz voraus. Die Ergebnisse einer derartigen intensiven Auseinandersetzung mit den Zielgruppen, der Vielfalt ihrer Bedürfnisse und Ausdrucksmöglichkeiten braucht Zeit, ist aber als Basis für die Auswahl der Methoden empfehlenswert. Denn erst, wenn die Zielgruppe bekannt und vertraut geworden ist, wird es möglich zu erkennen oder zu erahnen, wo Schwierigkeiten liegen und mögliche Barrieren entstehen können. In weiterer Folge sollte diese Präzisierung der Zielgruppe die Wahl adäquater Methoden, eine barrieren-reduzierende Bewerbung und den Einsatz qualitativ bestens geschulter Begleitung nach sich ziehen.

d. Institutionalisierung durchsetzen

Der Stellenwert, den Kinder- und Jugendpartizipation in Österreich hat, wird von zwei ExpertInnen als gering eingeschätzt (vgl. E12: 4; E5: 4). Die Ursachen dafür verortet sie zunächst bei der quasi nicht existenten Medienpräsenz und dann auch noch als Folge der mangelnden gesellschaftlichen Anerkennung.

Grundsätzlich fällt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und der Förderung von Beteiligungsstrukturen in die Zuständigkeit der Landesregierungen, eine bundesgesetzliche Verankerung fehlt. Die Aktivitäten, die zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gesetzt

werden, fallen demzufolge von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich aus. Da es an einer bundesgesetzlichen Regelung für die Beteiligung junger Menschen mangelt, ist Beteiligung nicht immer einforderbar und somit oft „vom good-will der Politiker abhängig“ (E8: 5), wie eine Expertin bedauert. Allerdings bewegt sich einiges. Wirft man einen Blick auf die Jugendförderungsgesetze in einzelnen Bundesländern, so wird deutlich, dass es dort nicht am Willen der LandespolitikerInnen mangelt, die Jugend zu beteiligen. Allerdings ist die von einer Expertin angesprochene „Finanzierungsbereitschaft“ (E13: 4) sehr unterschiedlich. Ein weiteres Problem sind negative Erfahrungen der ExpertInnen mit der Umsetzungskonsequenz seitens der PolitikerInnen. Das bedeutet, dass bei ihnen der Eindruck entsteht, dass Wort oft nur dann gehalten wird, wenn sie als BegleiterInnen dieses wiederholt einfordern. Eine Institutionalisierung von Kinder- und Jugendbeteiligung in Österreich stellt für viele der Befragten ganz prinzipiell eine Möglichkeit der Qualitätssicherung dar und eine gesetzliche Verankerung böte die Option, Zugesagtes auch Kraft des Gesetzes einfordern zu können. Schließlich erhofft man sich dadurch auch eine verbesserte Medienpräsenz von Beteiligungsprojekten mit Kindern und Jugendlichen.

e. Berücksichtigung des Migrationshintergrundes

„Gäbe es mehr Verständnis für und Wissen über den kulturellen Hintergrund, würde es beispielsweise seltener passieren, dass eine geringe Motivation als Desinteresse interpretiert wird.“ (E2: 3)

Die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes und die sich daraus beinahe zwingend ergebende Veränderung der Rahmenbedingungen von Beteiligungsprojekten hat laut ExpertInnen noch viel zu wenig Einzug gehalten. Die Gründe dafür sind vielfältig und reichen von rechtlichen und budget-politischen bis hin zu Fehleinschätzungen hinsichtlich der Relevanz einer Förderung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Von großem Einfluss ist die Arbeit der BegleiterInnen, da ihre Vorbereitung, Konzeption, Methodenwahl und Durchführung über die Teilhabe entscheidet. Der interkulturellen Kompetenz kommt dabei eine tragende Rolle zu. Dies ist eine Kompetenz, die von nahezu allen ExpertInnen eingefordert wird, da ihr im Moment zu wenig Bedeutung beigemessen wird. Interkulturelle Kompetenz kann entweder durch spezielle Weiterbildungsmaßnahmen

für die BegleiterInnen oder aber zumindest durch den Einsatz von gemischten Teams gefördert werden.

f. Mehr Arbeit mit den erwachsenen AkteurInnen

Unter diesem Aspekt meinen die ExpertInnen unter anderem, dass bisher zu wenig Aufmerksamkeit auf die professionelle und interkulturelle Ausbildung der BegleiterInnen gerichtet wurde. Weiters sollte generell mehr Engagement in die Zusammenarbeit mit allen anderen erwachsenen AkteurInnen investiert werden. Aus den Gesprächen ergab sich die Tendenz, dass eine Reform bei der Erwachsenenenebene beginnen muss. Besondere Aufmerksamkeit soll gerade in Bezug auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund laut Expertenmeinung auf den Umgang mit und Zugang zum Elternhaus gelegt werden und die Erfahrung einer Expertin hat gezeigt, dass speziell bei Beteiligungsprojekten im öffentlichen Raum die aktive Einbeziehung (z.B. durch Diskussion) der Anrainer vorteilhaft ist (vgl. E12: 5) Weiters ist ein intensiverer Austausch und eine bessere Zusammenarbeit mit einzelnen communities wünschenswert.

Ein Experte führt explizit aus, weshalb die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes in der Kinder- und Jugendbeteiligung so relevant ist.

Wieso soll bei der Beteiligung von jungen Menschen der Migrationshintergrund speziell berücksichtigt werden? (vgl. E6: 2)

- 1.** Spezielle Einstellung zu Politik & Themen, die sie betreffen (bikulturelle Orientierung, etc.)
- 2.** Diskriminierungserfahrungen, Alltagsrassismen, Ausgrenzung
- 3.** Nehmen Themen wahr, die für Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund nicht existieren (z.B. Mädchen mit Kopftuch)
- 4.** Defizit bei Reichweite (wird der MH nicht bedacht, wird auch die Frage, wo die Kinder und Jugendlichen rekrutiert werden, nicht ausreichend betrachtet; vgl. AHS, HS, BHS)
- 5.** Partizipationsrechte strukturieren die Wahrnehmung (Wo will ich mich engagieren?)

4.2 Erfahrungswerte

„Beteiligung wird durch Selbstbewusstsein ermöglicht.“ (E19: 4)

Die befragten ExpertInnen wurden, falls vorhanden, nach ihren eigenen Erfahrungen in der Beteiligungspraxis mit Schwerpunkt auf der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, befragt. All diese Erfahrungswerte bilden jene Basis, auf der Rahmenbedingungen konzipiert werden können, die die Erhöhung ihrer Teilhabechancen fördern sollen. Somit stellt sich primär die Frage, wie die Wirksamkeit eines Beteiligungsprojekts gesteigert werden kann. Als erster Punkt ist an dieser Stelle die von den ExpertInnen geforderte bessere Anerkennung und Förderung jugendlicher Ausdrucksformen genannt. Werden Kreativität und Körperausdruck in Form von Theater, Tanz oder auch Musik zugelassen und als gleichwertige Ausdrucksformen anerkannt, so eröffnet dies speziell für junge Menschen mit Migrationshintergrund neue Zugänge zur Beteiligung. Aus Sicht eines Experten ist es demnach besonders ratsam, durch interessiertes Nachfragen herauszufinden, welche TeilnehmerInnen auf welchen Gebieten Kompetenzen, Talente oder Interessen besitzen (vgl. E19: 4).

Speziell bei längerfristigen Projekten spielt das Eingehen auf die jungen Menschen eine besondere Rolle. Unter anderem zeigt sich auf individueller Ebene, dass das Selbstbewusstsein durch die Teilnahme an Beteiligungsprojekten gesteigert werden kann. Ganz besonders wichtig ist darüber hinaus auch die Beziehungsarbeit, die die BegleiterInnen zu leisten im Stande sein müssten. Das wird gerade im Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch die Arbeit in gemischten Betreuer Teams erleichtert. Transparenz und ein klar definierter Handlungsrahmen sind ebenfalls wichtige Faktoren und Erfahrungswerte (vgl. ebd.)

4.2.1 Schwierigkeiten

Schwierigkeiten und Stolpersteine begleiten jeden Prozess. Dass dies bei Beteiligungsprojekten nicht anders ist, liegt auf der Hand. Um aus den vergangenen Fehlern lernen zu können, ist es jedoch nötig, diese zunächst sichtbar zu machen. Die Fragestellung zu den Schwierigkeiten richtete sich nicht nur auf das, was tatsächlich passiert ist, sondern auch auf jene Probleme, mit denen eigentlich gerechnet wurde.

Einkalkulierte Probleme	Tatsächliche Schwierigkeiten
Erreichbarkeit der Zielgruppe im Park	Problem, Lehrlinge zu erreichen
Was trauen sie sich selbst zu?	Mädchen unterliegen mehr Einschränkungen
Können alle Kinder einbezogen werden?	Anrainer boykottierten das Projekt
Akzeptanz durch die Kinder und Jugendlichen vor Ort	Wie viel bleibt hängen?
Thema finden	Kommunikation mit den Eltern zu hochschwellig und nicht persönlich
Rückzug einzelner Teilnehmer	Gruppendynamik / Außenseiter

Beispielsweise ist das Prinzip der Freiwilligkeit nicht leicht umsetzbar, da es den Nachteil mit sich bringt, dass eine große Reichweite nur durch mehr zeitlichen und finanziellen Aufwand erreicht werden kann. Auch ist der soziale bzw. familiäre Hintergrund der TeilnehmerInnen oft zu unbekannt, das Selbstbewusstsein speziell von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund oft unterdurchschnittlich ausgeprägt. Letztere Beobachtung führen die Exper-

tInnen teils auf den Umstand zurück, dass viele dieser jungen Menschen die Erfahrung machen müssen, in die Sonderschule quasi abgeschoben zu werden. Wenige ExpertInnen gaben an, dass es für sie schwierig war, überhaupt Kinder und Jugendliche zu finden, die bereit sind, sich zu engagieren. Ganz zentral ist auch die Erkenntnis einer Expertin, dass die Betreuung von Beteiligungsprojekten durch eine Person nicht ausreichend ist (vgl. E9: 5). Es gelang ihr nicht, die Gruppe inhaltlich voranzubringen und gleichzeitig auf die Gruppenprozesse zu achten. Deshalb konnte sie dem Rückzug eines Teilnehmers nicht entgegen wirken. Erschwerend kommt für die BegleiterInnen hinzu, dass die Beteiligungskultur in Österreich generell noch nichts Selbstverständliches ist.

4.2.2 Rückzug und Ausschluss

„Die Möglichkeiten zur Lösung des Problems von Rückzug werden nicht ausgeschöpft, weil das Problem nicht erkannt wird.“ (E6: A3)

Im Rahmen der Interviews wurden die ExpertInnen mit der Frage konfrontiert, inwiefern die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Probleme von Rückzug und Ausschluss zu reduzieren. Die ExpertInnen sind sich weitgehend darin einig, dass in dieser Hinsicht zu wenig unternommen wird und die Möglichkeiten kaum ausgenutzt werden.

Das Dilemma ist, dass das Rückzugsproblem als solches keine Beachtung erfährt, weshalb auch nicht darauf reagiert wird. Solange aber die Ursachen, die oft auf individueller Ebene ihren Ursprung haben, nicht identifiziert werden, macht es wenig Sinn, Gegenmaßnahmen in Angriff zu nehmen. Dazu braucht es ProzessbegleiterInnen, die die Entwicklungen in der Gruppe beobachten und sofort auf Rückzugstendenzen reagieren. Somit hängt die Qualität der Begleitung auch von deren Einfühlungsvermögen und Ausbildung ab. Speziell die Arbeit mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund erfordert besondere, meist interkulturelle Kompetenz. Eine Expertin fordert, dass zukünftig weniger die Produkt-, denn die Prozessqualität im Vordergrund stehen müsse (vgl. E3: 3). Gemischte Teams schaffen außerdem Vertrauen und Identifikationspunkte und vermitteln, dass Zusammenarbeit funktionieren kann. Die Basis ist jedoch eine wertschätzende Grundhaltung, speziell gegenüber jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Eine andere Expertin sieht wiederum in der frühen Sprachförderung und gleichem Zugang zu Bildung die effizientesten Instrumente, um Rückzug und Ausschlusstendenzen präventiv entgegen zu wirken (vgl. E14: 2).

Sprachbarrieren sollten in der Beteiligungspraxis einem Experten zufolge generell kein Ausschlussgrund sein (vgl. E15 :3) Daran knüpft die Idee einer Öffnung von Beteiligungsprojekten für Mehrsprachigkeit an. In Kombination mit mehr kreativen Methoden kann die Meinungsvielfalt besser eingeholt werden, was zur Reduktion des Ausschlussproblems beiträgt. Den Rückzugs- und Ausschlusstendenzen könne man einer Expertin zufolge jedoch bereits durch die Art der Bewerbung zuvorkommen, indem man darauf achtet, dass diese jungen Menschen „**persönlich – direkt – doppelt**“ angesprochen werden. (vgl. E18: 4)

Diese drei Prinzipien der Bewerbung von Beteiligungsprojekten sind, wie viele ExpertInnen bestätigen, von entscheidender Bedeutung für die Reichweite von Beteiligungsprojekten, wenn sie mit der Intention durchgeführt werden, auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu erreichen.

Entschärfung des Ausschlussproblems

Die ExpertInnen wurden danach befragt, wie sie aufgrund ihrer Erfahrungswerte dem Problem, dass es zu Rückzug und Ausschlusstendenzen bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund kommen kann, begegnen. Dabei wurde deutlich, dass nach Ansicht der ExpertInnen die Hauptverantwortung bei der Begleitung liegt, teilweise jedoch auch bei Gesellschaft und Politik. Zur Entschärfung des Problems wurden für folgende Bereiche konkrete Empfehlungen abgegeben:

Professionelle Begleitung der Beteiligungsprojekte

- Mehr Reflexion über das Projekt
- Bessere und mehr Kompetenzen (z.B. Umgang mit Mehrsprachigkeit, interkulturelle Kompetenz)
- Sensibilisierung für und positiver Zugang zu gesellschaftlicher Vielfalt
- Jugendliche aktiv zum Gespräch auffordern, wenn sie „entschlüpfen“
- Die Beteiligten „am Ball halten“
- Auf Überforderungen egal welcher Art reagieren
- Mehr Aufmerksamkeit für Mädchen mit Migrationshintergrund und ihre Lebenswelten

Bewerbung der Beteiligungsprojekte

- Zusammenarbeit und Kontaktaufnahme mit den Eltern
- Eltern persönlich ansprechen (z.B. Infoabend)

Projektkonzeption

- Politischen (auch verdeckten) Missbrauch vermeiden
- Längerfristige Projekte bevorzugen (v.a. wegen Beziehungs- und Vertrauensaufbau)
- Fokus auf die Prozessmoderation

Anforderungen an Politik und Gesellschaft

- Vielfalt der Gesellschaft verstärkt auch bei politischen Entscheidungsträgern sichtbar machen (Identifikationspunkte)
- Interkulturelle Kompetenz aller Akteure sollte gefördert werden

4.2.3 Sprachkompetenz

„Für Kinder mit Migrationshintergrund spielt als Ressource, über die sich Partizipationsmöglichkeiten in der Residenzgesellschaft erschließen, die Sprache eine besondere Rolle.“ (Sauer 2007: 172)

Wie aus den Literaturquellen noch vor Durchführung der ExpertInneninterviews hervorging, wird beim Großteil der Beteiligungsmodelle für Kinder und Jugendliche ein verhältnismäßig hohes Sprachniveau in der jeweiligen Landessprache (z.B. Deutsch) vorausgesetzt, obwohl auch Methoden angewandt werden (können), die eher spielerischen, kreativen oder künstlerischen Charakter aufweisen. Für die Beantwortung der Frage, wie es gelingt, die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, ist der **Aspekt (Fremd)Sprache** von zentraler Bedeutung. Auch hier gilt, dass sich die Verantwortlichen zunächst darüber bewusst sein müssen, dass die Wahl des Modells und der Methoden darüber entscheidet, welche Personen sich vermutlich angesprochen und ermutigt fühlen, welche abgeschreckt sind und welche sich während des Prozesses zurückziehen. Der Aspekt (Fremd)Sprache besitzt an sich somit sehr viel an trennendem, aber auch zusammenführendem Potenzial.

Zunächst ist es wiederum unumgänglich, sich über die Zusammensetzung der Zielgruppe klar zu werden, um einen Eindruck von der Sprachenvielfalt zu erhalten. Dazu gehört auch eine Einschätzung davon, auf welchem Niveau die Sprache Deutsch im Beteiligungsprojekt keine Barrieren bei den TeilnehmerInnen mehr erzeugt. Diese Überlegungen sind wichtig, damit Fragen betreffend Mehrsprachigkeit, gemeinsamer Sprache, Übersetzung und Wahl der Methoden kompetent und treffsicher beantwortet werden können. Dennoch bleibt der Aspekt (Fremd)Sprache in zweierlei Hinsicht ein potenzielles Problem. Zum einen kann die Nicht-Berücksichtigung von Mehrsprachigkeit bei den TeilnehmerInnen Zugangshürden erschaffen und zum anderen kann es auch zu einer sprachlichen Überforderung der Eltern kommen. Um diese negativen Erfahrungen zu vermeiden, wäre zunächst die persönliche Einstellung zu anderen Kulturen und der Fremdsprachigkeit kritisch zu hinterfragen. Damit ist ein zentrales Problem angesprochen, nämlich dass es nach Ansicht eines Experten hierzulande an der Anerkennung von Mehrsprachigkeit mangelt. Das umfasst auch den Sprachalltag vieler junger Menschen mit Migrationshintergrund, für die das „Switchen“ zwischen den erlernten Sprachen selbstverständlich ist (vgl. E1: 2). Diese mangelnde Wertschätzung in Kombination mit der gleichzeitigen Überschätzung von Sprache in der Kinder- und Jugendbeteiligung kann in der Praxis den negativen Effekt haben, dass Vorurteile einzementiert werden. Um derartigen Entwicklungen Vorschub zu leisten, existieren bereits Lösungsansätze.

Zum einen wäre dies eine Öffnung von Beteiligungsprojekten für die Mehrsprachigkeit, was bedeutet, dass auch noch andere Sprachen außer Deutsch als Arbeitssprachen anerkannt werden. Dabei ist es jedoch wichtig, dass darüber nicht die Erwachsenen entscheiden, sondern den Aspekt Sprache in der Gruppe lediglich thematisieren. Im Rahmen der Besprechung von Gruppenregeln wäre dies vorteilhaft. Dadurch entwickeln die Kinder und Jugendlichen selbst Lösungen für den Umgang mit Mehrsprachigkeit. Die Vorarlberger Koordinationsstelle für Offene Jugendarbeit (KOJE) stellt beispielsweise am Anfang eines „open space“ den Kindern und Jugendlichen folgende Fragen: *Wer versteht gut, weniger gut oder schlecht Deutsch? Wer versteht Dialekt? Wer will übersetzen?* Somit ist es nicht nur möglich, sich auf eine gemeinsame Sprache zu einigen, sondern auch für Übersetzung ist gesorgt. (vgl. E15: 2) Eine Expertin fordert, dass wenn bei einem Beteiligungsprojekt schon der Schwerpunkt auf die Sprachkompetenz gelegt wird, dies zum Ausgleich zur Folge haben sollte, dass entweder ein gemischt-ethnisches Team die Kinder und Jugendlichen begleitet oder aber aus den eigenen Reihen ÜbersetzerInnen (vgl. E7: 4) nominiert werden, sodass ein wertschätzender Rahmen entsteht. Dadurch sollten im Idealfall alle das Gefühl bekommen, sich unabhängig von seinen

oder ihren Deutschkenntnissen oder etwaigen Hemmschwellen verbal oder schriftlich ausdrücken und aktiv einbringen zu können. Dem Bedürfnis, sich einzubringen kommt das Anbieten anderer „Einstiegstüren“ entgegen. Eine Expertin hat beispielsweise generell die Erfahrung gemacht, dass „fast alle Jugendlichen über die Musik zu kriegen [sind].“ (E16: 3) Auch in Bezug auf die Entwicklung von Selbstbewusstsein ist ein sensibler Umgang mit dem Thema Sprache notwendig. Dazu gehören einer anderen Expertin zufolge auch die Förderung der „Artikulationskompetenz und Artikulationsbereitschaft“ und der „Informations- und Wissenskompetenz“ (E3: 4) von Kindern und Jugendlichen.

Man erkennt also, dass es weniger darauf ankommt, den TeilnehmerInnen beizubringen, wie sie sich in verbalen Kämpfen möglichst gut durchsetzen können, sondern mehr die Stärkung von Selbstbewusstsein und dem Mut, sich in der deutschen Sprache auszudrücken und einzubringen im Vordergrund stehen sollte. Während bis jetzt davon die Rede war, wie während des Projekts mit Mehrsprachigkeit umgegangen werden sollte, wird nun auch ein Blick auf die ersten Phasen geworfen. Die Anerkennung von Mehrsprachigkeit beginnt beispielsweise schon mit der Konzeption der gedruckten Informationsmaterialien, mit denen vor Ort für das Projekt geworben wird. Vor allem in Bezug auf die Erziehungsberechtigten ist die Art der Kontaktaufnahme entscheidend. Dazu trägt eine Expertin den Erfahrungswert bei, dass generell sehr umfangreiches Printmaterial eher abschreckende Wirkung auf Eltern mit Migrationshintergrund haben kann. (vgl. E18: 1) Darauf wurde vom Verein *wienXtra* bereits reagiert, indem beim Ferienspielpass (2008) einerseits eine „persönliche Begrüßung“ in fünf Sprachen formuliert wurde,¹⁸ und andererseits die Anzahl von Veranstaltungen mit verbindlicher Anmeldung in Zukunft reduziert werden soll. Fließen somit nicht nur die Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, sondern auch die der Eltern in die Konzeption ein, so tritt ein ganz anderes Problem zutage, mit dem sich mehrere ExpertInnen in der Praxis immer wieder konfrontiert sehen. Es ist dies die eingeschränkte Mobilität von Kindern und Jugendlichen aus Familien, wo ein niedriger sozialer Status und Migrationshintergrund zusammen treffen. Die Möglichkeiten, das Kind beispielsweise von einem Wiener Außenbezirk in die Innere Stadt zu bringen sind nicht bei allen Familien gleich gut gegeben und die Frage der Unterstützung durch die Eltern spielt spätestens hier eine Rolle, wo es um das Erteilen von Erlaubnis geht. Darauf wird jedoch in einem späteren Kapitel noch genauer eingegangen.

18 Der Verein *wienXtra* ist stark mit der Wiener Integrations Konferenz (WIK) im Austausch, von wo sie auch Anregungen zur besseren Erreichbarkeit von jungen Menschen mit Migrationshintergrund beziehen.

Zum Thema Sprache sei noch ein Aspekt ergänzt, den ein Experte angeführt hat und der nicht vernachlässigt werden soll. Das ist der Umstand, dass bei genauer Beobachtung des Sprachalltags deutlich wird, dass Kinder und Jugendliche mit einer bi- oder multikulturellen Orientierung gerade bei Themen, die sie betroffen machen oder wenn Emotionen im Spiel sind, eher zu ihrer Muttersprache als zur Fremdsprache greifen (vgl. E1: 2). Berücksichtigt man das bei Beteiligungsprojekten, so müsste eine Öffnung für Mehrsprachigkeit in den Rahmenbedingungen selbstverständlich sein.

4.2.4 Lernprozesse

Aus den Gesprächen mit den ExpertInnen kristallisierten sich im Zusammenhang mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund mehrere *Lernfelder* heraus, die verschiedene Themenbereiche abdecken. Zunächst ist dies der spezielle **Zugang** bzw. die **Bewerbung** von Beteiligungsprojekten, wobei mehrere Aspekte auffällig waren.

Von einer Expertin wurde beispielsweise erkannt, dass es sinnvoll ist, die Zahl von Aktivitäten mit verbindlicher Anmeldung zu reduzieren (vgl. E18: 1). Denn es zeigte sich in der Praxis, dass diese Verbindlichkeit speziell bei migrantischen Familien aus bildungsfernen Schichten teilweise auf Ängste und Barrieren trifft. War hingegen keine verbindliche Anmeldung vorausgesetzt, nahmen weit mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund an den Aktivitäten teil. Auch ein Übermaß an Printmaterial (Infobroschüren, etc.) erzeugt Beklemmungen und wirkt eher hemmend denn überzeugend. Mehrere ExpertInnen berichten, dass sie die Erfahrung gemacht haben, dass es bei der Verwendung von schriftlichen Einladungen oder Infoblättern besonders wichtig ist, Menschen mit Migrationshintergrund *persönlich* zu begrüßen und dezidiert einzuladen. Das heißt, dass die Erhöhung der Teilhabechancen auch damit zusammenhängt, ob diese jungen Menschen sich eingeladen fühlen, oder nicht, was jedoch nicht als Sonderbehandlung missverstanden werden darf. Im Gegenteil. Die verwendeten Materialien müssen schlicht und einfach ganz klar zum Ausdruck bringen, dass sie willkommen sind und man sie dabei haben will. Das gilt auch für Materialien, die für die Eltern gedacht sind. Eine Expertin entwickelte ihre Werbemaßnahmen dahingehend weiter, als sie in Zukunft den Inhalt des Briefes an die Eltern auf die wesentlichsten Informationen reduziert und zusätzlich einen gemeinsamen Informationsabend anbietet (vgl. E4: 6). Wird das Beteiligungsprojekt zusätzlich von Kindern präsentiert, die bereits mitgemacht haben, so rechnet sie sich bessere Chancen auf die Durchmischung der TeilnehmerInnen aus. Grund-

sätzlich haben die ExpertInnen gelernt, dass es notwendig ist, aktiv auf diese Kinder, Jugendlichen und im Bedarfsfall auch auf deren Familien zuzugehen. Der (Um)Weg über Lehrpersonen ist auch nicht immer ideal, da durch diese Zwischenschaltung von Personen, die mit dem Beteiligungsprojekt nur am Rande befasst sind, der Funke der Begeisterung erfahrungsgemäß nicht so gut überspringt. Speziell für den Zugang zu Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund spielt Mundpropaganda eine wichtige Rolle und wird durch eine direkte und persönliche Kontaktaufnahme gefördert. Denn wie es eine Expertin ausdrückt: „Eine Broschüre allein reicht nicht.“ (E18:2)

Ein weiterer Schwerpunkt in Bezug auf Lernprozesse ist die **Qualität der Begleitung** von Beteiligungsprozessen. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund erfordert spezielle Kompetenzen, ohne die das optimale Gelingen des Projekts in Frage gestellt werden muss. Dazu ist vor allem die Forderung von Seiten der ExpertInnen nach mehr interkultureller Kompetenz zu nennen, aber auch Sensibilität im Umgang mit etwaigen Hemmschwellen, das Wissen um real existierende Barrieren und ganz allgemein mehr Verständnis und Respekt für die Unterschiedlichkeit kultureller Prägungen sind gefragt. Gerade in Punkto Respekt ist zu betonen, dass dazu insbesondere das Einhalten von Vereinbarungen zu zählen ist. Eine Expertin kritisiert, dass gerade „Jugendliche mit Migrationshintergrund es gewohnt [sind], dass Vereinbarungen, die mit ihnen getroffen werden, nicht eingehalten werden.“ (E3: 6) Diese Beobachtung sollte die Bedeutung von Verantwortlichkeit im Kontext der Erhöhung von Teilhabechancen hervor kehren. Weiters ging aus den Interviews hervor, dass Enttäuschungen (z.B. respektloser Umgang, Vertrauensbruch, mangelnde Wertschätzung) von Kindern und Jugendlichen als persönliche Kränkung verstanden werden und sich auf deren zukünftige Engagementbereitschaft negativ auswirken können. Abgesehen von diesen individuell natürlich sehr unterschiedlich empfundenen Erfahrungen soll darauf Wert gelegt werden, dass allen Beteiligten in jeder Prozessphase die Möglichkeit gegeben sein soll, sich frei ausdrücken und die eigene Position vertreten zu dürfen. Im Hinblick auf die Zielgruppe wäre es erfahrungsgemäß günstig, das Team so zusammen zu stellen (z.B. Frau und Mann mit und ohne Migrationshintergrund), dass alle eine(n) vertrauensvollen AnsprechpartnerIn vorfinden. Auf den nächsten Seiten sind immer wieder Best Practice Beispiele beschrieben, von denen in den Interviews erzählt wurde.

BEST PRACTICE: Tätigkeit des Vereins beteiligung.st (Stmk.)

Das Besondere an der Tätigkeit des Vereins liegt darin, dass ihre Auftraggeber primär steirische Gemeinden sind. Das Team von beteiligung.st konzipiert gemeinsam mit den Verantwortlichen in der jeweiligen Gemeinde und den dort ansässigen Kindern und Jugendlichen und Erwachsenen nachhaltige Beteiligungsstrukturen. Deshalb umfasst das Angebot auch spezielle Schulungen für die politischen Verantwortlichen. Das Team leistet am Anfang moderierend Hilfestellung. Ein Beteiligungsprojekt beginnt mit getrennten Auftaktveranstaltungen, wo erklärt wird, wie Beteiligung funktioniert (Methoden, Zugänge). Die Einladung dazu ist offen. Das Besondere dabei ist, dass die Kinder als ExpertInnen respektiert werden, indem sie beispielsweise selbst entscheiden, in welcher Form (Kindergemeinderat, Jugendforum, etc.) sie sich beteiligen wollen, welche zeitlichen Rahmenbedingungen sie sich setzen und wie die Gruppenregeln aussehen sollen. Das Prinzip der Freiwilligkeit kommt hier besonders gut zum Vorschein und verbessert die Motivation.¹⁹ (vgl. E4: 1)

4.2.5 Konstanter Fokus auf die Zielgruppe

Beginnend bei der Vorbereitungsphase muss hinterfragt werden, welche jungen Menschen beteiligt werden sollen / müssen, wo sie zu finden sind und wie sie erreicht bzw. begeistert werden können, damit das Projekt möglichst breite Unterstützung erfährt. Die Erfahrungen der ExpertInnen haben Unterschiedliches gezeigt. Zum einen wurde vielen bewusst, dass es weitaus schwieriger ist, Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten zu erreichen und dass es – dem Prinzip der Freiwilligkeit folgend – ebenfalls mit mehr Aufwand verbunden ist, in außerschulischen settings (z.B. Parks) die NutzerInnen zu motivieren. Egal, welche Schwierigkeit in Punkto Erreichbarkeit oder Motivation auftrat, so ist eine Expertin davon überzeugt, dass in diesen Fällen grundsätzlich nicht der Fehler bei den Kindern und Jugendlichen, sondern bei der eigenen Herangehensweise, Vorbereitung und Durchführung des Beteiligungsprojekts zu suchen ist. Reflektiert man darüber, weshalb Kinder und Jugendliche, die man glaubte, angesprochen zu haben, trotzdem nicht teilnahmen, besteht viel eher die Möglichkeit, diese Defizite zu nutzen, um es beim nächsten Mal besser machen zu können. Der Ansatz sollte demnach sein, primär bei der eigenen Handlungsweise das Defizit zu suchen und nicht bei den anderen (vgl. E19: 4). Verfolgt man diesen Weg nicht, so kann dies zur Folge haben, dass sich die Reichweite von Beteiligungsprojekten verringert und jene, die Barrieren zu überwinden haben oder sich nicht sogleich angesprochen fühlen, in der Ausgrenzung

¹⁹ Beispielsweise kommen dadurch auch Ideen wie der SMS-Infodienst zustande, der gerade umgesetzt wird. Jugendliche sollen auf diese Weise auf dem neuesten Stand darüber gehalten werden, was gerade beim Jugendforum beschlossen wird (vgl. E4: 2).

verharren. Die Anpassung der Rahmenbedingungen an die Zielgruppe ist also von entscheidender Bedeutung, erfordert aber eine intensive Auseinandersetzung der BegleiterInnen mit der Zielgruppe und ihren Lebenswelten. Weiters fiel manchen ExpertInnen auf, dass gerade Kinder mit Migrationshintergrund oft mehr Interesse und Begeisterung zeigen als Kinder ohne Migrationshintergrund. Dies führen sie darauf zurück, dass viele Kinder ohne Migrationshintergrund eher an einer Überfrachtung ihrer Freizeit durch verschiedenste Angebote, denn an Unterbeschäftigung leiden. Da das allerdings in vielen Fällen an die Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen gebunden ist, sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund öfter benachteiligt, wodurch aber Beteiligungsangebote für diese Kinder und Jugendliche besonders attraktiv sind und sein können. Was von vielen Erwachsenen noch nicht oder zuwenig wahrgenommen wird ist die gut ausgeprägte Vernetzungskompetenz, speziell von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Das bringt den Vorteil mit sich, dass der Funke der Begeisterung für ein Beteiligungsprojekt sehr schnell von einem zum anderen überspringt, wie es eine Expertin selbst erlebte (vgl. E4: 6). Können ein Kind oder Jugendlicher begeistert werden, so wird oft der Freundeskreis vor Ort gleich mit aktiviert, die Nachbarskinder quasi aus den Wohnungen heraus geläutet. All das sind Aspekte, die berücksichtigt und positiv genutzt werden können, wenn es darum geht, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gezielt und erfolgreich anzusprechen, um ihre Teilhabechancen zu erhöhen. Zusammenfassend liegt es im Bereich des Möglichen, viele Probleme durch eine intensive und umfassende Vorbereitung zu lösen, worauf in Kapitel 5.2.1 noch explizit eingegangen wird.

4.3 Erreichbarkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Nachdem sich die Projektverantwortlichen der primären Frage stellten (Wer soll / muss erreicht werden?), die Zielgruppe näher definierten und mögliche Orte der Begegnung ausfindig machten, folgt schließlich die Frage nach der Erreichbarkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Wie aus den ExpertInneninterviews hervorging, verlangt die Heterogenität der Zielgruppe nach unterschiedlichen Herangehensweisen. Denn der Erfolg von Beteiligung hängt nicht nur von der Engagementbereitschaft der Kinder und Jugendlichen ab, sondern auch von einer präzisen und wohlüberlegten Vorbereitungsarbeit. Primär gilt, dass das Ziel, tatsächlich alle Betroffenen anzusprechen und sie zur Mitarbeit zu motivieren, nur dann erreicht wird, wenn die erwachsenen Akteure bereit sind, auf sie zu gehen.

Anhand der Ergebnisse der ExpertInneninterviews soll aufgezeigt werden, welche Aspekte (siehe Abbildung 1) zu beachten sind.

Ganz generell ist es für den Erfolg des Beteiligungsprojekts von entscheidender Bedeutung, wie sich der **(1) Umgang** zwischen den BegleiterInnen und den Teilnehmenden gestaltet. Das ist deshalb erwähnenswert, da es noch nicht selbstverständlich ist, Kinder und Jugendliche nicht nur anzuhören, sondern ihnen auch den Raum zu bieten, etwas aktiv mit zu entscheiden. Die Vorurteile von Erwachsenen gegenüber Kindern und Jugendlichen, vor allem in Bezug auf ihre Entscheidungskompetenz sind noch lange nicht ausgeräumt. Die Erreichbarkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund betreffend, betonen die Befragten, dass der respektvolle Umgang eine große Bedeutung hat. Zwar reagieren Kinder und Jugendliche generell sensibler auf eine ablehnende Haltung ihres Gegenübers als Erwachsene, sie scheuen sich jedoch nicht, daraus Konsequenzen für ihr Handeln zu ziehen, was beispielsweise den Rückzug aus dem Projekt bedeutet. Sie wollen in ihrem Sein und ihren Bedürfnissen, schlicht als ExpertInnen ihres Lebensumfeldes ernst genommen werden, was sich ganz besonders in einer wertschätzenden Kommunikation ausdrückt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist jener der **(2) Verantwortung**. Davon sind in erster Linie die BegleiterInnen des Beteiligungsprojekts betroffen. Ihre Verantwortung erstreckt sich nicht nur auf das Gelingen im Sinne einer umfassenden und erfolgreichen Einbeziehung möglichst aller betroffenen Kinder und Jugendlichen, sondern auch auf ihre Rolle als Partner für die Kinder und Jugendlichen. Es darf beispielsweise nicht übersehen werden, dass die Begleitung während des gesamten Prozesses darauf zu achten hat, einmal vereinbarte Rahmenbedingungen gegenüber den Beteiligten, deren Familien oder anderen Akteuren einzuhalten. Speziell, wenn die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gefördert werden sollen, sind die BegleiterInnen dafür verantwortlich, etwaige Frustrationserfahrungen zu vermeiden.



Abbildung 1 Die Erreichbarkeit bestimmende Einflussfaktoren

Die methodische Vielfalt ist zwar groß, allerdings scheitert ihre praktische Umsetzung oft am Mangel an finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen. Viele der tatsächlich angewandten Methoden setzen außerdem ein hohes Maß an Sprachkompetenz (Deutsch) und rhetorisches Talent voraus. Ein derart hochschwelliges und gegenüber nicht-sprachlichen Kompetenzen (Kreativität, Musikalität, Sportlichkeit, etc.) verschlossenes Beteiligungsprojekt trägt nicht dazu bei, Teilhabechancen zu erhöhen. Einige ExpertInnen gaben an, dass es deshalb wichtig ist, bei der (3) **Methodenwahl** den Migrationshintergrund und die Zusammensetzung der Zielgruppe mitzudenken. ExpertInnen berichten nämlich, dass der Zugang zu Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund generell über niedrighschwellige Angebote besser funktioniert. Die Verwendung allzu hochschwelliger Methoden kann dazu beitragen, dass sich

die Angst, Fehler zu machen und bloßgestellt zu werden, verstärkt. Gelingt es jedoch, über einen niedrighschwelligem Einstieg in die Beteiligung etwaige sprachliche Barrieren abzubauen und ihnen gleichzeitig zu verdeutlichen, dass ihre Kompetenzen (z.B. Mehrsprachigkeit) wertgeschätzt werden, so ist prinzipiell der Grundstein für die Anwendung hochschwelliger Methoden gelegt. Dazu braucht es ein Bewusstsein für die Heterogenität der Gruppe und Barrieren, sowie ein fundiertes Wissen über weniger sprachorientierte Methoden, deren Anwendbarkeit oder einfach das Geschick, Methoden zu adaptieren. Grundsätzlich ist ein Loslassen der Vorstellung gefragt, dass das perfekte Beherrschen einer Sprache (z.B. Deutsch) *das* entscheidende Kriterium für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist.

BEST PRACTICE: Forumtheaterprojekt in Wien/ InterAct (theaterpädagogisches Beteiligungsprojekt in Graz)

Dass sich kreative Methoden wie das Forumtheater besonders eignen, um Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu beteiligen, beziehungsweise sie ermutigen, sich auszudrücken, zeigen folgende Beispiele. Das Forumtheaterprojekt in Wien, das im Rahmen des EU-Programms „EQUAL“ durchgeführt wurde, richtete sich ausschließlich an Jugendliche zwischen 15 und 22 Jahren mit Migrationshintergrund. Eine Szene aus ihrem Erfahrungskontext wurde inszeniert, hörte mit einer Problemstellung auf und das Publikum sollte eine Lösung finden. Das ermöglichte ihnen unabhängig von ihren Deutschkenntnissen die Darstellung ihrer Erfahrungen und Ansichten. (vgl. E9: 4)

Diese theaterpädagogische Methode kann jedoch auch gezielt als Beteiligungsmethode für die Gestaltung von öffentlichen Räumen angewandt werden, wie am Beispiel von InterAct belegbar ist. Dort, wo es oft zu Konflikten zwischen Nutzergruppen kam (in Grazer Bezirken mit wenig bis keiner Durchmischung der BewohnerInnen) sollten die Bedürfnisse aller mithilfe theaterpädagogischer Methoden erhoben werden. Diese Konflikte wurden von der Gruppe vor jungen Menschen und den verantwortlichen Politikern gezeigt. Die Lösungsvorschläge wurden protokolliert und dienten den PolitikerInnen als Basis für Maßnahmen zur Reduktion der Konflikte. Im folgenden Herbst kam es dann zu einer Nachbesprechung. Schließlich wurde der Spielplatz umgebaut. (vgl. E12: 2)

Wie bereits unter Punkt (3) Methodenwahl angesprochen wurde, so begünstigt die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes die Sensibilisierung für die Existenz von Barrieren und Hemmschwellen. Deshalb und damit der Einstieg in die Beteiligungspraxis zu einer positiven Erfahrung wird ist es laut ExpertInnen besonders wichtig, sich als Projektverantwortliche sowohl bei der Planung und Vorbereitung als auch während des Prozesses um eine **(4) Reduktion der Barrieren** zu bemühen. Dazu braucht es nicht nur eigene Erfahrungswerte, sondern auch mehr Austausch und Hilfestellung zwischen den Beteiligungsprojekten. Es wäre kontraproduktiv, von den Kindern und Jugendlichen zu erwarten, dass sie gänzlich ohne das Zutun anderer die Hemmschwellen überwinden, da deren Engagementbereitschaft in engem Zusammenhang mit anderen Einflussfaktoren steht, wie in dieser Arbeit schon angespro-

chen wurde. Zunächst sollten Verbindlichkeiten weitgehend vermieden werden, da dies Zugangshürden aufbaut. Weiters hilft die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes, etwaige finanzielle Einschränkungen zu erkennen, weshalb es sinnvoll ist, die Angebote kostenlos und ohne Folgekosten im Verlauf des Prozesses anzulegen. Auch die Frage, wie das Problem eingeschränkter Mobilität gelöst werden kann, ist zentral.

Für eine Reduktion von Barrieren ist auch die Art der Bewerbung entscheidend. Je nach Ort und Zielgruppe sollte sie unterschiedlich gestaltet und konzipiert sein. Während der Durchführung des Projekts oder noch besser schon in der Vorbereitungsphase können ebenfalls Barrieren verringert werden. Eine Expertin adaptierte die Kärtchenmethode derart, dass die Moderatorinnen die Ideen der TeilnehmerInnen auf die Kärtchen notierten, sodass jenen, die Angst hatten, Rechtschreibfehler zu machen, diese Frustrationserfahrung erspart wurde. (vgl. E4: 7)

Am deutlichsten ging aus den Interviews hervor, dass die **(5) Aktive Kontaktaufnahme** den besten Zugang zu Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verspricht. Auch hierfür ist wiederum eine klare Zielgruppendefinition unter Berücksichtigung des Migrationshintergrundes entscheidend, da dies meist zur Konsequenz hat, sich mit den Lebensrealitäten verstärkt befassen zu müssen. Das beinhaltet beispielsweise die Frage, wo sie anzutreffen sind. Die BegleiterInnen müssen die Kinder und Jugendlichen also aktiv aufsuchen, um ihnen begegnen zu können. Ist man vor Ort angekommen, sind eine direkte Kontaktaufnahme in Form von persönlicher Begegnung und Kommunikation die zentralen Werkzeuge, um Zugang zu erhalten, Begeisterung entfachen und Fragen sofort beantworten zu können. Der Schwerpunkt sollte in jedem Fall bei verbaler und nicht verschriftlichter Kommunikation liegen. Das erfordert umgekehrt auch bei den BegleiterInnen einen Abbau eigener Barrieren, die meist mit dem Fremden, das den Lebenswelten und –umfeldern von Kindern und Jugendlichen zu Eigen ist, in Zusammenhang steht. Beispielsweise kann das Terrain eines von Betonmauern eingezäunten Spielplatzes auch für Erwachsene, für die solche Lebensbedingungen eher unbekannt sind, fremd und bedrohlich wirken. Das erklärt, weshalb es so wichtig ist, dass sich die BegleiterInnen mit der Situation vor Ort bekannt machen und eigene Barrieren überwinden. Das alles braucht natürlich Zeit, ist aber ganz entscheidend für den Zugang zu Kindern und Jugendlichen generell und jenen mit Migrationshintergrund im Speziellen.

BEST PRACTICE: „Streettour“ des Vereins beteiligung.st (Stmk.)

Im Juli 2008 führte beteiligung.st erstmals die „Streettour“ in sechs steirischen Bezirkshauptstädten durch. Alle Kinder und Jugendlichen wurden in Schwimmbädern und öffentlichen Plätzen über den Service, den der Verein ihnen (und nicht nur den Gemeinden) anbietet, auf kinder- und jugendgerechte Weise informiert. Zusätzlich wurde ein Fragebogen entwickelt, über den erhoben wurde, wofür sich die Kinder und Jugendlichen beteiligen wollen. (vgl. E4: 2)

Die Erfahrungen der ExpertInnen zeigten auf, dass es für die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund oft einer besonderen Beschäftigung mit und **(6) Einbeziehung der Eltern** bedarf. Ignoriert man bei der Konzeption diesen Aspekt, so läuft man Gefahr, Kinder und Jugendliche nicht in dem Maß anzusprechen, wie dies eventuell möglich gewesen wäre. Natürlich ist die Einbeziehung der Eltern kein Garant für deren Zustimmung, allerdings macht es deutlich, dass sie wertgeschätzt und ihre Lebenswelten respektiert werden. Ein zentrales Problem, mit dem speziell die PraktikerInnen konfrontiert sind ist die Bildungsferne von Eltern und die daraus resultierenden Ängste und Hemmschwellen. Interessant ist diesbezüglich die Erfahrung einer Expertin, die einmal mit einem Vater konfrontiert war, der sein Kind regelrecht beschützen wollte. Dessen Freizeit sollte nicht durch noch mehr Arbeit – denn damit wurde auch freiwilliges Lernen konnotiert – eingeschränkt werden (vgl. E11: 5). Um derartigen Ängsten zu begegnen ist es also notwendig, sich intensiv mit den familiären Hintergründen auseinander zu setzen und sich gegebenenfalls interkulturelle Kompetenz anzueignen, um Lösungsstrategien gemeinsam erarbeiten zu können. Eine ansprechende Idee entwickelten die Kinderfreunde Österreich, die jedoch nicht realisiert wurde. So genannte

„Stadtteilmütter“ sollten im Sinne einer interkulturellen Elternbildung Familien oder Frauen mit Migrationshintergrund ansprechen und ihnen bei Bedarf über persönliche Gespräche die Bedeutung von Bildung vermitteln, wodurch speziell bildungsferne Familien erreicht werden könnten. (vgl. E5: 3)

Ein weiterer von den ExpertInnen genannter Aspekt ist der **(8) Vertrauensaufbau** zwischen der Beteiligungsbegleitung und der Zielgruppe. Am besten gelingt dies über Bezugspersonen. Derzeit werden viele Beteiligungsprojekte im Rahmen der Offenen Jugendarbeit angeboten, was den Vorteil hat, dass wegen des regelmäßigen Kontakts bereits eine Art von Beziehung entstanden sein kann. Ist dem nicht so, sollte zumindest eine Person im Team als Bezugsperson agieren. Im Zusammenhang mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit

Migrationshintergrund kann der Zugang bzw. das Vertrauen leichter aufgebaut werden, wenn zumindest eine Person im Team selbst einen Migrationshintergrund aufweist. Dabei steht nicht so sehr im Vordergrund, welcher Generation oder auch eventuell welcher kulturellen Herkunft diese angehört. Manchmal reicht allein die Tatsache aus, dass es jemanden mit ähnlichen Erfahrungen gibt, um ein Gefühl von Vertrautheit zu erzeugen.

BEST PRACTICE: „Kulturelle Jugendbildung“ bei migrantischen Jugendverbänden (D)

Die Arbeit migrantischer Jugendverbände beginnt mit „kultureller Jugendbildung“. Junge Menschen der 1., 2. und 3. MigrantInnengeneration kommen miteinander in Kontakt und entdecken „über den Bauch zum Hirn“ (Tanz, Malerei, Gesang) die Gemeinsamkeiten. Das Entdecken der Gemeinsamkeit durch den Fokus auf Kultur legt den Grundstein für ein weiteres Engagement in der politischen Jugendbeteiligung und im Gemeinwesen. Erst dann folgen gemeinsame Seminare zu politischen Themen und schließlich die Beteiligung in ihrem Gemeinwesen. Einziger Haken: Es gibt kein Feedback von den Gemeinden, ob und wie sich die migrantischen Jugendverbände tatsächlich beteiligen konnten. (vgl. E2: 5)

Eine weitere Forderung der ExpertInnen ist die Förderung kultureller Vielfalt in den Teams. Diese **(9) gemischten Teams** ermöglichen zweierlei: Zum einen schafft die Präsenz mehrerer Sprachen bei den TeilnehmerInnen Vertrauen und zum anderen kann dies mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund motivieren, sich zu beteiligen. Erste Identifikationspunkte werden somit geschaffen und intensivieren bei den TeilnehmerInnen den Eindruck, willkommen zu sein. Außerdem verdeutlichen gemischte Teams die Dialogfähigkeit der Erwachsenen, wodurch sie ein gutes Vorbild abgeben.

Eine positive Einstellung zur **(10) Interkulturalität** fördert ebenfalls den Zugang zu Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Diese Interkulturalität sollte nicht nur Handlungsprinzip sein, sondern betrifft auch und vor allem diejenigen, die den Beteiligungsprozess begleiten. Idealerweise, so eine Expertin, wird Vielfalt als „eigene Erfahrung erlebt“ (E9: 5) und schätzen gelernt, kann aber auch durch spezielle Weiterbildungen (z.B. Interkulturelle Kommunikation) erzielt werden. Ein Experte meint, dass „der Migrationshintergrund auf keinen Fall ausgeblendet“ werden sollte, da dadurch migrationsspezifische Realitäten übersehen werden könnten. (vgl. E1: 1)

Weiters stellte sich die Frage, welche Rolle der **(11) Bewerbung** zukommt. Grundsätzlich fiel den ExpertInnen auf, dass das Wissen über Beteiligungsangebote und deren Vorteile bei den AkteurInnen oft sehr schlecht entwickelt ist. Hier müsste mehr in die Steigerung des Bekanntheitsgrades investiert werden. Das persönliche Gespräch, der direkte Zugang und positi-

ve Mundpropaganda erhöhen erfahrungsgemäß die Chance, auch Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten zu erreichen.

Schließlich wird von ein paar ExpertInnen auch betont, dass auf Seiten der BegleiterInnen mehr Aktivitäten in Punkto **(12) Vernetzung** und der Kontaktaufnahme mit **(13) migrantischen MultiplikatorInnen** gefragt sind. Speziell zu den beiden letzten Punkten sei als Best Practice das Kinderbüro der Universität Wien angeführt.

BEST PRACTICE: Kinderuni bunt (Kinderbüro Universität Wien)

Um das Ziel zu erreichen, eine bessere kulturelle Durchmischung der Kinderuni herzustellen, wurde für die erste *Kinderuni bunt* im Jahr 2005 ein Folder gemeinsam mit dem Kinderunibeirat²⁰ entwickelt und in 24 Sprachen übersetzt. Die communities wurden aktiv kontaktiert und ihre Kommunikationsorte herausgefunden, um vor Ort die Folder zu verteilen. Die Folder haben daraufhin eine Vernetzung mit den communities und migrantischen Vereinen in Gang gebracht, die kontinuierlich wächst. Viele MultiplikatorInnen fühlten sich durch die mehrsprachigen Folder angesprochen. Weiters wurde mit der Kinderuni bunt auch eine Medienpräsenz in fremdsprachigen Medien (z.B. Hürriyet) erreicht, die teils für in Österreich lebende MigrantInnen sehr wichtig sind. Alles in allem wurde durch diese Initiative in der Bewerbung ein großes Netzwerk geschaffen und mittlerweile suchen die Vereine gezielt die Zusammenarbeit mit dem Kinderbüro. Im Jahr 2008 kam es erstmals zu einer Kooperation mit der Atib Union (Türkisch Islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich). Da jedoch noch immer nicht Kinder und ihre Familien aus den Wiener Randbezirken umfassend erreicht werden konnten, wurde die Idee der *Kinderuni on Tour* geboren. Auch diesmal wurde aktiv Vernetzung betrieben. Die Erfahrungswerte der Parkbetreuung bzw. der Jugendzentren über die Lebenswelt Park und ihre Nutzergruppen waren sehr wertvoll für die Arbeit. Man empfand sich als Gast auf dem Terrain der Kinder, die Reviere wurden respektiert, womit Konflikte präventiv vermieden werden konnten. (vgl. E11: 1f)

4.4 Engagementbedingungen

„Man beteiligt sich, wenn man sich zuhause fühlt.“ (A16: 1)

Zusammenfassend soll in diesem Kapitel noch einmal dargestellt werden, wovon das Engagement junger Menschen mit Migrationshintergrund in der Beteiligungspraxis erfahrungsgemäß abhängig ist. Diese Faktoren sind den Interviews zufolge: **(1) Elternhaus, (2) Mobilität, (3) Lebensumfeld, (4) Begleitung / Umgang und (5) Beteiligungsangebot / Methodenwahl.**

20 Das Kinderbüro der Universität Wien arbeitet mit einem Kinderunibeirat, dem 6 bis 7 Kinder angehören, die als ExpertInnen für die Gestaltung der Materialien uvm. mit dem Team zusammen arbeiten (vgl. E11: 1).

(1) Elternhaus

Die ExpertInnen kritisieren, dass oftmals den Eltern bzw. den Familien der zu beteiligenden Kinder und Jugendlichen zu wenig bis gar keine Aufmerksamkeit zukommt. Da der Einfluss der Eltern auf den Willen zum Engagement groß ist, sollten sich die BegleiterInnen vermehrt mit der Frage auseinandersetzen, wie sie die Unterstützung der Eltern für das Beteiligungsprojekt gewinnen. In diesem Zusammenhang ist die Initiative vom Verein wienXtra zu erwähnen, der sein Ziel, generell mehr Kinder mit Migrationshintergrund anzusprechen unter anderem dadurch erreichen will, dass man die Broschüre „familientage“ den „Mama lernt Deutsch“-Kursen²¹ als Diskussionsgrundlage zur Verfügung stellt. Dadurch steigt der Bekanntheitsgrad, das Angebot wird gut verstanden und es erhöht sich die Chance, dass es durch positive Mundpropaganda weiter getragen wird. (vgl. E18: 2) Schließlich spielt die Art der Kontaktaufnahme mit den Eltern eine wichtige Rolle. Dazu sind laut ExpertInnen zwei Wege besonders Erfolg versprechend. Zum einen ist dies das direkte Gespräch, im Zuge dessen die Möglichkeit besteht, bei Unklarheiten sofort nachfragen zu können und zum anderen erleichtert die Übersetzung von Informationen in mehrere Sprachen die Verständlichkeit des Beteiligungsprojekts.

(2) Mobilität

„Kinder bewegen sich nur soweit, wie es die Eltern zulassen.“ (E18: 4)

In engem Zusammenhang mit der Elternthematik steht die Mobilität von Kindern und Jugendlichen. Wie obiges Zitat verdeutlicht, ist die Mobilität nicht nur von der Erlaubnis der Eltern abhängig, sondern auch von deren Lebensrealität (Arbeitssituation, Mobilität, finanzielle Situation, Zeitressourcen). Wird die Vielfalt der familiären Situationen wahrgenommen, so können durch persönliche Gespräche mögliche Barrieren oder andere Probleme besprochen und Lösungen gefunden werden. Das Problem der eingeschränkten Mobilität betrifft vor allem die Bundeshauptstadt Wien, wo dies einige ExpertInnen ansprachen. Deshalb ist es ratsam, entweder mehr lokale Beteiligungsprojekte anzubieten oder zumindest mit den Eltern das Gespräch zu suchen, um den Kindern und Jugendlichen mit eingeschränkter Mobilität die

21 „Mama lernt Deutsch“-Kurse sind „geförderte Deutschkurse für Mütter von Schul- und Kindergartenkindern“, Link des Webservice der Stadt Wien (<http://www.wien.gv.at/integration/deutschlernen/mama-lernt-deutsch.html>), download am 03.08.2008.

Teilhabe zu ermöglichen. Lokale Beteiligungsprojekte haben den Vorteil, dass sich alles vor Ort abspielt und sich die Kinder und Jugendlichen in Punkto Mobilität unabhängig von den Eltern für oder gegen die Teilnahme entscheiden können. Außerdem ist es meist ein Aktionsraum, wo sie sich wohl und sicher fühlen. Das ist aus Sicht eines Experten ganz besonders für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund von Bedeutung. (vgl. E1: 2) Die Aneignung von Raum ist bei außerschulischen Beteiligungsprojekten sowohl von den Erwachsenen als auch den jungen AkteurInnen gefordert. Solche Beteiligungsprojekte ermöglichen es jedoch, dass die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen tatsächlich erfasst und berührt werden.

(3) Lebensumfeld

Ein weiterer Faktor, der ganz entscheidenden Einfluss auf die Engagementbereitschaft von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausübt, ist die Frage, inwiefern sich das Projekt auf ihr tatsächliches Lebensumfeld bezieht, was sowohl den öffentlichen Raum als auch Schule oder Arbeitsplatz betreffen kann. Der Bezug zwischen dem Beteiligungsprojekt und dem persönlichen Umfeld muss hergestellt werden, da nur so gewährleistet ist, dass der Anlass für die Beteiligung etwas ist, wozu eine Form von Nahverhältnis besteht. Beteiligungsprojekte schaffen meist neue Identifikationspunkte im öffentlichen Raum, was besonders für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wichtig werden kann, da für sie, wie von einigen ExpertInnen kritisiert wurde, ohnehin nur wenige solcher Identifikationspunkte existieren. Diese stärken auf individueller Ebene das Selbstbewusstsein, erzeugen ein Gefühl von Wertschätzung und auf gesellschaftlicher Ebene können sie die Identifikation mit dem Wohnumfeld stärken. Passiert das Beteiligungsprojekt im Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen, so kann sich dies auch aufgrund der guten Vernetzung von Kindern und Jugendlichen (mit Migrationshintergrund) auf die Reichweite positiv auswirken.

(4) Begleitung und Umgang

„Menschen, die kein Interesse an Kindern und Jugendlichen haben, sollten in keinem Bereich (Forschung, Politik, Beteiligung) tätig sein, weil das zu reinen Erwachseneninterpretationen führt.“ (E15:4)

Die Engagementbereitschaft von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund hängt sehr stark von den erwachsenen BegleiterInnen und deren Umgangsformen ab. Generell verlangt die Beteiligungspraxis, dass die BegleiterInnen „mit Herz und Interesse an den Themen

der Jugendlichen“ (E15: 4) dran sind. Das umfasst wertschätzenden Umgang ebenso wie den Aufbau von Vertrauen. Eine Expertin wünscht sich, dass sich die BegleiterInnen mehr Zeit nehmen, um alle Aspekte des Angebots so zu erklären, dass es tatsächlich von allen verstanden wird. Denn nur, wer weiß, worum es geht, kann Entscheidungen treffen. Für die Beteiligten ist auch die Erfahrung wichtig, dass „man sie in ihren Sorgen und Fragen aber auch ihrem Wissen“ (E11:3) als ExpertInnen ernst nimmt.

(5) Beteiligungsangebot / Methodenwahl

Schließlich wirkt sich auch die Art des Angebots auf die Engagementbereitschaft aus. Dazu bemerkt eine Expertin, dass sie oft beobachten musste, dass die Angebote bzw. der Einstieg speziell für Jugendliche mit Migrationshintergrund meist zu hochschwellig konzipiert sind (vgl. E18: 5). Das basiert u.a. auf der Tatsache, dass noch in der Volksschule, also bis zur 4. Schulstufe davon ausgegangen werden kann, dass das Leistungsniveau ähnlich ist, was sich jedoch radikal ab der 5. Schulstufe verändert, sobald es zu einer Aufteilung der Kinder zu bestimmten Schultypen kommt. Das Prinzip der Freiwilligkeit stellt einen stark motivierenden Faktor dar. Zwar erhöht sich dadurch der Aufwand, der betrieben werden muss, um die Zielgruppe zu erreichen, aber das dadurch erzielte Engagement macht es für die ExpertInnen zu einer lohnenden Investition.

BEST PRACTICE: Kinderparlamentswagen (Kinderbüro Steiermark)

Das Kinderparlament der Stadt Graz besitzt auch einen mobilen Teil, nämlich den Kinderparlamentswagen, um den Kindern und Jugendlichen dort zu begegnen, wo sie sind. Je nach Beteiligungsprojekt wird der Kinderparlamentswagen methodisch ausgerüstet. Vor allem kreative Methoden werden eingesetzt. (vgl. E12: 2)

4.5 Eignung bestehender Beteiligungsmodelle

Bei dieser Frage ging es darum, herauszufinden, welche der gängigen Beteiligungsmodelle (repräsentative, offene oder projektbezogene) nach Einschätzung bzw. Erfahrung der ExpertInnen sich am besten eignen, um junge Menschen mit Migrationshintergrund zur Beteiligung zu motivieren oder ob diese grundsätzlich verworfen und ein neues Modell konzipiert werden muss.

Innerhalb der Gruppe der befragten ExpertInnen existierten zwei Strömungen. Zunächst sind diejenigen genannt, für die sich grundsätzlich alle Beteiligungsmodelle eignen. Das begründen sie damit, als der Erfolg im Sinne einer Förderung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund vor allem von der Qualität der Durchführung abhängt. Die Mehrzahl der ExpertInnen findet, dass die Durchführung von projektbezogenen Modellen am aussichtsreichsten ist, da sich auf der Beziehungsebene leichter und besser Vertrauen aufbauen lässt. Eine Expertin kritisierte, dass generell alle Modelle, die nicht projektbezogen sind, als „Erwachsenenmethoden“ einzuordnen und „wenig geeignet“ sind, da etwas „nachzuspielen“ nicht der Ausdrucksform von Kindern und Jugendlichen entspreche. (vgl. E9: 5) Für jene ExpertInnen, die sich dafür aussprechen, dass alle Modelle gleich gut geeignet sind, ist dies in engem Zusammenhang mit dem Einstiegsalter in die Beteiligung zu sehen. Dahinter steckt die Logik, dass laut einer Expertin bereits mit Kindern Beteiligungsprojekte durchgeführt werden sollten, da Partizipation ein Lernprozess ist. Das macht die TeilnehmerInnen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund „beteiligungsfit“ (E3: 2), sodass die Teilnahme an hochschwelligem Beteiligungsformen (z.B. Jugendparlament) auch für junge Menschen mit Migrationshintergrund erleichtert wird. Unabhängig davon, welches Beteiligungsmodell zur Anwendung kommt ist es generell sinnvoll, dass die Kinder und Jugendlichen ihre Gruppenregeln (z.B. niemanden auslachen, ausgrenzen, lächerlich machen, etc.) selbst aufstellen und sie auch sichtbar (z.B. als Plakat im Raum) gemacht werden. Diese Praxis stärkt laut einer Expertin den Gruppenzusammenhalt und die Motivation (vgl. E4: 7).

Von besonderer Relevanz und ebenso unabhängig vom Beteiligungsmodell ist die Frage danach, was tatsächlich das Thema der Kinder und Jugendlichen ist. Was berührt sie? Wo brennt gerade jetzt der Hut? Denn je deutlicher aus der Konzeption des Beteiligungsprojekts hervor geht, dass es sich um *ihr* Thema handelt, desto stärker ist ihre Motivation, sich zu engagieren. Die große Gefahr besteht darin, dass ein Beteiligungsprojekt nicht gut genug durchdacht wurde und dass, wenn sich „Kinder und Jugendliche beteiligen und enttäuscht werden, sie auf Dauer für Beteiligungsprozesse [verloren sind].“ (E2: 2) Dazu gehören auch Überlegungen betreffend der Zeitressourcen sämtlicher Akteure. Außerdem weist eine Expertin darauf hin, dass ihrer Erfahrung nach junge Menschen mit Migrationshintergrund leider oft schon im Vorhinein für sich selbst feststellen, dass „das was für andere Kinder, aber nicht für mich ist.“ (E11: 2)

4.6 Anforderungen an eine Konzeption geeigneter Rahmenbedingungen

Die Konzeption von Rahmenbedingungen zur Förderung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sollte, basierend auf der Auswertung der Ergebnisse, sollte fünf Prinzipien berücksichtigen: **(1) Interkulturelle Öffnung, (2) Durchmischung, (3) Fokus auf Beziehungsebene, (4) Verantwortungsbewusstsein und (5) Aktivität** (siehe Abbildung 2).

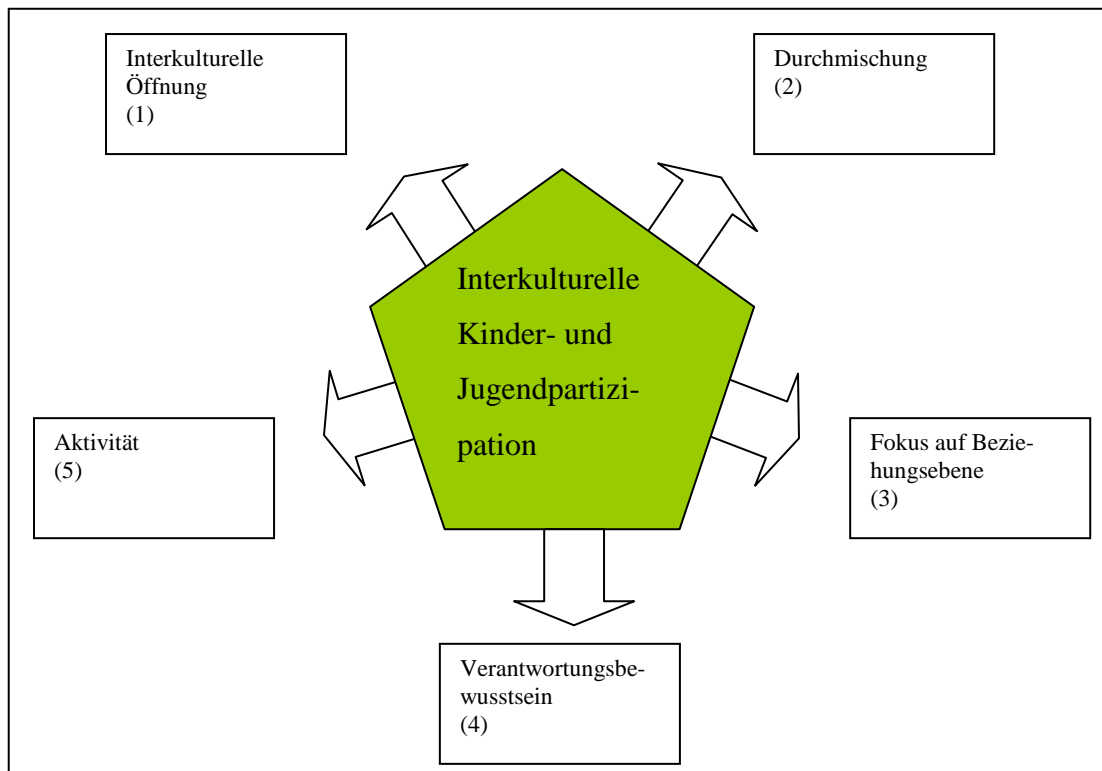


Abbildung 2 Anforderungen an Rahmenbedingungen

Jene fünf Prinzipien spiegeln sich in allen Phasen von Beteiligungsprojekten wider. Doch zunächst steht ganz zentral das Prinzip der **(1) interkulturellen Öffnung** im Zentrum des Interesses. Wie die Bezeichnung schon sagt, geht es hierbei um die Öffnung von Beteiligungsprojekten für die kulturelle Vielfalt ihrer Zielgruppe und den daraus resultierenden Folgen. Die Berücksichtigung der verschiedenen Lebenswelten (Kinder/Jugendliche/Eltern) ist besonders für Fragen nach dem optimalen Zugang zu den TeilnehmerInnen, ihrem Thema und dem Partizipationsraum von Bedeutung.

In Bezug auf Kosten, Verständlichkeit des Angebots und etwaiger Mobilitätsbeschränkungen spielt die Lebenswelt der Eltern eine große Rolle. Zur Interkulturellen Öffnung ist vor allem

die Anerkennung und Berücksichtigung von Mehrsprachigkeit, Sprachalltag und Mehrfachorientierungen zu zählen. Wichtig bleibt dabei jedoch, dass dies zwar von den BegleiterInnen thematisiert, aber von den TeilnehmerInnen ausverhandelt werden soll. Dementsprechend offen bleibt, wie viel Raum der Mehrsprachigkeit tatsächlich gegeben wird. In jedem Fall wird den Beteiligten mit Migrationshintergrund dadurch kommuniziert, dass sie mitsamt ihren Kompetenzen willkommen sind und wertgeschätzt werden.

Als zweiter Punkt ist die **(2) Durchmischung** genannt worden. Die Durchmischung spiegelt sich in zweierlei Form wider. Auf der einen Seite ist es für eine erfolgreiche Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund von Vorteil, wenn die Teams, die den Beteiligungsprozess betreuen, ethnisch durchmischt sind. Das bedeutet, dass beispielsweise eine BegleiterIn ohne Migrationshintergrund mit einem Begleiter türkischer Herkunft zusammenarbeitet. Das kann auch den Zugang zum Elternhaus erleichtern, insofern ihnen vermittelt wird, dass man ehrlich daran interessiert ist, sie und vor allem ihre Kinder dabei zu haben. Die Vielfalt der Gruppe kann im Team nicht immer exakt repräsentiert sein, weshalb beide BegleiterInnen zumindest Grundkenntnisse in interkultureller Kompetenz bzw. Zusammenarbeit aufweisen sollten. Weiters erleichtert es die Entschärfung von Problemen wie Rückzug und Ausschluss, da indirekt kommuniziert wird, dass auch für (kulturell) bedingte Sorgen und Nöte AnsprechpartnerInnen existieren, die über das nötige Einfühlungsvermögen verfügen. Die interkulturelle Durchmischung sollte vor allem aus Gründen der Kompetenzentwicklung (z.B. Zusammenarbeit trotz Unterschiedlichkeit) von den BegleiterInnen auch in den Kleingruppen gefördert werden, wie folgendes Best Practice Beispiel zeigt:

BEST PRACTICE: Verein beteiligung.st

Bei der Arbeit in Kleingruppen achten die ModeratorInnen darauf, dass es zu einer kulturellen Vermischung kommt. Diese Maßnahme wird nicht einfach durchgeführt, sondern den Kindern und Jugendlichen erklärt. Einfaches Aufkleben von Punkten auf die Sessel hilft auf spielerischem Weg, für Durchmischung zu sorgen, wodurch gelernt wird, dass sie unabhängig von ihren Freundschaftspräferenzen sachlich miteinander arbeiten können. (vgl. E4: 3)

In Bezug auf die Durchführung von Beteiligungsprojekten, welche die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund fördern und erhöhen sollen, darf der **(3) Fokus auf die Beziehungsebene** nicht vernachlässigt werden. Das bedeutet vor allem, dass während des gesamten Projekts immer Zeit für den aktiven, dialogischen Austausch zwischen den TeilnehmerInnen und den BegleiterInnen bleibt. Dadurch fällt es leichter, Grup-

penprozesse zu beobachten und auf etwaige Rückzugstendenzen reagieren zu können. Weiters ist es wichtig, dass sich die BegleiterInnen ihrer **(4) Verantwortung**, v.a. in Bezug auf die Reduktion von Frustrationserfahrungen, bewusst sind. Verantwortung bedeutet aber auch, den Auftraggeber für das Beteiligungsprojekt zu nennen, damit die Beteiligten auch abschätzen können, wem ihr Engagement nützt. Die gemeinsame Konzeption von Rahmenbedingungen für das Beteiligungsprojekt (Gruppenregeln, Sprachgebrauch, etc.) legt den Grundstein für die Möglichkeit der Abgabe von Entscheidungskompetenz zu Gunsten der Kinder und Jugendlichen. Unter **(5) Aktivität** wird verstanden, dass das Beteiligungsmodell nicht nur jugendgerecht, sondern auch aufsuchend (vgl. E13: 6) sein soll. Grundsätzlich ist es wichtig, zu hinterfragen, mittels welcher Aktivitäten die Kinder und Jugendlichen mit und auch ohne Migrationshintergrund zu begeistern sind.

Was laut mehreren ExpertInnen definitiv noch nicht oder zu wenig ausprobiert wurde, um die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu erhöhen sind Überlegungen zu den erwachsenen Akteuren. Das bedeutet mehr und bessere Kompetenzen (v.a. interkulturelle Kompetenz, Vernetzungspotenzial) auf Seiten der Begleitung und das Konzipieren von Projekten, die echte Partizipation ermöglichen. Auch denkt eine Expertin, dass es hilfreich wäre, wenn die erwachsenen Akteure zukünftig selbst Einblick in die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gewinnen (vgl. E11: 6). Generell wird kritisiert, dass die Aktivitäten von österreichischen Vereinen (z.B. Freiwillige Feuerwehr), speziell ihrer Jugendsektoren, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gezielt anzuwerben, viel zu gering sind. Weiters mangelt es an einer Institutionalisierung von Kinder- und Jugendpartizipation, klaren Zuständigkeiten sowie an personellen wie finanziellen Ressourcen. Gute Beispiele für eine echte Wertschätzung als ExpertInnen sind der Kinderunibeirat des Kinderbüros der Universität Wien und das Kinderparlament der Stadt Graz.

4.7 Empfehlungen für Politik, PraktikerInnen und die Jugendforschung

Die letzten Fragen des Gesprächsleitfadens beschäftigten sich mit den Empfehlungen der ExpertInnen für die (1) österreichische Politik, (2) die PraktikerInnen in der Kinder- und Jugendbeteiligung und die (3) österreichische Jugendforschung.

Bevor auf die einzelnen Adressaten näher eingegangen wird, soll hier noch Platz sein für allgemeine Empfehlungen der ExpertInnen. Von mehreren wird die österreichische Medienberichterstattung über Jugend im Allgemeinen und Kinder- und Jugendbeteiligung im Besonde-

ren kritisiert. Erstere wegen ihrem Hang zur Kriminalisierung, speziell in Bezug auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und zweitere wegen der quasi nicht existenten Medienpräsenz von Beteiligungsprojekten. Grundsätzlich wäre es einem Experten zufolge an der Zeit, einen „Masterplan für Kinder- und Jugendbeteiligung“ zu entwickeln und auch für „Controlling, das sowohl eine Berichterstattung der Gemeinden als auch Stellungnahmen der Beteiligten beinhaltet“ (E5: 5), zu sorgen. Eine Expertin fordert explizit für alle drei „mehr interkulturelle Kompetenz zur Verwirklichung der Chancengleichheit.“ (E9: 6)

Die Empfehlungen an die **(1) österreichische Politik** in Bezug auf die Erhöhung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind am umfassendsten ausgefallen. Eine der existenziellsten Aussagen ist die jener Expertin, die die PolitikerInnen auffordert, „nur dann Beteiligung [zu] machen, wenn man mit den Ergebnissen auch bereit ist, umzugehen.“ (E9: 7) Das bedeutet, dass hier ein Missverhältnis zwischen den tatsächlichen Aktivitäten und der Bereitschaft von PolitikerInnen, die Ergebnisse, die dem Beteiligungsprojekt entspringen, auch tatsächlich umzusetzen, verortet wird. Dies kann zwar nicht verallgemeinert werden, da speziell in der Steiermark viele Gemeinden in Punkto Kinder- und Jugendpartizipation sehr engagiert sind. Trotzdem gibt es einige Vorschläge seitens der ExpertInnen, wie sich die Situation, speziell für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessern ließe. Auch in der Politik ist es zunächst notwendig, sich nicht nur der Vielfalt der Lebenswelten sondern auch deren Konsequenzen für die Umsetzung bewusst zu sein. Schwerpunktmäßig betreffen die Empfehlungen sowohl die Aufstockung materieller als auch immaterieller Ressourcen.

Die ExpertInnen sehen es zum einen in der Verantwortung der (Landes)Politik, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, mehr Angebote anzubieten und mehr Ressourcen (beispielsweise durch eine andere „Budgetwidmung“, sprich ein Kinder- und Jugendbudget (vgl. E5: 5)) zur Verfügung zu haben. Auf einer immateriellen Ebene wäre ein Bekenntnis zu echter Partizipation und die Auseinandersetzung mit dem eigenen Grundverständnis, betreffend die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, wünschenswert.

Da die PolitikerInnen bei Beteiligungsprozessen entweder Auftraggeber oder zumindest zentrale Akteure sind und die ExpertInnen aufgrund ihrer Erfahrungen viel an Praxis sammeln konnten, gibt es auch einige sehr personenzentrierte Empfehlungen. Dies betrifft beispielsweise die Kompetenzentwicklung von PolitikerInnen, wobei auch von ihnen mehr interkulturelle Kompetenz erwartet wird. Eine der Schwierigkeiten besteht darin, so eine Expertin, dass für PolitikerInnen die Durchführung von Kinder- und Jugendbeteiligung bedeutet, dass sie

sich auf Neuland einlassen müssen. (vgl. E13: 7) Den PolitikerInnen kann auch eine andere wichtige Rolle in Beteiligungsprozessen zukommen, nämlich der jugendgerechten Vermittlung des politischen Konstrukts und jener Zusammenhänge, die für das Verständnis förderlich sind. Damit tragen sie aktiv zur Erhöhung der Entscheidungskompetenz von Kindern und Jugendlichen bei. Dafür, so das Argument einer Expertin, braucht es allerdings das Interesse daran, „neue Zugänge zur Jugend zu finden“ und sich speziell mit den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auseinander zu setzen. (E3: 8) Eine andere Expertin fordert, dass MigrantInnenvereine die gleiche staatliche Unterstützung wie österreichische Vereine erhalten sollten, da diese oft ums Überleben kämpfen. Das ließe wenig Raum, um auf andere Kooperationspartner zuzugehen. (vgl. E18: 7)

Die wohl entscheidendste Akteursgruppe ist jene der **(2) PraktikerInnen in der Kinder- und Jugendbeteiligung**. Sie sind die Hauptverantwortlichen für das Gelingen von Beteiligungsprojekten, da es u.a. von ihrer Bereitschaft, sich intensiv vorzubereiten, geeignete Methoden zu wählen uvm. abhängt, ob ein Projekt gelingt oder ob es zu einer Alibihandlung verfällt. Sie sind Bezugspersonen für Kinder und Jugendliche, AnsprechpartnerInnen für Eltern und KooperationspartnerInnen für die zuständigen PolitikerInnen. Von Seiten der ExpertInnen, die selbst zum Großteil PraktikerInnen waren, wurden dennoch einige Empfehlungen ausgesprochen. Von den meisten wird eine bessere Vernetzung, sowohl untereinander als auch mit anderen wichtigen AkteurInnen (z.B. MultiplikatorInnen, JugendarbeiterInnen) angeregt. Das ist deshalb relevant, da die PraktikerInnen in der Kinder- und Jugendbeteiligung nicht auch gleichzeitig die ExpertInnen für öffentliche Räume und Nutzergruppen sein können. Auch PraktikerInnen sollen sich „fremde“ Territorien wie Parks oder Wohnsiedlungen anzueignen versuchen, wie es beispielsweise das Team vom Kinderbüro der Universität Wien praktiziert. Das kann auch zusammengefasst werden in der Empfehlung, mehr Mut für die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und deren Familien zu entwickeln. Der Ausbau des Zugangs zu den Lebenswelten von jungen Menschen mit Migrationshintergrund müsste eine ganz entscheidende Rolle für die PraktikerInnen der Kinder- und Jugendbeteiligung spielen. Defizite existieren sowohl im Bereich der Aus- und Weiterbildung, der methodischen Kenntnisse und auch in Punkto interkulturelle Kompetenz. Die Arbeit in gemischten Teams sollte ausgebaut und mehr Lobbying betrieben werden. Auch die PraktikerInnen brauchen mehr Ressourcen, vor allem mehr Zeit, um sich mit den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu befassen und geeignete Methoden

wählen zu können. In Bezug auf die Umsetzung der methodischen Vielfalt fehlt es laut ExpertInnen an Mut zu Neuem und an Experimentierfreude.

„*Ein eigenständiger Weg wurde schon beschritten, aber keiner schreibt darüber!*“ (E4:9)

Der **(3) österreichischen Kinder- und Jugendforschung** kommt in der Kinder- und Jugendbeteiligung im Vergleich zu den anderen AkteurInnen eher eine nachrangige Rolle zu. Aus der Analyse ging hervor, dass die aktuelle Jugendforschung in vielerlei Hinsicht als mangelhaft betrachtet wird. Das beginnt damit, dass es generell mehr Forschung zu Jugend geben sollte, was aber sehr stark auftrags- und ressourcenabhängig ist. Was jedoch sehr wohl im Bereich des Möglichen liegt, ist auch hier die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes, ohne ihn dabei als Sonderthema zu behandeln. Die veröffentlichten Studien werden als zu allgemein befunden, weiters mangelt es aus Sicht der ExpertInnen an qualitativen Studien und schließlich fehle ein breiterer Blick für die Vielfalt jugendlicher Lebenswelten. Generell wird auch kritisiert, dass in Österreich viel zu wenig Forschung über Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und eine Vernetzung mit der Jugendarbeit betrieben wird. (vgl. E13: 7) Abgesehen von der allgemeinen Kritik an der gängigen Forschungspraxis würden sich die ExpertInnen auch mehr Unterstützung in Form einer Bereitstellung wichtiger Informationen über Kinder- und Jugendbeteiligung in Österreich erwarten. Eine „öffentlich zugängliche Forschungsdatenbank“ (E13: 7), mehr Forschung zu Beteiligung ohne Fokus auf die Sprachkompetenz, eine Art Bedarfserhebung für Österreich oder ganz generell mehr zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung (beispielsweise ein Handbuch mit Österreichschwerpunkt) wurden angesprochen. Folgende Best Practice Beispiele zeigen, dass Eigeninitiative ein erfolgreicher Weg ist, um diesem Dilemma entgegen zu wirken.

BEST PRACTICE: Kinderuni bunt (Kinderbüro der Universität Wien)

Selbstreflexion und die ständige Frage, ob auch tatsächlich alle erreicht werden konnten, die erreicht werden sollen, führten das Team in den Jahren 2004 und 2005 zu einer eigenständigen Analyse über die Herkunftsbezirke der TeilnehmerInnen an den ersten Kinderunis. Das Ergebnis war eindeutig und führte zur Erkenntnis, dass eine bessere ethnische Durchmischung gezielt angeregt werden muss. Daraus entwickelte sich die Idee der *Kinderuni bunt*. (vgl. E11: 1)

Auch der Fragebogen zur Bedarfserhebung von Kindern und Jugendlichen in der Steiermark durch den Verein *beteiligung.st* ist ein Beispiel, wie sinnvoll es ist, im Bereich der Forschung Eigeninitiative zu beweisen. (vgl. E4: 2)

5 Interkulturelle Kinder- und Jugendpartizipation: Einführung, theoretische Grundlagen und praktische Relevanz

5.1 Einführung

Wenn es darum geht, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund aktiv anzusprechen, um deren Teilnahme an Beteiligungsprojekten zu fördern, so ist es mit der Anwendung der gängigen Beteiligungsmodelle allein nicht getan. Wie aus mehreren Interviews hervorging, reicht eine offene Einladung inklusive passivem Abwarten nicht aus. Die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes verändert alles, beginnend bei der Vorbereitung und Zielgruppendefinition, der Kontaktaufnahme mit weiteren Akteuren, über die Bewerbung, die Methodenwahl, die Durchführung bis hin zur Reflexion und Nachbesprechung. Das heißt also, dass Rahmenbedingungen konzipiert werden müssen, die eine Öffnung hin zur Interkulturalität von Beteiligung ermöglichen. Es geht somit weniger um die Konzeption eines neuen Modells sondern vielmehr um eine Adaptierung existierender Formen. Ob es sich dann um ein projektbezogenes oder doch eher repräsentatives Modell handelt, wird von Projekt zu Projekt neu entschieden.

Grundsätzlich sollte in vielen Köpfen von Erwachsenen aber auch der Sinn von Beteiligung ganz generell revidiert werden. Denn egal, ob es sich um die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen handelt, so zeigt sich nur allzu oft, dass die Anstrengungen hinsichtlich ernst gemeinter Anwerbung und Begeisterung bis auf wenige Ausnahmen dem Prinzip von Quantität vor Qualität zu folgen scheinen. Bleiben Personengruppen fern, so wird dies oft auf deren Desinteresse zurückgeführt und für das Eingehen auf die Ursachen bleibt meist keine Zeit. Das dahinter steckende Problem ist, dass viel zu oft das *Produkt* von Beteiligungsprojekten und weniger der Prozess als solcher im Zentrum der Aufmerksamkeit steht. Diese Produktzentriertheit wird von einer Expertin ganz explizit kritisiert, die fordert, dass gerade in der Kinder- und Jugendbeteiligung viel stärker prozessorientiert gearbeitet werden sollte (vgl. E3: 3). Liegt der Schwerpunkt bei der Prozessentwicklung, kann das Nivellieren von Unterschiedlichkeiten für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht zielführend sein. Denn dem Umstand, dass sehr viele junge Menschen mit einer bi- oder multikulturellen Orientierung aufwachsen und in dieser Vielfalt ihren eigenen Weg zu finden versuchen, werden nicht-angepasste Beteiligungsmodelle heute nicht mehr gerecht. Ein Beteiligungsprojekt, das alle betroffenen Kinder und Jugendlichen ansprechen

soll, muss sich dieser Komplexität öffnen, damit die Begleitung bestmöglich darauf reagieren kann. Zwar existiert kein Rezept dafür, wie ein Modell tatsächlich zu 100 Prozent greift. Dieser Anspruch wird auch definitiv nicht verfolgt, allerdings ist offensichtlich geworden, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bei Beteiligungsprojekten zwar nicht aktiv ausgegrenzt, aber auch viel zu oft nicht direkt angesprochen und ermutigt werden, teilzunehmen. Außerdem wird aufgrund dessen, dass der Migrationshintergrund nicht mitgedacht wird, auch gar nicht bedacht, welche Barrieren für diese jungen Menschen und ihre Familien zu überwinden sind, wenn sie sich tatsächlich beteiligen wollen.

Die Kritik wendet sich also einerseits gegen die Nicht-Berücksichtigung des Migrationshintergrundes in der Konzeption von Rahmenbedingungen für Beteiligungsprojekte, wodurch sich die Teilhabechancen nicht erhöhen und andererseits gegen die teils passive Hinnahme von Rückzug und Ausschlusstendenzen durch die BegleiterInnen. Weiters nimmt der Fokus auf das Produkt den Blick für Gruppenprozesse. Will man demnach echte Partizipation mit Kindern und Jugendlichen durchführen, so sollten zwar die Teilnehmenden das Ziel immer deutlich vor Augen sehen, die Begleitung sollte jedoch ihren Blick für den Prozess und Lernaspekte schärfen, Barrieren reduzieren oder gar eliminieren und auf Durchmischung, sowohl im Team als auch in den Arbeitsgruppen achten. Somit wird deutlich, dass negative Erfahrungen wie Enttäuschungen, hervorgerufen durch nicht eingehaltene Zusagen oder falsche Diplomatie, aber auch Frustrationserfahrungen im Rahmen der Möglichkeiten vermieden werden müssen.

Aus der Komplexität der Thematik (Die Erhöhung von Teilnahmechancen junger Menschen mit Migrationshintergrund) ergibt sich ein enges Netz aus Abhängigkeiten zwischen den AkteurInnen. Die Qualität von Beteiligung ist somit eng an die Bereitschaft vieler Erwachsener gekoppelt, innerhalb ihrer Möglichkeiten diese Projekte zu unterstützen. Dies beginnt am Beispiel von Politikern bei dem Bewusstmachen der Tatsache, dass Beteiligung nachhaltig positive Auswirkungen hat, die Ergebnisse jedoch nicht vorhersehbar sind, aber prinzipiell immer das Umfeld verändern. Beispielsweise schwächt es den Keim für die Engagementbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen auf empfindliche Weise, wenn zunächst Unterstützung zugesagt, dann aber ein Rückzieher gemacht wird, sobald erkannt wird, dass die Ergebnisse nicht mit den eigenen Vorstellungen korrespondieren. Beteiligung darf nämlich kein Instrument der Politik sein, um ihre Legitimität zu festigen – schon gar nicht mit Kindern und Jugendlichen. Und dass speziell junge Menschen mit Migrationshintergrund, die ohnehin oft mit Ausgrenzungserfahrungen in verschiedenen Lebensbereichen wie Schule, Arbeit und Freizeit konfron-

tiert sein können, eine derartige Vorgehensweise enttäuscht, ist logisch. Die Erfahrungen der ExpertInnen haben gezeigt, dass sie sich dann kein zweites Mal mehr engagieren und somit langfristig für gemeinschaftliches Engagement verloren sind, was schließlich auf der Kosten-Seite zu verbuchen ist. Auch neue Akteure, die bisher noch nicht so sehr im Blickfeld standen wie die Familien, der Freundeskreis, migrantische Verbände, Medien und communities gehören diesem komplexen Beziehungsgeflecht an. Das Prinzip der Interkulturellen Kinder- und Jugendpartizipation verlangt eine Öffnung der Beteiligungsstrukturen für diese Akteurskomplexität, für Interkulturalität und Mehrsprachigkeit.

5.2 Theoretische Grundlagen

5.2.1 Das Prinzip der Interkulturalität in der Kinder- und Jugendpartizipation

*„Zunehmende Komplexität und Polykontextualität, die das Leben in Städten prägen, erzeugen logischerweise nicht nur Krisen und Risiken, sondern setzen auch Lernprozesse in Gang, erfordern die Entwicklung urbaner Kompetenzen und bringen neue Umgangsformen hervor.“
(Bukow 2001: 30)*

Angesichts der Vielfalt der heutigen Kindheit und Jugend wird die Notwendigkeit vor allen in Großstädten wie Wien immanent, dass Teilhabeprojekte Rahmenbedingungen bereitstellen bzw. so konzipiert sind, dass sie die Chancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund erhöhen. Den Partizipationsprojekten kommt in unserer modernen Gesellschaft deshalb eine besondere Bedeutung zu, da die „Pluralisierung der Lebenswelten,“ wie Bukow feststellt, dazu führt, dass die Teilung von einem „gemeinsamen kulturellen Inventar“ auf immer weniger Menschen zutrifft (vgl. Bukow 2001: 36). Das heißt, dass das Gemeinsame vielerorts nicht mehr selbstverständlich gegeben, sondern aktiv angeeignet, auch erarbeitet werden muss. Für letzteres sind primär Personen gefragt, welche die Vielfältigkeit der Lebenswelten positiv wahrnehmen und dies mehr als Potenzial denn als Defizit betrachten. Hinzu kommt, dass die Qualität der Kommunikation zwischen Menschen, die in einer heterogenen Umgebung zusammen leben an Bedeutung gewinnen wird, wobei „gerade die zweite und dritte Generation von eingewanderten Minderheiten diese Vieldimensionalität der Beziehungen [demonstriert].“ (Bukow 2001: 37) Diese Sichtweise hat vielfach noch keinen oder kaum Einzug in die Realität gefunden, da in vielen europäischen Gesellschaften noch nicht der Punkt erreicht ist, an dem kulturelle Heterogenität tatsächlich anerkannt wird. Darauf beruht

die Kritik von Geisen und Riegel, die schreiben, dass „soziale und kulturelle Heterogenität also nach wie vor gesellschaftlich als Ausnahme und nicht als Regel angesehen und anerkannt [wird].“ (Geisen/Riegel 2007: 18) Im Hinblick auf zukünftige Herausforderungen prognostiziert Bukow, dass diese Unterschiede und die Entwicklung kultureller Kommunikation für die Lösung gesamtgesellschaftlicher Probleme wichtig sein werden. Er betrachtet dies als Potenzial, „aus dem zur Bewältigung anstehender Fragen geschöpft werden kann – von Fragen, wie sie die postmoderne Risikogesellschaft ununterbrochen produziert.“ (Bukow 2001: 84)

5.2.2 Theoretische Grundlagen

Für die Konzeption von Rahmenbedingungen, die offen sind für Interkulturalität, sprachliche Heterogenität und eine hohe Akteurskomplexität bedarf es einiger theoretischer Überlegungen. Zum einen ergeben sie sich aus der Analyse der ExpertInneninterviews und zum anderen wurde ein aus der Stadtteilarbeit stammender Ansatz zur „Förderung der Partizipation von Zuwanderern im Stadtteil“²² von Prof. Dr. Gaby Straßburger (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin) und Can Aybek, M.A. (Graduate School of Social Sciences, Universität Bremen) herangezogen. Besonders hervorzuheben ist bei diesem Ansatz, welche Konsequenzen die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes auf die Konzeption von Beteiligungsprojekten, speziell aber den Zugang zu diesen Personengruppen hat.

22 „Die Internetseite www.stadtteilarbeit.de ist ein überparteilicher Online-Fachinformationsdienst zur "Sozialen Stadt(teil)entwicklung" für Politik, Verwaltung, Hochschule, Praxis und interessierte BürgerInnen“, Link: http://212.12.126.151/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=117&Itemid=320, download am 05.09.2008.



Abbildung 3 Förderung der Partizipation von MigrantInnen (Quelle siehe Fußnote) ²³

Auffällig ist, dass die praktische Arbeit mit erwachsenen MigrantInnen oder jungen Menschen mit Migrationshintergrund alle ExpertInnen zu einem ähnlichen Ergebnis führt. Denn auch die Darstellung in Abbildung 3 verdeutlicht, dass der Grundstein für die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund mit der persönlichen Ansprache gelegt wird. Darauf aufbauend liegt es an den ModeratorInnen, etwaige Hindernisse, beispielsweise in Form von Barrieren, zu beseitigen und dann anstatt den Blick auf die Defizite zu richten, mit den Stärken der Einzelnen zu arbeiten. In Bezug auf dieses Beispiel aus der deutschen Stadtteilarbeit betrachteten es die AutorInnen als sinnvoll, die Ressourcen des Stadtteils zu verdeutlichen und die Stärken der Einzelnen mit diesen produktiv zu verknüpfen. Schließlich ist es auch bei Partizipationsprojekten in der Stadtteilarbeit wichtig, Aktionen und Erfolge sichtbar zu machen.

Die Heterogenität der Lebenswelten innerhalb der betroffenen erwachsenen MigrantInnen war groß. Im Gegensatz dazu sind auch Politik, Behörden und Ämter eine Welt für sich, was von

²³ Ebd.

den Moderatorinnen verlangt, Brücken schlagen und die unterschiedlichen „Sprachen“ der Lebenswelten durch „Übersetzung“²⁴ miteinander verbinden zu können. Dieses Eingehen auf die Lebenswelten stellt Nähe her, die wiederum Basis ist für persönliche Ansprache. Der angeführte Kreislauf eignet sich sehr gut, um zu zeigen, dass auch andere ExpertInnen herausgefunden haben, dass der persönliche Kontakt nicht nur der Schlüssel zu den Lebenswelten von (jungen) Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch die Tür zur Engagementbereitschaft zu öffnen imstande ist. Der Bezug zur deutschen Stadtteilarbeit ist nahe liegend, da auch in der Bundeshauptstadt Wien einige wenige Gebietsbetreuungen mit Kindern und Jugendlichen Partizipationsprojekte (z.B. Kinderbeirat Leopoldstadt²⁵) durchführen.

Die Ergebnisse aus den Interviews mit den ExpertInnen wurden in Kapitel 4 zusammengefasst und analysiert und in diesem Kapitel soll auf Basis der praktischen und theoretischen Erkenntnisse ein Modell entwickelt werden, das die Konzeption von Rahmenbedingungen ermöglicht, die offen sind für Interkulturalität, Mehrsprachigkeit, die Vielfalt an Lebenswelten und neue Akteurskonstellationen.

Von zentraler Bedeutung war die Beantwortung der Frage, wie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in außerschulischen Beteiligungssettings überhaupt erreicht werden können. Die befragten Expertinnen entwickelten je nachdem, wie bewusst ihnen die Relevanz des Migrationshintergrundes für die Teilhabechancen an Beteiligungsprozessen ist, unterschiedliche Lösungsansätze. Aus allen Interviews ging jedoch hervor, dass drei Faktoren (siehe Abbildung 4) besonders wichtig sind, um einen Zugang zu jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu finden.

24 Ebd.

25 Projekt der Gebietsbetreuung Leopoldstadt ist u.a. die *Kinderfreundliche Leopoldstadt* (Link: <http://www.gebietsbetreuungen.wien.at/gbdocs/gbstern02-kv/kinderfreundlich.html>, download am 09.09.2008.

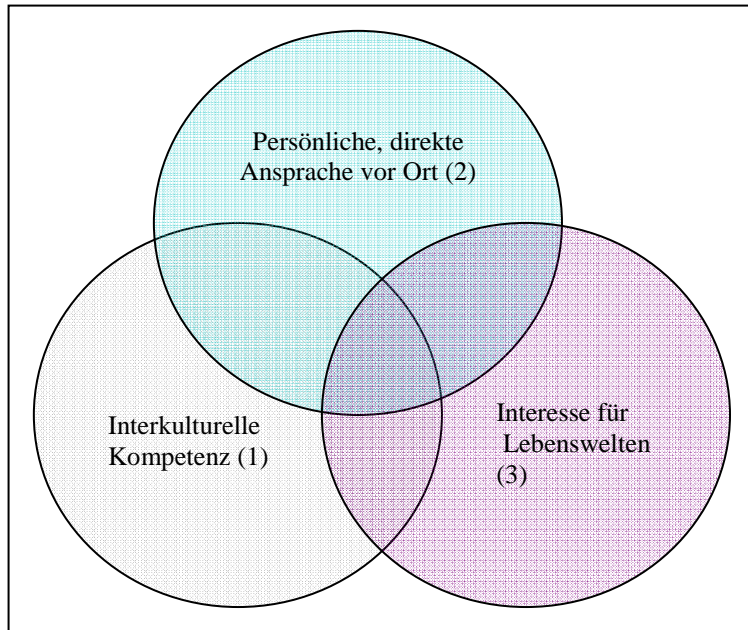


Abbildung 4 Zugang zu jungen Menschen mit Migrationshintergrund

Das ist zunächst die **(1)interkulturelle Kompetenz** der Prozessverantwortlichen.

Der Ruf nach mehr interkultureller Kompetenz wurde laut, da diese ein Gespür für Probleme entwickeln hilft, die in Zusammenhang mit Barrieren oder Missverständnissen stehen. Deshalb sind gemischte Teams, wo idealerweise mindestens eine Person über interkulturelle Kompetenz entweder in Form einer Ausbildung und/oder aufgrund eigener Erfahrungswerte verfügt, Voraussetzung für Beteiligungsprojekte, die auch junge Menschen mit Migrationshintergrund ansprechen wollen. Während des gesamten Prozesses ist es wichtig, dass die Kinder und Jugendlichen Bezugspersonen haben, die sich nicht nur für ihre Lebenswelt und die damit verknüpften Mehrfachorientierungen interessieren, sondern zu denen sie auch Vertrauen aufbauen können. In manchen Fällen hilft allein die Tatsache, dass interkulturelle Kompetenz im Team eine wertschätzende Haltung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund vermittelt. Außerdem hat sich gezeigt, dass beispielsweise über Probleme familiärer Natur eher der Rat einer Person gesucht wird, die ähnliche Erfahrungen gemacht hat. Für den Zugang zu den einzelnen communities, ihren Verbänden sowie ausländischen Medien ist interkulturelle Kompetenz ebenfalls von großem Nutzen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die schon mehrfach genannte **(2) persönliche, direkte Ansprache vor Ort**. Das kann auf verschiedenen Wegen geschehen. Speziell in Bezug auf die Teilhabe von Kindern mit Migrationshintergrund bezieht sich die persönliche und direkte Ansprache auch auf das Elternhaus und erfordert prinzipiell eine sensible Herangehensweise.

Der direkte Erstkontakt in Form von Gesprächen hat den Vorteil, dass der Funke der Begeisterung von den InitiatorInnen auf die Teilnehmenden leichter überspringen kann und sie gleich nachfragen können, wenn etwas unklar ist. Ist geplant, im größeren Rahmen TeilnehmerInnen zu rekrutieren und dafür Printmaterialien zu verwenden, so ist es sinnvoll, zumindest eine mehrsprachige persönliche Begrüßung einzubauen, um zu vermitteln, dass alle tatsächlich eingeladen sind. Werden auch die Eltern eingebunden, so ist ein Infoabend auf jeden Fall einem langen Informationsbrief vorzuziehen, da ansonsten nicht garantiert ist, dass das Angebot auch tatsächlich so verstanden wird, wie dies intendiert war. Hinzu kommt, dass die Beteiligungskultur zwar auch in Österreich noch in den Kinderschuhen steckt, aber nicht auf den Partizipationshintergrund der Eltern vergessen werden darf. Werden die Kinder und Jugendlichen vor Ort angesprochen, so wird ihnen vermittelt, dass sie in ihrem Lebensumfeld wahrgenommen werden. Das erhöht die Glaubwürdigkeit, sie als ExpertInnen befragen zu wollen.

In diesem Zusammenhang ist schließlich zu betonen, dass das **(3) Interesse der BegleiterInnen** (und auch PolitikerInnen) **an den Lebenswelten** von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund für den Zugang entscheidend ist. Dazu muss man sich zunächst die Fragen stellen, was dieses Interesse überhaupt real bedeutet, worin es sich manifestiert und wodurch es vermittelt wird. Es beginnt damit, dass man sich der Bedeutung des Migrationshintergrundes bewusst werden muss, um überhaupt zu realisieren, dass Jugend nicht gleich Jugend, Kindheit nicht gleich Kindheit ist und dass auch beispielsweise Jugend, die sich über einen speziellen öffentlichen Raum (z.B. „Parkkids“) definiert, von einer starken Heterogenität geprägt ist. Demnach gibt es nicht nur eine Lebenswelt, sondern unzählig viele. Die einzelnen Lebenswelten sind wiederum durch die einzelnen Lebensumfelder (Familie, Freundschaften, Arbeit, Schule, Freizeit) determiniert. Interesse zu zeigen heißt in der Beteiligungspraxis somit zunächst, sich mit den zentralen Plätzen der Lebenswelten, die für das Beteiligungsprojekt relevant sind und deren Nutzergruppen auseinanderzusetzen. Da es sich um außerschulische Kinder- und Jugendpartizipation handelt, fällt Schule als Lebensumfeld jedoch weg. Zu einer guten Vorbereitung gehört somit auch das Kennenlernen dieser Orte. Hilfreich ist es, sich mit Vereinen zu vernetzen, die tagtäglich oder zumindest regelmäßig vor Ort sind, die Kinder und Jugendlichen kennen und einen guten Zugang zu ihnen haben. Von einer Expertin wurde explizit empfohlen, dass die PraktikerInnen mehr Mut, sich auf die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen einzulassen, entwickeln sollten (vgl. E11: 6). Denn respektvoller Umgang und das Wissen um diverse Nutzungsinteressen und Bedürfnisse zeigen den Betrof-

fenen, dass man bereit ist, sich mit ihnen zu beschäftigen. Das vermittelt den Kindern und Jugendlichen, als ExpertInnen ernst genommen zu werden und dass es nicht nur um das Ergebnis, sondern auch um ihren individuellen Beitrag geht.

5.2.3 Phase 1: Vorbereitung

Wie sich aus den durchgeführten ExpertInneninterviews herauskristallisierte, wird nicht nur die zu Beginn vermutete Nicht-Berücksichtigung des Migrationshintergrundes in der Praxis weitgehend bestätigt. Auch zeigte sich, auf welche Vorbereitungsschritte die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes aktiv Einfluss nimmt. Zentral ist, zu erkennen, dass das Mitdenken des Migrationshintergrundes von Kindern und Jugendlichen zur Folge haben sollte, dass der Zugang nicht völlig offen gelassen ist, sondern bewusst gesteuert wird, um so ihre Teilhabechancen zu erhöhen. Das beginnt folgerichtig nicht erst bei der Durchführung, sondern bereits in der Vorbereitungsphase. Diese Phase wird hier in insgesamt sechs Subphasen unterteilt (siehe Abbildung 5).

In dieser Abbildung wird dargestellt, inwiefern die Schritte 1 bis 6 der Vorbereitungsphase durch die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes beeinflusst werden. Im Gegensatz zum Modell von Straßburger und Ayek beginnt Interkulturelle Kinder- und Jugendpartizipation nicht erst bei der persönlichen Ansprache, sondern bereits weitaus früher.

(1) Die Lebenswelterforschung steht am Beginn des Partizipationsprozesses. Das umfasst zunächst das Kennenlernen des Beteiligungsortes und der Anrainer, besonders wenn es sich um öffentlichen Raum handelt. Ebenso sind Gespräche mit den verschiedenen Nutzergruppen sinnvoll. Um etwaigen Konflikten vorab entgegen zu wirken und auch, um Vertrauen speziell zu Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund aufzubauen, ist es ratsam, eine Vernetzung und den Austausch mit Vereinen zu suchen, die sich vor Ort auskennen. Dadurch wird es leichter, herauszufinden, was speziell an diesem Ort ein Thema der Kinder und Jugendlichen ist.

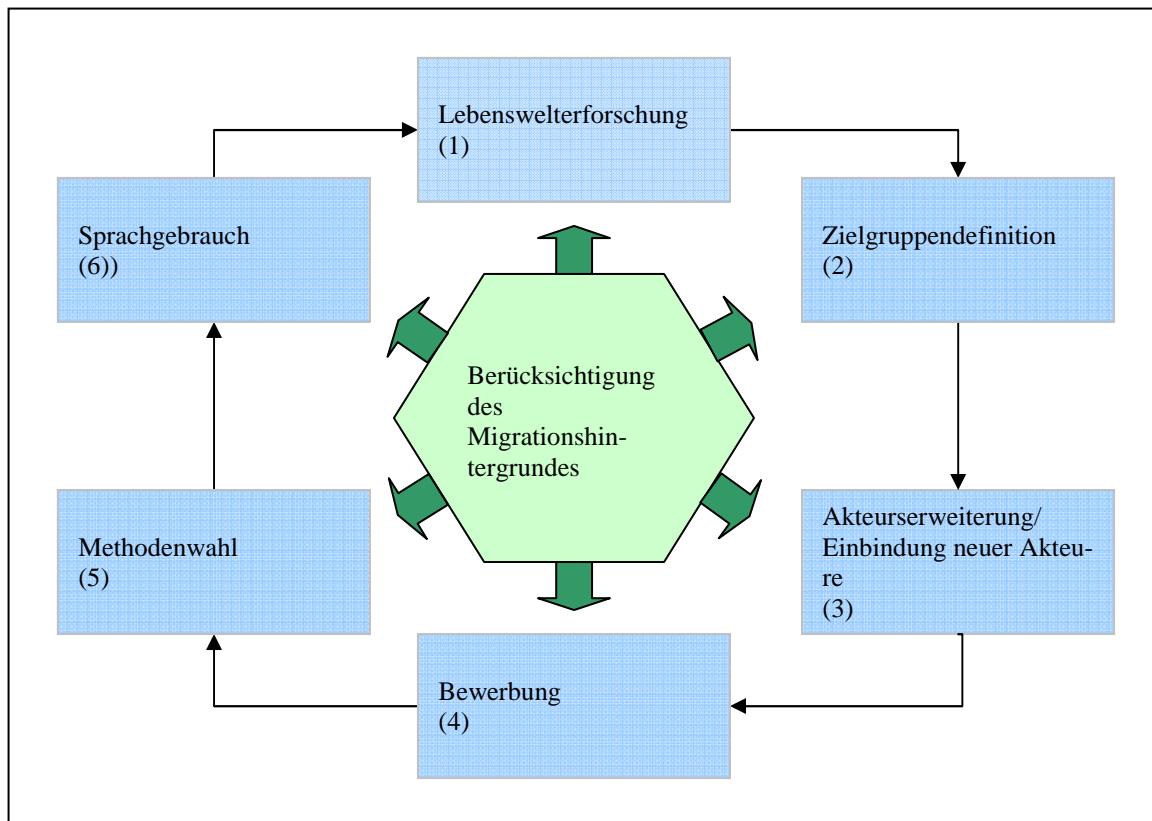


Abbildung 5 Auswirkungen des Migrationshintergrundes auf die Vorbereitungsphasen

Je näher das Beteiligungsprojekt an der Lebenswelt ist, desto höher ist die Engagementbereitschaft, wie ExpertInnen bestätigt haben. Die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes spielt hier eine Rolle, um sich der Vielfalt der Lebenswelten bewusst zu werden und darauf zu achten, wie alle Bedürfnisse eingeholt werden könnten. Basierend auf diesen Recherchetätigkeiten vor Ort ist eine exakte **(2) Zielgruppendefinition** vorzunehmen. Anhand der Fragestellung, wer nun tatsächlich an einem Beteiligungsprojekt teilnehmen soll bzw. muss, wird definiert, welche Personenkreise bereits zu diesem Zeitpunkt wie und wo angesprochen werden können. Speziell bei außerschulischen Beteiligungsprojekten, aber auch bei Projekten, die verschiedene Schultypen als Kooperationspartner ansprechen, ist es wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, dass die Zielgruppe heterogen ist, was zur Konsequenz hat, dass die Arten des Zugangs daran angepasst werden müssen. Eine ganz besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der **(3) Akteurserweiterung bzw. –einbindung** zu. Darunter ist zu verstehen, dass sich Beteiligungsprojekte, welche die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund unterstützen wollen, nicht nur auf die Hauptakteure (Kinder/Jugendliche – Begleitung – PolitikerInnen), sondern auch noch auf andere Akteure (Eltern, Freundeskreis, migrantische Vereine, communities, Anrainer) konzentrieren müssen.

Ganz generell wird heute beispielsweise noch viel zu wenig auf die Bedeutung der Unterstützung von Projekten durch die Familien geachtet. Dieser familiäre Rückhalt für das außerschulische Gemeinwesenengagement von Kindern und Jugendlichen läuft Gefahr, unterschätzt zu werden. Diesbezüglich leistet Invo (Vlbg.) vorbildliche Arbeit, indem die BegleiterInnen im Bedarfsfall tatsächlich in die Familien hinein gehen. Das geschieht jedoch immer in gemischten Teams, da allen bewusst ist, dass dieses Vorgehen etwaige Barrieren abbauen hilft. In Wien ist diesbezüglich das Jugendzentrum Margareten, auch *Fünferhaus* genannt, sehr aktiv und arbeitet eng mit den Familien zusammen. Zwar bedeutet das ein Mehr an Zeitaufwand, aber insofern der Prozess und nicht das Produkt im Mittelpunkt steht, kann der Erfolg für das Individuum und die Gemeinschaft auf der Nutzen-Seite verbucht werden. Den Migrationshintergrund zu berücksichtigen heißt also in diesem Punkt, sich nicht nur über die Art der adäquaten Kontaktaufnahme mit den AkteurInnen zu informieren, sondern auch gemischte Teams einzusetzen. Das Akteursspektrum muss weiters um communities, ihre Verbände und ausländische Medien, die für Migrantenfamilien von Bedeutung sein können, ergänzt werden. Speziell bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund fiel den ExpertInnen auf, dass viele von ihnen hochgradig vernetzt sind, weshalb der Freundeskreis auch eine Rolle für das Beteiligungsprojekt spielt. Insofern, als dadurch auf indirektem Weg wieder neue Personen aktiviert und für das Projekt begeistert werden können.

Weiters sind Überlegungen zur **(4) Bewerbung von Beteiligungsprojekten** sinnvoll. Hierzu existieren in Bezug auf die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes innerhalb der befragten ExpertInnengruppe die umfassendsten Erfahrungswerte. Die Lernprozesse, welche durch die Reflexion über die Effizienz der Projekte in Bezug auf die tatsächliche Reichweite (*Haben wir wirklich alle erreicht, die erreicht werden sollten?*) in Gang gekommen waren, deuteten allesamt darauf hin, dass es tatsächlich schwierig ist, mit einer migrationsneutralen Einladung Kinder und Jugendliche zu erreichen. Sowohl die Bildungsferne oder -nähe, als auch die Schwierigkeit, junge Frauen mit Migrationshintergrund zu erreichen wurden als einflussreiche Faktoren angesprochen. Wird der Migrationshintergrund berücksichtigt, so spiegelt sich das in der Gestaltung der Materialien (Flyer, Infobriefe für Eltern, Plakate) und persönlichen Alternativangeboten (z.B. Infoabend für Eltern), mit denen für das Angebot geworben wird, wider. Ganz wichtig ist es dabei, Identifikationspunkte zu schaffen. Sei es durch eine persönliche Einladung in mehreren Sprachen, die Bewerbung gemeinsam mit Kindern oder Jugendlichen, die bereits daran teilgenommen haben oder anderer Maßnahmen. In Zusammenhang mit dem Ziel, die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrati-

onshintergrund zu erhöhen, wäre es wohl eine gute Idee, entweder gezielt TeilnehmerInnen mit Migrationshintergrund zu bitten, das Projekt mitzubewerben, oder zumindest ein Statement in ihrer Muttersprache abzudrucken.

Speziell für die Wahl der geeigneten **(5) Methoden** bzw. des Methodenmixes ist die Bedeutung des Migrationshintergrundes zu berücksichtigen. Das wird primär durch das Kennenlernen der Zielgruppe erleichtert, da somit abgeschätzt werden kann, wo die Potenziale liegen und wo sich mögliche Barrieren eröffnen könnten. Grundsätzlich wäre es bei einem ersten Beteiligungsprojekt generell sinnvoll, den methodischen Schwerpunkt weniger auf die Sprachorientierung in Wort und Schrift, sondern mehr auf kreative, künstlerische, musische oder multimediale Ausdrucksformen zu legen, wie dies etwa der Kinderparlamentswagen (Kinderbüro Steiermark) praktiziert. Interessant, aber abhängig von der Art und Zielsetzung des Projekts sind theaterpädagogische Methoden, deren Einsatz ebenfalls in Graz (InterAct) erfolgreich war. Im Hinblick auf die tatsächlich existierende Methodenvielfalt wäre es für die Zukunft nützlich, wenn diverse Methodenkoffer auch danach kategorisiert werden, ob eine Methode Barrieren erzeugt, oder nicht. Hierfür braucht es auf jeden Fall die Zusammenarbeit mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund als beratendem Gremium. Von einem Selbstversuch ist abzuraten, da dies eine Verzerrung der Sichtweise hervorruft, insofern dies nicht aus einem interkulturellen Standpunkt oder eigener Migrationserfahrung heraus geschieht. Auffällig ist auch, dass es oft Kleinigkeiten sind, die übersehen werden, die aber die Gefahr erhöhen, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund unnötigerweise mit Frustrationserfahrungen konfrontiert sind. Das kann beispielsweise die Anwendung der Kärtchen-Methode aus der Moderationspraxis (auch Metaplanmethode genannt) sein, die eine lockere Methode ist, um die Meinungen und Ideen der TeilnehmerInnen abzufragen und zu sammeln. Zu diesem Zweck schreiben die TeilnehmerInnen in Stichworten, das, was sie der Gruppe mitteilen wollen auf kleine Kärtchen, die schließlich von den Moderatorinnen eingesammelt und für alle sichtbar gemacht werden. Beachtet man den Migrationshintergrund nicht, so ist den ModeratorInnen nicht bewusst, dass es TeilnehmerInnen geben kann, die davor Angst haben, (Rechtschreib)-Fehler zu machen und dafür verspottet zu werden. Deshalb ist die Taktik vom Verein beteiligung.st, dass die ModeratorInnen die mündlichen Ideen sammeln und dann selbst die Kärtchen schreiben, eine kleine Abänderung mit großer Wirkung. Etwaige (Sprach)Barrieren wurden vorab mitgedacht, sodass sie gar nicht erst entstehen konnten. Zu guter Letzt ist es auch für den **(6) Sprachgebrauch** von Beteiligungsprojekten, welche die Teilhabe von jungen Menschen mit Migrationshintergrund fördern sollen, wichtig, den Migra-

tionshintergrund mitzudenken. Denn wie Kazemi-Weisari beschreibt, seien „Sprachen‘ nicht reduzierbar auf das ‚richtige Sprechen‘ in einer bestimmten Sprache, sondern ‚Sprachen‘ sind eine Qualität des Ausdrucks und der Fähigkeit, im Dialog mit anderen Verstehen herzustellen. Sprechen ist Entdecken von Gebrauchsmöglichkeiten verschiedener ‚Sprachen‘ und zugleich Ausdrucksproduktion.“ (Kazemi-Weisari 1998: 19) Das bedeutet, dass eine Entscheidung getroffen werden muss, welche Methoden (unter Punkt 5) zur Anwendung kommen sollen. Sind diese vor allem sprachzentriert, so empfiehlt die Expertin aus der Schweiz, auf jeden Fall entweder ein gemischtes Team und/oder ÜbersetzerInnen einzusetzen (vgl. E7: 4). Auch der Experte von KOJE praktiziert letzteres. Die Thematisierung von Sprache hilft, klar abzuklären, wo die Barrieren beginnen und bis wohin der Rahmen des Möglichen bei den einzelnen TeilnehmerInnen reicht. Hindernisse werden somit abgebaut und die Teilhabechancen erhöht.

5.2.4 Phase 2: Durchführung

Aufbauend auf einer intensiven Vorbereitung unter Berücksichtigung des Migrationshintergrundes, wie in Kapitel 5.2.1 Phase 1: Vorbereitung näher beschrieben wurde, können bereits erste fundamentale Rahmenbedingungen wie beispielsweise die Frage nach dem Sprachgebrauch, hergestellt werden. Speziell Punkt 6 (Sprachgebrauch) überlappt jedoch bereits mit Phase 2, nämlich der Durchführung, da innerhalb der Gruppe herausgefunden werden soll, welche Sprachen abgesehen von Deutsch und auf welchen Niveaus gesprochen werden. Sich auf eine gemeinsame Sprache zu einigen geschieht in der Gruppe, womit man bereits bei der Durchführung ist. Auch in dieser Phase sollte die Bedeutung des Migrationshintergrundes beachtet werden. Das bedeutet zunächst die Umsetzung einer möglichst barrierefreien Methodenvielfalt. Unter barrierefreier Methodenvielfalt wird in dieser Arbeit ein Set an Methoden verstanden, das hinsichtlich seiner Eignung, die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, überprüft wurde. Das muss sich nicht auf kreative, künstlerische, musische oder multimediale Methoden beschränken. Wie schon erwähnt, sind auch Methoden mit dem Schwerpunkt auf Sprache geeignet, insofern sie an die Bedürfnisse der Gruppe angepasst werden. Die optimale Anwendbarkeit einer Methode ist ständig zu hinterfragen und auszuprobieren, um sie gegebenenfalls umzustrukturieren, eine andere wählen oder selbst eine entwickeln zu können. Die Methodenvielfalt sowohl in der Theorie als auch in der Praxis unterstützt demnach die Förderung von Teilhabechancen junger Menschen mit Migrationshintergrund.

5.2.5 Phase 3: Reflexion

Schließlich wirkt sich die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes auch noch auf die letzte Phase, der Reflexion, aus. Hier muss wiederum zum Ausgangspunkt zurück gefunden werden, nämlich der Frage: Wer soll erreicht werden? Dies betrifft jedoch nicht nur die ModeratorInnen, sondern auch die Auftraggeber, wie z.B. Gemeinden. Grundsätzlich könnte es sinnvoll sein, dass die BegleiterInnen ein Projekttagbuch führen, um speziell Gruppenprozesse permanent zu reflektieren. Man soll auch versuchen, einerseits durch konstante Beobachtung herauszufinden, ob der Zugang gegriffen hat und andererseits kritisch zu hinterfragen, wer nicht zur Teilnahme motiviert werden konnte. Wenn aus einem Vergleich heraus klar wird, dass beispielsweise Mädchen mit Migrationshintergrund kaum oder nicht im erwünschten Ausmaß teilnahmen, so ist zu hinterfragen, inwiefern die Konzeption des Projekts dazu beigetragen hat. Es ist also auch in der dritten Phase, der Reflexion, ganz besonders wichtig, dass die Heterogenität, die aus den verschiedenen Migrationshintergründen entsteht, als beeinflussender Faktor erkannt wird.

5.3 Ideen zur Reduktion des Ressourcenproblems

Das von den ExpertInnen mehrmals genannte Ressourcenproblem wirkt sich negativ auf die Möglichkeiten und die Qualität von Beteiligungsprojekten aus. Zwar hat sich auch gezeigt, dass bei Berücksichtigung des Migrationshintergrundes mit relativ wenig Aufwand die Methoden beispielsweise so variiert werden können, dass die Teilhabechancen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund steigen. Nichts desto trotz leiden Beteiligungsprojekte sowohl unter einem **personellen** als auch einem **finanziellen Ressourcenproblem**.

Im folgenden Abschnitt werden unter Anbetracht der Möglichkeiten verschiedene Optionen angedacht, wie diese Probleme gelöst werden könnten.

Das personelle Problem bezieht sich nicht nur auf den Mangel an Fachkräften, die dazu befähigt sind, Beteiligungsprojekte zu begleiten, sondern auch auf deren Kompetenzen. Damit in Zusammenhang steht das Ausbildungsangebot in Österreich. Beginnend bei der Zahl von eigens geschulten ModeratorInnen liegt ein Kernproblem scheinbar bei der Finanzierung der Ausbildung für den Einzelnen und den Anwendungsmöglichkeiten. Auch in Deutschland ist die Situation um nichts besser. Das Deutsche Kinderhilfswerk beklagt etwa, dass momentan insgesamt nur 20 ModeratorInnen ausgebildet werden (können), die bundesweit (!) für Betei-

ligungsprojekte von Kindern und Jugendlichen zum Einsatz kommen (vgl. E2: 2). Das hängt vermutlich damit zusammen, dass der Bedarf an speziell ausgebildeten Personen, die sich nur auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen konzentrieren, bis dato nicht erkannt wurde, da Beteiligungsprojekte bis auf Ausnahmen eher im Kontext der Jugendarbeit durchgeführt werden. Die Hauptaktivität fällt dabei der Offenen Jugendarbeit zu. Zusätzlich engagieren sich beispielsweise in der Bundeshauptstadt Wien die einzelnen Bezirke (abhängig von Bezirksbudget und Finanzierungsbereitschaft der Bezirksvorstehung) und auch die Gebietsbetreuung, allerdings ist es ohne einer klaren Kompetenztrennung nicht immer klar, welche Ziele mit dem Beteiligungsprojekt angepeilt werden.

Dem Wunsch nach mehr Ausbildungsmöglichkeiten kommt die Arge Partizipation in Österreich durch ihre Ausbildungs- und Seminarangebote entgegen. Der Pool an ModeratorInnen müsste jedoch aufgestockt werden. Das Arbeitsprinzip des Vereins `beteiligung.st` wirkt diesem personellen Defizit insofern entgegen, als das Team lediglich zu Beginn den Verantwortlichen der Gemeinde moderatorisch zur Seite steht, die zuständigen PolitikerInnen aber gezielt schult, sodass Beteiligungsstrukturen aufgebaut werden, die in weiterer Folge sowohl nach bestimmten Qualitätskriterien funktionieren als auch von den PolitikerInnen selbst durchgeführt werden können. Dieser Ansatz trägt sowohl zur Nachhaltigkeit bei (idealerweise entscheidet sich eine Gemeinde zur Selbstverpflichtung von Beteiligung) als auch zur Abfederung eines zentralen Ressourcenproblems. Was definitiv noch nicht in Augenschein genommen wurde, da das Defizit als solches noch nicht erkannt wurde, ist die Frage nach der interkulturellen Kompetenz von BegleiterInnen. Das kann entweder durch die Verpflichtung zum Abschluss einer einschlägigen Ausbildung und/oder durch die gezielte Anwerbung von ModeratorInnen mit Migrationshintergrund gefördert werden. Der Mangel an finanziellen Ressourcen für die Durchführung von außerschulischen Beteiligungsprojekten wird beinahe von allen ExpertInnen thematisiert. Würde man jedoch beispielsweise damit argumentieren, dass sich dieses oder jenes Projekt nachprüfbar bemüht, junge Menschen mit Migrationshintergrund zu beteiligen, wären neue Anreize vorhanden. Da die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen unter die Länderkompetenz fällt, ist das zur Verfügung gestellte Budget von der Finanzierungsbereitschaft der jeweiligen Landesregierungen abhängig. Dass es hier ein starkes Gefälle gibt, kritisieren die ExpertInnen.

Grundsätzlich müsste jedoch das Bewusstsein dafür entstehen, dass es zur Erhöhung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine veränderte Konzeption und angepasste Rahmenbedingungen (qualifizierte Begleitung, Interkulturalität, Öff-

nung für Mehrsprachigkeit, etc.) braucht, die mit mehr zeitlichen und finanziellen Kosten verbunden sind. Zwar spreche ich mich an dieser Stelle entgegen der ExpertInnen für eine Beibehaltung der Finanzierung durch das jeweilige Bundesland aus, was weiterhin eine Ungleichheit in Punkto Teilhabechancen erzeugt, bietet jedoch auch die Möglichkeit zur Weiterentwicklung eigenständiger Lösungsstrategien. Diese Vielfalt gilt es, zu erhalten. Dennoch bestehen Optionen, wie die Erhöhung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund positiv beeinflusst werden können. Dazu zählt die gezielte Förderung von Beteiligungsprojekten, die nachweislich darum bemüht sind, die Teilhabechancen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Das soll am Beispiel der Steiermark illustriert werden. Die Gemeinden, die nachhaltige Beteiligungsstrukturen aufbauen wollen, können beim Verein beteiligung.st um finanzielle Förderung ansuchen. Dazu muss eine Beschreibung der geplanten Aktivitäten vorgelegt werden. Eine Idee wäre, diesen Fördermodus weiter zu differenzieren, indem eine höhere Förderung jenen Gemeinden zugute kommt, die konkrete Aktivitäten planen, um junge MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund gezielt zu beteiligen. Das bedeutet beispielsweise eine Öffnung für Mehrsprachigkeit, die Begleitung durch ein gemischtes Team, die Ermöglichung alternativer Methoden, etc. Wichtig ist jedoch, dass die Vergabe von Fördermitteln an die Einhaltung vorgegebener Kriterien gebunden ist. Weiters wäre es auch sinnvoll, die Gemeindeverantwortlichen durch zusätzliche Informationen über die Relevanz der Berücksichtigung des Migrationshintergrundes speziell für ihre Situation zu informieren und auf die positiven Aspekte von der Beteiligung aller hinzuweisen. Da die Notwendigkeit einer Beteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund von Gemeinde zu Gemeinde variiert und auch ein starkes Stadt-Land Gefälle existiert, ist es sinnvoll, die Kinder- und Jugendbeteiligung in der Verantwortung der Bundesländer zu belassen, da dadurch auf regionale und lokale Spezifika eingegangen eingegangen werden kann. Idealerweise könnte parallel dazu noch eine Institutionalisierung von Beteiligung entstehen, die sich jedoch vornehmlich um die Vernetzung der Akteure, den Informationsfluss, Aus- und Weiterbildungsangebote und finanzielle Förderungen bundesweit kümmert und Feed-Back einfordert.

Dass auch auf europäischer Ebene die Beschäftigung mit der Thematik derzeit vermehrt in die Richtung führt, die Teilhabechancen junger Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, zeigt die von der Europäischen Kommission im März diesen Jahres erstmals durchgeführte

Konferenz über die „*Participation of young people with fewer opportunities*.“²⁶ Das Bewusstsein um die individuellen und gesellschaftlichen Folgeprobleme einer Marginalisierung junger Menschen mit Migrationshintergrund im Kontext ihrer sozio-ökonomischen Situation und den Möglichkeiten zur politischen und gesellschaftlichen Partizipation ist somit im Wachsen.

26 “The expression "Young people with fewer opportunities" covers a wide range of different categories of people, such as the homeless, the disabled or those with chronic health problems, the socio-economically disadvantaged from ethnic minorities or with a migrant background, those facing discrimination because of their sexual orientation, the victims of human trafficking, those with backgrounds endangered by crime, the unemployed or early school leavers, those living in poor suburbs or remoter rural areas, drug addicts, etc.”, gefunden auf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/366&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>, download am 22.05.2008.

6 Schlussfolgerungen

Die Durchführung von halbstandardisierten ExpertInneninterviews brachte nicht nur Antworten auf die zentralen Forschungsfragen, sondern auch Erfahrungswerte und Empfehlungen. Darauf aufbauend konnten Rahmenbedingungen konzipiert werden, die zu einer Erhöhung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund führen sollen. Grundsätzlich wurde herausgefunden, dass sowohl in der Theorie als auch der Beteiligungspraxis das Bewusstsein um die Bedeutung des Migrationshintergrundes noch sehr gering bis gar nicht vorhanden ist. Zumindest ist dies der Eindruck, den die befragten ExpertInnen haben. Vereinzelt werden zwar Maßnahmen gesetzt, die Bewerbung angepasst oder zumindest die Methoden den Stärken der TeilnehmerInnen entsprechend ausgewählt bzw. adaptiert. Dennoch muss festgehalten werden, dass außerschulische Kinder- und Jugendbeteiligung zwar für alle offen sein will, aber noch nicht realisiert wurde, dass auf Seiten der Initiatoren mehr Aktivität, Reflexion und persönlicher Zugang gefordert ist. Das bedeutet aber auch ein Umdenken, insofern als weniger das Produkt, sondern mehr der Prozess von Beteiligungsprojekten im Vordergrund stehen sollte. Das beginnt damit, die Zielgruppe genau zu definieren. Denn erst, wenn die Zielgruppe und ihre unterschiedlichen Lebenswelten bekannt sind, ist es möglich, das Beteiligungsprojekt so zu gestalten, dass tatsächlich alle, die angesprochen werden sollen bzw. müssen sich auch eingeladen fühlen. Speziell benachteiligten Kindern und Jugendlichen kann auf diesem Weg ein attraktives Angebot gemacht werden, wo ihr Potenzial (z.B. die Mehrsprachigkeit) wertgeschätzt wird und gleichzeitig ihr individuelles Sprachniveau in Deutsch keinen Ausschlussgrund bildet. Was ebenfalls in der Praxis bis dato kaum Beachtung findet, ist die Beantwortung der Frage, wie dem Problem des Rückzugs oder Ausschlusstendenzen Einzelner begegnet werden kann. Vielmehr mangelt es auch in diesem Punkt an einem Problembewusstsein, dass nämlich diese jungen Menschen sich kein zweites Mal mehr engagieren werden und für Beteiligungsprojekte verloren sind. Beobachtet man die Bevölkerungsentwicklung, so wird deutlich, dass es sinnvoll ist, bereits jetzt Beteiligungsprojekte so zu entwerfen, dass vermehrt Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, speziell auch jene aus bildungsfernen Schichten, angesprochen werden. An diesem Punkt stellt sich für die Verantwortlichen die Frage, ob man es sich tatsächlich leisten kann, diese Personenkreise nicht aktiv reinzuholen. Die Antwort der befragten ExpertInnen fiel eindeutig aus, nämlich mit einem klaren *Nein*. Demnach macht es

Sinn, in Zukunft bei Beteiligungsprojekten den Migrationshintergrund prinzipiell mitzudenken, auf die Vielfalt der Lebenswelten zu achten und wenn aus der Zusammensetzung der Zielgruppe im Einzelfall tatsächlich hervorgeht, dass es gezielte Fördermaßnahmen braucht, so können die Rahmenbedingungen einer interkulturellen Kinder- und Jugendpartizipation heran gezogen werden. Diese beruhen erstens auf der Notwendigkeit, zu diesen jungen Menschen einen Zugang über interkulturelle Kompetenz, eine persönliche und direkte Ansprache vor Ort und ein Interesse für ihre Lebenswelten zu finden. Zweitens ist daran zu denken, dass in derartigen Beteiligungsprojekten eine Öffnung für die Mehrsprachigkeit, neue Akteurskonstellationen (z.B. Familie, Freundeskreis, communities) und schließlich die Interkulturalität praktiziert wird.

Vor allem in der Vorbereitungsphase wirkt sich die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes auf vielerlei Aspekte, von der Lebenswelterforschung über die Bewerbung bis hin zur Frage nach dem Sprachgebrauch aus. Somit wird deutlich, dass die Nicht-Berücksichtigung des Migrationshintergrundes in der Vorbereitung Defizite erzeugt, die in späteren Projektphasen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Denn es geht ganz zentral um die Reduktion von Zugangshürden, Sprachbarrieren und Frustrationserfahrungen. Alle drei können nur dann effektiv minimiert werden, wenn den Verantwortlichen die Bedeutung und die Auswirkungen des Migrationshintergrundes für die Lebensrealitäten klar sind. Daraus folgt, dass die Erhöhung der Teilhabechancen junger Menschen mit Migrationshintergrund weniger vom Beteiligungsmodell an sich, sondern mehr davon abhängig ist, ob sie mit ihren teils anderen Voraussetzungen wahrgenommen werden und dies in die Konzeption einfließt.

Erschwerend kommt jedoch hinzu, dass Beteiligungsprojekte oft unter einem finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcendefizit leiden, was generell dazu führt, dass wenig Mut zu Neuem hervor gebracht wird. Zusätzlich existiert vor allem aus finanzieller Sicht aber auch in Hinblick auf die Umsetzung eine starke Abhängigkeit vom good-will der PolitikerInnen. Deshalb wäre auch deren Sensibilisierung für die Förderung der Teilhabechancen junger Menschen mit Migrationshintergrund sinnvoll.

Zusammenfassend sei gesagt, dass die Erhöhung der Teilhabechancen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in erster Linie in die Verantwortung der ProjektleiterInnen fällt und mit der Qualität und Intensität ihrer Vorbereitungen zusammen hängt. Dazu braucht es einerseits ein Bewusstsein für die Bedeutung des Migrationshintergrundes, andererseits auch eine Sensibilisierung für Barrieren und Zugangshürden und die Bereitschaft, sich mit Gruppenprozessen und Phänomenen wie Rückzug und Ausschluss vermehrt auseinander zu setzen.

Um das finanzielle Ressourcenproblem zu reduzieren, wurde die Ausarbeitung eines speziellen Fördersystems für Beteiligungsprojekte, die nachweislich Anstrengungen unternehmen, um Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu beteiligen, vorgeschlagen. Und schließlich muss auch mehr in die fachliche Ausbildung der BegleiterInnen (z.B. interkulturelle Kompetenz) investiert werden.

7 Bibliographie

- ARGE Partizipation Österreich (Hrsg.) (2006). *Mitreden-mitmachen-mitbestimmen. Kinder- und Jugendbeteiligung* (Folder), Wien.
- du Bois-Reymond, Manuela (2005). *Lernen in partizipatorischen Kontexten – europäische Jugendliche und junge Erwachsene im Übergang*, in: Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hrsg.) (2005). „Die Jugend ist die Zukunft Europas – aber bitte noch nicht jetzt!“ Möglichkeiten der Integration und Partizipation von Jugendlichen in Europa, ÖIJ, Wien.
- Breit, Gotthard/Peter Massing (Hrsg.) (2003). *Jugend und Politik. Jugenddebatten, Jugendforschung, Jugendpolitik. Eine Einführung*, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Taunus (DE).
- Bruner, Claudia Franziska/ Ursula Winklhofer/ Claudia Zinser (2001). *Partizipation – ein Kinderspiel? Beteiligungsmodelle in Kindertagesstätten, Schulen, Kommunen und Verbänden*, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Berlin. Online: http://www.dji.de/bibs/4_Partizipation-Ein_Kinderspiel.pdf, download: 13.02.2008
- Bukow, Wolf-Dietrich (Hrsg.)/Claudia Nikodem/Erika Schulze/Erol Yildiz (2001). *Die multi-kulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag*, Leske+Budrich, Opladen.
- Burdewick, Ingrid (2003). *Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger*, Leske+Budrich, Opladen.
- Büttner, Christian/ Bernhard Meyer (Hrsg.) (2000). *Lernprogramm Demokratie. Möglichkeiten und Grenzen politischer Erziehung von Kindern und Jugendlichen*, Juventa Verlag, Weinheim/München.
- Deinet, Ulrich (Hrsg.) (2005). *Sozialräumliche Jugendarbeit. Grundlagen, Methoden und Praxiskonzepte*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Eidgenössische Kommission für Jugendfragen (EKJ) (Hrsg.) (2001). *Verantwortung tragen - Verantwortung teilen. Ideen und Grundsätze zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen*, Bericht der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen, Bern. Online: http://www.ekkj.admin.ch/c_data/d_01_rap_Partizipation.pdf, download am 13.02.2008.

- Feldmann-Wojtachnia, Eva (2007). *Identität und Partizipation. Bedingungen für die politische Jugendbildung im Europa der Bürgerinnen und Bürger*, Ausgabe 8, Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P), München.
- Online: <http://www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Analyse-2007-08.pdf>, download am 04.08.2008.
- Flick, Uwe (2007). *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg.
- Gaiser, Wolfgang/ Martina Gille/ Winfried Krüger/ Johann de Rijke (2003). *Jugend und Politik – Entwicklungen in den 90er Jahren*, in: Breit, Gotthard/Peter Massing (Hrsg.) (2003). *Jugend und Politik. Jugenddebatten, Jugendforschung, Jugendpolitik. Eine Einführung*, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Taunus (DE).
- Gaiser, Wolfgang/ Johann de Rijke (2005). *Politische Partizipation junger Menschen in Deutschland und Europa*, in: Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hrsg.) (2005). „Die Jugend ist die Zukunft Europas – aber bitte noch nicht jetzt!“ Möglichkeiten der Integration und Partizipation von Jugendlichen in Europa, ÖIJ, Wien.
- Gaiser, Wolfgang/ Johann de Rijke (2006). *Gesellschaftliche und politische Beteiligung*, in: Gille, Martina/ Sabine Sander-Biermann/ Wolfgang Gaiser/ Johann de Rijke (2006). *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12 bis 29-Jähriger*, Schriften des Deutschen Jugendinstituts: Jugendsurvey Bd.3, Verlag für Sozialwissenschaft, Wiesbaden.
- Gehring, Uwe W./ Cornelia Weins (2004). *Grundkurs Statistik für Politologen*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Geisen, Thomas / Christine Riegel (Hrsg.) (2007) *Jugend, Partizipation und Migration. Orientierungen im Kontext von Integration und Ausgrenzung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Geisen, Thomas/ Christine Riegel (2007). *Jugendliche MigrantInnen im Spannungsfeld von Partizipation und Ausgrenzung – eine Einführung*, in: Geisen, Thomas / Christine Riegel (Hrsg.) (2007) *Jugend, Partizipation und Migration. Orientierungen im Kontext von Integration und Ausgrenzung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 7-26.
- Gille, Martina/ Sabine Sander-Biermann/ Wolfgang Gaiser/ Johann de Rijke (2006). *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesell-*

- schaftliche Beteiligung 12 bis 29-Jähriger*, Schriften des Deutschen Jugendinstituts: Jugendsurvey Bd. 3, Verlag für Sozialwissenschaft, Wiesbaden.
- Großegger, Beate (2007). *Jugendmainstreaming und Partizipation*. Schriftenreihe zur Jugendpolitik des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend (Hrsg.), Wien.
- Hafenegger, Benno (Hrsg.) (1997). *Handbuch politische Jugendbildung*. Wochenschau Verlag, Reihe Politik und Bildung, Bd.10, Schwalbach/Taunus (DE).
- Hafenegger, Benno (1997). *Geschichte der außerschulischen politischen Jugendbildung*, in: Hafenegger, Benno (Hrsg.) (1997). *Handbuch politische Jugendbildung*. Wochenschau Verlag, Reihe Politik und Bildung, Bd.10, Schwalbach/Taunus (DE).
- Hurrelmann, Klaus/ Matthias Grundmann / Sabine Walper (Hrsg.) (2008). *Handbuch Sozialisationsforschung*, 7. Auflage, Beltz Verlag, Weinheim/Basel.
- Jansen, Mechthild M./ Christiana Klose (1997). *Politische Bildung und Geschlechterfrage*, in: Hafenegger, Benno (Hrsg.) (1997). *Handbuch politische Jugendbildung*. Wochenschau Verlag, Reihe Politik und Bildung, Bd.10, Schwalbach/Taunus (DE).
- Kamp, Uwe (2008). *Gerechtes Aufwachsen durch Intercultural Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe*, Vortrag auf dem 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Essen, Deutsches Kinderhilfswerk, Berlin.
- Kazemi-Weisari, Erika (1998). *Partizipation – Hier entscheiden Kinder mit*, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau.
- Kessl, Fabian/Christian Reutlinger/Susanne Maurer/Oliver Frey (Hrsg.) (2005). *Handbuch Sozialraum*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Knauer, Reingard/Bianca Friedrich/Thomas Herrmann/Bettina Liebler (2004). *Beteiligungsprojekte mit Kinder und Jugendlichen in der Kommune. Vom Beteiligungsprojekt zum demokratischen Gemeinwesen*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S.15-70.
- Koje-Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung (2007). *2getthere*, Bucher Verlag, Hohenems.
- Kollmann, Gerhard/ Margit Leuthold, Wolfgang Pfefferkorn, Christian Schrefel (2003). *Partizipation. Ein Reiseführer für Grenzüberschreitungen in Wissenschaft und Planung*, Profil-Verlag, München/Wien.
- Kränzl-Nagl, Renate/ Johanna Mierendorff (2007). *Kindheit im Wandel – Annäherungen an ein komplexes Phänomen*, in: SWS-Rundschau, Lebenswelten von Kindern, Heft 1/2007 (47. Jahrgang), Wien, S.3-25.

- Lackner-Pilch, Angela/ Martina Pusterhofer (2005). *Gestaltung*, in: Kessler, Fabian/Christian Reutlinger/Susanne Maurer/Oliver Frey (Hrsg.) (2005). *Handbuch Sozialraum*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S.279-294.
- Massing, Peter (Hrsg.) (2003). *Jugend und Politik. Jugenddebatten, Jugendforschung, Jugendpolitik. Eine Einführung*, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Taunus (DE).
- Meyer, Bernhard (2000). *Kinder als politisches Risiko. Zur Partizipation der jungen Generation*, in: Büttner, Christian/Bernhard Meyer (Hrsg.). *Lernprogramm Demokratie. Möglichkeiten und Grenzen politischer Erziehung von Kindern und Jugendlichen*, Juventa Verlag, Weinheim/München, S.189-204.
- MA 17 (2007). *MigrantInnen in Wien 2007. Daten, Fakten, Recht*. Wien.
- Mitschka, Igor (2007). *Schuldemokratie – auch in der Volksschule!*, in: Kränzl-Nagl, Renate/Johanna Mierendorff (2007). *Kindheit im Wandel – Annäherungen an ein komplexes Phänomen*, in: SWS-Rundschau, Lebenswelten von Kindern, Heft 1/2007 (47. Jahrgang), Wien, S.82-99.
- Münchmeier, Richard (1997). *Jugendphase Jugend*, in: Hafenegger, Benno (Hrsg.) (1997). *Handbuch politische Jugendbildung*. Wochenschau Verlag, Reihe Politik und Bildung, Bd.10, Schwalbach/Taunus (DE).
- Pelinka, Anton (2005). *Jugend und Politik*, in: Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hrsg.) (2005). „Die Jugend ist die Zukunft Europas – aber bitte noch nicht jetzt!“ Möglichkeiten der Integration und Partizipation von Jugendlichen in Europa, ÖIJ, Wien.
- Podsiadlowski, Astrid (2004). *Interkulturelle Kommunikation und Zusammenarbeit*, Verlag Vahlen, München.
- Reutlinger, Christian (2005). *Unsichtbare Jugend und verdeckte Engagementstrukturen. Neue Trends in der europäischen Jugendarbeit*, in: Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hrsg.) (2005). „Die Jugend ist die Zukunft Europas – aber bitte noch nicht jetzt!“ Möglichkeiten der Integration und Partizipation von Jugendlichen in Europa, ÖIJ, Wien.
- Riegel, Christine (2004). *Im Kampf um Zugehörigkeit und Anerkennung. Orientierungen und Handlungsformen von jungen Migrantinnen. Eine sozio-biografische Untersuchung*, IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt a. Main/London.

- Schönpflug, Ute (2008). *Sozialisation in der Migrationssituation*, in: Hurrelmann, Klaus/ Matthias Grundmann / Sabine Walper (Hrsg.) (2008). Handbuch Sozialisationsforschung, 7. Auflage, Beltz Verlag, Weinheim/Basel, S.217-228.
- Sander, Uwe (2003). *Jugendbilder der Wissenschaft*, in: Massing, Peter (Hrsg.) (2003). Jugend und Politik. Jugenddebatten, Jugendforschung, Jugendpolitik. Eine Einführung, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Taunus (DE).
- Sauer, Karin Elinor (2007). *Integrationsprozesse von Kindern in multikulturellen Gesellschaften*, in: Geisen, Thomas / Christine Riegel (Hrsg.) (2007) Jugend, Partizipation und Migration. Orientierungen im Kontext von Integration und Ausgrenzung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Spannring, Reingard/ Natalia Wächter/ Ingrid Kromer (2005). *Rahmenbedingungen für Integration und Partizipation Jugendlicher im Wandel*, in: Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hrsg.) (2005). „Die Jugend ist die Zukunft Europas – aber bitte noch nicht jetzt!“ Möglichkeiten der Integration und Partizipation von Jugendlichen in Europa, ÖIJ, Wien.
- Swiderek, Thomas (2003). *Kinderpolitik und Partizipation von Kindern*, in: Arbeit-Technik-Organisation-Soziales, Bd.22, Peter Lang/Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main.
- Tham, Barbara (2007). *Europäische Bürgergesellschaft und Jugendpartizipation in der Europäischen Union*, Ausgabe 9, Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P), München, online: <http://www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Analyse-2007-09.pdf>, download am 26.05.2008.
- Unterwurzacher, Anne (2006). *Migrantische Armutslagen*, in: Armutslagen in Wien. Empirische Befunde zu Arbeit, Geld und Wohnen, sowie spezifische Disparitäten nach Migrationshintergrund und Geschlecht, Schriftenreihe des Instituts für Soziologie, Band 40, Wien, online: http://www.armutskonferenz.at/armutslagen_in_wien_web.pdf, download am 04.08.2008, S.87-104.
- Völkel, Rainer (2000). *Wie geht Demokratie? Kinderstadtprojekte in Wiesbaden*, in: Büttner, Christian/Bernhard Meyer (Hrsg.). Lernprogramm Demokratie. Möglichkeiten und Grenzen politischer Erziehung von Kindern und Jugendlichen, Juventa Verlag, Weinheim/München, S.143-156.

Weiss, Hilde (Hrsg.) (2007). *Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Weiss, Hilde/ Robert Strodl (2007). *Soziale Kontakte und Milieus – ethnische Abschottung oder Öffnung? Zur Sozialintegration der zweiten Generation*, in: Weiss, Hilde (Hrsg.) (2007). *Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S.99-150.

7.1 Internet-Quellen (ohne AutorIn)

„Conference in Brussels: How can we help young people with fewer opportunities in society?“, online:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/366&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>, download am 22.05.2008.

„The Participation Charter“, online:

<http://www.participationworks.org.uk/AboutUs/Charter/tabid/68/Default.aspx>, download am 22.05.2008.

„Social and occupational integration“, online: http://ec.europa.eu/youth/youth-policies/doc44_en.htm, download am 22.05.2008.

„Kinderrechte“, online: <http://www.kinderrechte.gv.at/home/international/un/content.html>, download am 21.05.2008.

NÖ Landesjugendreferat, Thema NÖ-Jugend-Partnergemeinden, online: <http://www.jugend-ok.at/detail/1337Jugend-Partnergemeinden.shtm>, download am 07.09.2008.

„Mama lernt Deutsch“-Kurse, online: <http://www.wien.gv.at/integration/deutschlernen/mama-lernt-deutsch.html>, download am 03.08.2008.

„Kinderfreundliche Leopoldstadt“, online:

<http://www.gbietsbetreuung.wien.at/gbdocs/gbstern02-kv/kinderfreundlich.html>, download am 09.09.2008.

„Stufenleiter der Partizipation/ Partizipationsspirale“, online:

<http://www.invo.at/service/theorie/> download am 04.09.2008.

7.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	54
Abbildung 2	64
Abbildung 3	74
Abbildung 4	76
Abbildung 5	79

7.3 Anhang

7.3.1 Abstract

Das zentrale Problem, womit sich diese Diplomarbeit beschäftigt ist die Frage, wie die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei Beteiligungsprojekten erhöht werden können. Ausschlaggebend war die Beobachtung, dass in der Literatur sowohl der Begriff von Kindheit als auch Jugend quasi ohne einer Berücksichtigung des Migrationshintergrundes verwendet wurde. Das heißt, dass die Vielfalt der Lebenswelten, worauf unter anderem der Migrationshintergrund entscheidenden Einfluss haben kann, in der Theorie quasi ignoriert wird. Dieses Defizit führte zur Frage, wie die Situation in der Beteiligungspraxis aussieht. Wird dort der Migrationshintergrund berücksichtigt? Und wenn dem so ist, worauf hat dies tatsächlich Einfluss?

Diese und viele andere Fragen wurden im Rahmen von zwanzig halbstandardisierten Interviews von ExpertInnen aus der österreichischen Beteiligungspraxis, der Forschung und aus Politik und Verwaltung beantwortet. Um zusätzlich einen Perspektivenwechsel herbeizuführen, wurden zwei ExpertInnen aus Deutschland bzw. der Schweiz befragt. Die Interviews dauerten jeweils rund 70 bis 90 Minuten und wurden größtenteils persönlich, aber auch telefonisch bzw. per Mail durchgeführt. Der Gesprächleitfaden umspannte drei Themenblöcke (Problemaufriss, Erfahrungen, Empfehlungen).

Grundsätzlich wurde festgestellt, dass der Migrationshintergrund in der Kinder- und Jugendbeteiligung gar nicht bis kaum berücksichtigt wird. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass die Zielgruppe im Sinne einer Einbeziehung aller Betroffenen oft genug nicht präzise genug formuliert wird. Weiters werden die Kompetenzen aller erwachsenen Akteure, vor allem in Hinblick auf interkulturelle Kompetenz, als unzureichend eingestuft. Wird realisiert,

dass auch junge Menschen mit Migrationshintergrund beteiligt werden sollen, so erfordert dies auch ein Umdenken in Punkto Zugang und Prozessorientierung. Speziell letzteres brächte den Vorteil mit sich, auf eher migrationsspezifische Probleme in Gruppenprozessen (z.B. Rückzug, Ausschluss) adäquat reagieren zu können. Auch in diesem Punkt wurde ein Defizit festgestellt, da die Möglichkeiten, diese Probleme zu minimieren, nicht ausgeschöpft werden, was jedoch wiederum damit zusammen hängt, dass das Problem als solches noch nicht erkannt wurde. Es ist nicht egal, wie viele Personen schließlich das Beteiligungsprojekt zu Ende führen, sondern vielmehr müsste im Interesse aller darauf geachtet werden, dass die Teilhabechancen speziell von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund erhöht werden. Dazu gehört zunächst ein Bewusstsein für die Bedeutung des Migrationshintergrundes sowohl für die Lebenswelten der Betroffenen als auch die Konzeption des Beteiligungsprojekts. Weiters sind mögliche Zugangshürden und Barrieren zu minimieren. Im Sinne einer interkulturellen Kinder- und Jugendpartizipation stehen die Verantwortlichen vor der Herausforderung, in außerschulischen Beteiligungsprojekten einen Zugang zu Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu finden (interkulturelle Kompetenz, persönliche und direkte Ansprache vor Ort, Interesse für Lebenswelten) und generell im Bedarfsfall das Projekt für Mehrsprachigkeit, Interkulturalität und neue Akteurskonstellationen (z.B. Familie, Freundeskreis, communities) zu öffnen. Dadurch wird sowohl auf die Heterogenität der Lebenswelten als auch die sich daraus ergebende erhöhte Komplexität reagiert. Zusätzlich sind auch Kompetenzen im Bereich von Gruppendynamik und Systemdenken erforderlich.

Auf Seiten der österreichischen Politik wäre die gezielte (finanzielle) Förderung von Projekten, die nachweislich die Beteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund unterstützen anzudenken. Denn die Beteiligung aller hat zum einen präventive Aspekte, was bedeutet, dass Konflikten und einer möglichen Zunahme von Gewalt in Großstädten vorgebeugt wird. Zum anderen kann die Kinderfreundlichkeit von Gemeinden und Städten in zunehmendem Maß zu einem Standortvorteil werden. Außerdem ist es aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in Österreich generell ratsam, bereits jetzt Lösungen anzudenken, wie die größer werdende Gruppe junger Menschen mit Migrationshintergrund am Gemeinwesen verstärkt beteiligt und auch gleichzeitig in die Gesamtgesellschaft integriert werden kann.

Von der österreichischen Jugendforschung erwarten sich die Befragten einen breiteren Blick auf die Vielfalt von Kindheit und Jugend, mehr Vernetzung mit der Praxis und mehr Unterstützung.

Die Interviews belegen somit, dass auch in der Beteiligungspraxis bis auf sehr wenige Ausnahmen der Migrationshintergrund kaum beachtet wird, sodass die Projekte nicht angepasst werden und sich dadurch die Teilhabechancen nicht erhöhen. Will man in Zukunft jedoch vermehrt Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund für Beteiligungsprojekte gewinnen, so müssen die Verantwortlichen bei sich selbst und ihren Konzeptionen beginnen, um eine breite Öffnung und echte Teilhabechancen umzusetzen. Dazu gehört auch die Reduktion von Barrieren, Zugangshürden und Frustrationserfahrungen. Von den politischen AkteurInnen wird vermehrt eine Sensibilisierung für die Vielfalt der Lebenswelten und ein Bewusstsein für die Notwendigkeit, die Bedürfnisse aller zu berücksichtigen, verlangt sein.

7.3.2 Lebenslauf

LEBENS LAUF

Sonja BURGER, MAS

PERSÖNLICHE DATEN

Zuname Burger, MAS
Vorname Sonja
Adresse Lange Gasse 9/2/11; 1080 Wien
Staatsbürgerschaft Österreich
Geburtsdatum 19.09.1980 in Krems/Donau (NÖ)
Familienstand ledig
Handy +43 660 689 15 43
E-Mail sonja_burger@hotmail.com
B-Führerschein



HOCHSCHULSTUDIEN

seit 03/2004 DIPLOMSTUDIUM „Politikwissenschaft“
 Universität Wien
10/2002-01/2004 UNIVERSITÄTSLEHRGANG „Qualitätsjournalismus“
 Donau-Universität Krems (Vollzeit; Dauer: 3 Semester)
 Theorie und Praxis in Print-, Radio-, TV- und Online-Journalismus
 Akademischer Grad: Master of Advanced Studies (MAS)

SCHULBILDUNG

09/2001-06/2002 Didactica (Akademie für Wirtschaft und Sprachen)
08.06.2001 AHS-Matura (BORG Krems)
1997-2001 Bundesoberstufenrealgymnasium (BORG Krems)
 [normalmusischer Zweig; Klavier & Chorgesang]
1994-1997 Höhere Technische Bundeslehranstalt (HTL Krems)
 [Abt. Revitalisierung und Stadterneuerung]

1990-1994 BG/BRG Piaristengasse Krems
[Realgymnasium; Schwerpunkt Darstellende Geometrie]
1986-1990 VS Senftenberg

BERUFSERFAHRUNG (Journalismus/ Public Relations/ Forschung)

07-08/2008 **SORA** (Institute for Social Research and Analysis), wissenschaftliche Projektassistenz
Tätigkeiten: Qualitative Forschung (Transkription von ExpertInneninterviews, Auswertung mittels MAXQDA, Bericht für Studie)

01-05/2008 Praktikum bei **Agenda 8** (Lokale Agenda 21)
Tätigkeiten: Qualitative Forschung (Dokumentenanalyse, Experteninterviews, Aktivierende Befragung), Projektmanagement

Juli 2007 **Öko-Praktikum „PULS“** (Naturfreundejugend/Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Tätigkeiten: Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, Projektdokumentation

08/2006-03/2007 PR-Beraterin bei **Energisch PR-Agentur**
Tätigkeiten: Erarbeitung von Presstexten und Fachartikeln, Betreuung von Pressekonferenzen; PR-Texte im Vorfeld; Nachbearbeitung (Texterstellung, Pressespiegel)

12/2005-06/2006 Nachrichtensprecherin (deutsch) bei **Radio Afrika International (Ö1)**
Tätigkeiten: Recherche, Verfassen von Nachrichtenmoderationen, Live-Moderation

09/2005 Redaktionspraktikum **„Die Furche“** (Politik/ Feuilleton)
Tätigkeiten: Recherche, Interviews, Verfassen von Artikeln

07/2005 Redaktionspraktikum **„Die Presse“** (Chronik)
Tätigkeiten: Recherche, Teilnahme an Pressekonferenz, Verfassen von Artikeln

03-06/2004 PR-Praktikum beim **Vienna Institute for Development and Cooperation (VIDC)**
Tätigkeiten: Pr-Assistenz im Vorfeld des Weltkulturfestes “moving cultures favorites”, organisatorische Mitarbeit, PR-Nacharbeiten

02-05/2003 Redaktionspraktikum bei der regionalen Wochenzeitung „**Der Wald-
viertler**“
Tätigkeiten: Recherche, Interviews, Verfassen von Artikeln

BESONDERE KENNTNISSE

Fremdsprachen Englisch (fließend in Wort und Schrift), Französisch (Grundkenntnis-
se), Italienisch (Grundkenntnisse)
EDV Microsoft Office, Adobe Photoshop, FlashMX (Grundkenntnisse),
Macromedia Dreamweaver (Grundkenntnisse), Diga System, Final Cut
Pro, QuarkXPress, Pro Tools, MAXQDA

ZUSATZQUALIFIKATIONEN/ SEMINARE

EDV-Kurs Wissenschaftliches Arbeiten mit Word (Universität Wien, Oktober 2007)
EDV-Kurs Excel Einführung (Universität Wien, Oktober 2007)
Seminar Die neueste deutsche Rechtschreibung (VHS Floridsdorf, April 2007)
Seminar Online-Journalismus (Friedrich Funder Institut, Nov. 2006)
Islamische und Arabische Welten (Kuratorium f. Journalistenausbildung, März 2006)
Suizid in den Medien (Initiative Qualität im Journalismus)
Rhetorik Seminar [12 Stunden] (United Nations Youth and Student Association of Austria,
Nov. 2005)
21. Internationale Sommerakademie Schlaining (ÖSFK), „Die Wiedergeburt Europas“
EU-Parlamentarismus/Lobbying (EU-Plattform, 2005)

EHRENAMTLICHE TÄTIGKEIT (Naturfreunde Österreich)

Herbst 07 Projektleitung: „Nachhaltigkeit: Cool & Clever!“ (Nachhaltigkeits-
workshops für Kinder)
Tätigkeiten: Initiierung, Projektorganisation, inhaltliche Gestaltung
Juli 07 Ökopraktikum/Jugendbetreuung [Naturfreundejugend Österreich]

HOBBIES

...im kreativen Bereich

Konzeption von Comic-Grußkarten, Fotografie, Klavier, Lesen, Improvisationstheater

...im sportlichen Bereich

Mountainbike, Yoga, Wandern, Canyoning, Kanu

BERUFSTÄTIGKEIT zur Finanzierung von Schule/Studium

Seit 09/2007 Publikumsdienst (Billeteurin) im Burgtheater (Group 4 Securicor)

1997-2005 Diverse Ferialjobs in den Bereichen Verkauf, Lernhilfe, Restaurierung,
Gastronomie